Nr. 18. 21. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kunstdiktatur.

Die socialdemokratischen Vertreter haben am Mittwoch durch ihre Anfrage in der Budgetkommission des Reichstages eine Frage in Fluß gebracht, die bisher kaum über die Kreise der unmittelbaren Interessenten hinausgedrungen. Jetzt wird nun im Plenum des Reichstages gründlich und, wie zu erwarten, entschieden über die Angelegenheit gesprochen werden.

Es handelt sich um den Versuch byzantinischer Hofgünstlinge, teilweise auch von Künstlern, die für ihre eigne Ware sich ein Verkaufsmonopol zu verschaffen suchen, im Reiche der freien Künste den Militarismus zur Herrschaft zu bringen, den persönlichen Geschmack eines Höchstkommandierenden zum entscheidenden Richter in allen ideellen und materiellen Fragen der deutschen Kunstübung zu erheben; auch diese Kunstjunker wünschen den König absolut, wenn und damit er ihren Willen thut. Die preußische Krone ist ein guter Privatkäufer. Wird der Träger der Krone in seinem individuellen Empfinden gerade durch die Künstler und die Kunstrichtungen abgestoßen, die jetzt — um mit dem Grafen Bülow zu sprechen — in der Welt voran gehen, so ist das vielleicht nachteilig für die materiellen Interessen der betreffenden Künstler — das kaufkräftige Publikum ist ja gering —, aber dieser Zufall kann nicht den Rang einer allgemeinen öffentlichen Angelegenheit beanspruchen, ebensowenig wie die Mäcenatenneigungen eines Geheimen Kommerzienrats, der Kunstwerke kauft. Wilhelm II. hat das Recht, für sich zu kaufen, was ihm gefällt.

Das öffentliche Interesse aber beginnt, wenn der Kunstgeschmack eines Einzelnen in der Oeffentlichkeit sichtbar seine Macht zeigt. Es ist nicht ganz gleichgültig, Straßen und Plätze Berlins mit Marmorwerken verziert zu sehen, die von einem so individuellen bestimmten, historisch und psychologisch übrigens durchaus erklärlichen Geschmack diktiert sind, daß sie bei einem Publikum, das nicht in den besonderen Familientraditionen des Hohenzollernhauses erzogen ist, kein Verständnis finden **können**, wenigstens nicht **das** Verständnis, das unmittelbar zur ästhetisch erziehenden Wirkung ohne Zuhilfenahme der Abschreckungstheorie führt. Die Oeffentlichkeit geht es auch an, wenn Museen und Bildergalerien das Gepräge einer derartigen persönlichen Neigung zeigen. Dringt aber dieser Einfluß gar in die allgemeinen, aus öffentlichen Mitteln der Nation unternommenen Veranstaltungen entscheidend ein, so wird der Kunstgeschmack des Monarchen zu einer politischen Angelegenheit von ernster Bedeutung und die verantwortliche Regierung hat dann die auffälligen Vorgänge zu decken.

Es ist durch die gestrigen Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages überall bekannt geworden, daß es der **modernen** Kunst Deutschlands unmöglich gemacht worden ist, auf der Weltausstellung zu St. Louis, zu der beträchtliche Reichsmittel bewilligt worden sind, den gebührenden Platz zu finden. Der Graf Posadowsky und der Weltausstellungs-Kommissar haben sich vergeblich bemüht, durch Anführung krauser und dunkler Formalien die Regierung zu entlasten. Die beiden Herren haben es für notwendig befunden, ihre Reden noch in der Nacht durch das „Wolffsche Bureau" stenographisch verbreiten zu lassen, allerdings nur mit dem Erfolge, daß jetzt die beteiligten Künstler auch das Thatsächliche der ministeriellen Auslassungen korrigieren. Es steht eben fest, daß die Beteiligung der sogenannten „Secessionisten" an der Ausstellung in St. Louis dadurch unmöglich gemacht wurde, daß man die Entscheidung über die Aufnahme ihrer Bilder in die Hände ihrer rücksichtslosesten Gegner legte, die aber der Gunst Wilhelms II. teilhaftig sind. Die Regierungskommissare haben nicht den Mut und die Kraft gezeigt, gegenüber dieser Vorherrschaft der am Hofe angesehenen Künstler die Interessen der Kunst zu wahren.

Auf allen Weltausstellungen der letzten 15 Jahre ist die deutsche Kunst durch Einflüsse, die außerhalb ihrer selbst liegen, in den Hintergrund gedrängt worden. Wenn in Chicago und St. Louis die moderne Kunst die Zeche bezahlen muß, so ist daran zu erinnern, daß auch die Hofkünstler und Hofgünstler einmal von diesem eigentümlichen Verhängnis betroffen worden sind, das über der deutschen Beteiligung an den Weltausstellungen waltet. Es waren die Anton v. Werner und Begas, die 1889 verhindert wurden, ihre Werke zur **Pariser** Weltausstellung, der Hundertjahrfeier der französischen Revolution, zu schicken, weil jene Ausstellung durch den preußischen Hof boykottiert worden war. Begas freilich hatte ein Werk nach Paris geschickt, das er aber nach kurzer Zeit wieder als loyaler Unterthan zurückzog. Damals hatten in Paris die deutschen **Kunstrebellen** so viel Raum, wie sie nur wünschten.

Das Verfahren vor 15 Jahren verdient entschieden den Vorzug. Damals wurde eine **Weltausstellung** boykottiert und blieb deshalb von den Hofkünstlern befreit. Heute wird eine **Kunstrichtung** boykottiert und die Weltausstellung von den Hofkünstlern beherrscht.

Daß insbesondere die preußische Regierung unablässig thätig ist, den „Secessionisten" Schwierigkeiten zu bereiten, ist nicht zu bestreiten. Vergebens hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sich die Finger wund dementiert, um zu versichern, der preußische Minister Studt sei nicht in Weimar gewesen, damit er die Organisation der Secessionisten verhindere. Es stellt sich heraus, daß das Regierungsorgan ein paar ungenaue **Buchstaben** dementiert hat, um die unleugbare **Thatsache** aus der Welt zu schwindeln. Die „Weimarische Landeszeitung" macht jetzt dem unehrlichen Spiel ein Ende, indem sie erklärt:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dementiert die Nachricht des „Berliner Tageblatts", Minister Studt hätte vor dem Großherzog gegen die Begründung des „Deutschen Künstlerbundes" gesprochen und sei von Seiner königlichen Hoheit abfällig beschieden. Die „Nordd. Allg. Ztg." hatte auch bestritten, daß Minister Studt nach Weimar gereist sei, um gegen den Bund zu wirken. Die Reise sei aus andren Gründen erfolgt. Und dann? Als ob man damit eine Nachricht aus der Welt schafft, daß man einzelne Nebenumstände bestreitet! Gut, Minister Studt kam aus einem andern Grunde an den großherzoglichen Hof; gut, er sprach nicht zu dem **Großherzog** über künstlerische Fragen; **aber der Minister so gut als sein Rat benutzten doch ihre Anwesenheit in Weimar, um gegen den Bund zu reden, sprachen zu diesem Zwecke mit den Beratern Seiner königlichen Hoheit und warnten eindringlich vor den Folgen der Bundesgründung.** Das ist aus **unzweifelhaft sicheren** Quellen von uns in Erfahrung gebracht; darauf allein kam es bei der ganzen Frage an, und das hätte Herr Studt sofort zugestehen und sagen sollen."

Eine Scene, über die göttliches Gelächter braust: der preußische Kultusminister verhandelt mit den Kollegen im weimarischen Bundesstaat, um die — **Aussperrung** einer in Berlin unbeliebten Kunstrichtung zu veranlassen! Gut, daß die Secessionisten deutsche Reichsangehörige sind, sonst würde sie Herr v. Richthofen vermutlich als lästige „Anarchisten" über die Grenze schaffen lassen.

Das Mittel offiziellen Boykotts — der beiläufig auch in den Bahnhofsbuchhandlungen mit dem äußersten Terrorismus gehandhabt wird — trifft neuerdings sogar ganz harmlose Theaterstücke, die nur infolge eines Mißverständnisses anrüchig geworden sind. Der Besuch von Beyerleins „Zapfenstreich" ist nur nicht in allen Garnisonen für Mannschaften und Offiziere verboten worden. In Frankfurt a. M. hat man sogar versucht, die Aufführung des Stückes zu hintertreiben, und in Hannover hat man dieser Tage dem Versuche insofern Nachdruck verliehen, als über das mit dem „Zapfenstreich" sündigende Residenz-Theater der Militärboykott ganz allgemein verhängt wurde.

Diese denkwürdige Kunde bringt ein Telegramm der „Post" aus Hannover:

„Das Garnisonkommando, das vor einigen Tagen der Garnison den Besuch der Vorstellung von Beyerleins „Zapfenstreich" verbot, hat nunmehr den Offizieren den Besuch des Residenz-Theaters überhaupt untersagt. Gleichzeitig sollen die Regimenter die Abmachungen lösen, die sie mit der Direktion für Abonnements auf Plätze usw. getroffen haben. Ebenso sollen in Zukunft keine Soldaten mehr für Aufführungen gestellt werden."

Militärbehörden maßen sich also bereits an, durch das Mittel des Boykotts Theaterdirektoren zur Nichtaufführung von Stücken zu zwingen, die in der „Armee" mißliebig sind.

Die bevorstehende Kunstdebatte im Reichstage wird, wie zu erwarten ist, über die immer mehr um sich greifende Kunstdiktatur das sagen, was dem Ansehen des deutschen Volkes geschuldet wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar.

Der Reichstag

führte am Donnerstag die Debatte über die **kaufmännischen Schiedsgerichte** zu Ende. Viel Interesse wurde den Verhandlungen von den bürgerlichen Parteien nicht entgegengebracht. So waren die Bänke der Antisemiten, die sonst so viel mit ihrem Interesse für den Kaufmannsstand agitieren, anfangs völlig leer. Erst im Laufe des Nachmittags füllte sich langsam das Haus.

Die ersten drei Redner: der Abg. Dove von der Freisinnigen Vereinigung, der Pole Brejski und Dr. Storz von der Süddeutschen Volkspartei, stellten sich der Vorlage „sympathisch" gegenüber; in Einzelheiten trat dabei natürlich das verschiedene Wesen dieser Parteien hervor. Nachdem alle Parteien sich dem Gesetzentwurf freundlich gegenübergestellt hatten, mochte es scheinen, als ob die Rückständigkeit der Handelskammern, die alle Kaufmannsgerichte von vornherein ablehnen, im Reichstage gar keinen Widerhall finden sollte. Aber wofür ist denn der Dr. **Semler** da? Er machte sich ganz den Standpunkt seiner Hamburger Kaufmannsgilde zu eigen. Ihm trat sein Fraktionskollege Dr. **Lucas**-Hanau bei, der dort unsern Genossen Hoch verdrängt hat und nun sogleich zeigen wollte, weß Geistes Kind er ist. Liberale Gemeinplätze, die vor 50 Jahren ihrer Wirkung sicher gewesen wären, wie „Gleiches Recht für alle", „Trennung von Justiz und Verwaltung", vermischt mit einigen Phantasien von der Harmonie der Chefs und ihrer Angestellten, kennzeichnen ihre Reden. Der augenblicklichen Mode entsprechend fehlte auch die Furcht vor dem „Klassenstaat Bebels" nicht. Und alles das wegen der Kaufmannsgerichte, die ihr Führer Bassermann einst so lebhaft befürwortet hat.

Genosse **Lipinski** hatte leichte Mühe, diese Scheinargumente zu zerstören. Nicht die Harmonie der Interessen, sondern die große Schwierigkeit der Prozeßführung drückt die Zahl der Rechtsstreitigkeiten so stark herab, und gerade darin liegt ein Hauptargument für die Einführung dieser neuen Gerichte. Gestützt auf seine langjährige Gewerbegerichts-Praxis hob er die sociale Bedeutung der Rechtsprechung der „Sondergerichte" hervor.

Zum Schluß gab es noch einen erbaulichen Zwischenfall. Eine harmlose Bemerkung des Abg. v. Gerlach in der „Berliner Zeitung" hatte schon gestern den Antisemiten Lattmann zu bösen Anzapfungen verlockt. Als sich heute Herr v. Gerlach zu wehren suchte, fielen Graf Reventlow, Liebermann v. Sonnenberg und wiederum Herr Lattmann in Prosa und Versen über ihn her. Wenn auch kein Zweifel darüber bestehen kann, daß Herr v. Gerlach sachlich im Recht war, so konnte er doch gegen den großen Mund und die Grobheit Liebermann v. Sonnenbergs nicht aufkommen.

Der Entwurf geht jetzt an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht die Prüfung der Wahl des Abg. Will-Lauenburg (k.), dessen Wahlprüfung sich durch die ganze vorige Session schleppte und der deshalb jetzt zuerst an die Reihe kommen soll. Ferner die Novelle zum Servisgesetz und die Vorlage betreffend Verlängerung des Quinquennats. —

Vom südwestafrikanischen Kriegsschauplatz.

Ovamboleute haben einen **Brief des Wagenbauers Zieber nach Swakopmund** gebracht, durch den die **Belagerung von Omaruru bestätigt** wird. Die heliographische Verbindung nach diesem Ort ist unterbrochen. Auch wird die **Plünderung Etiros**, etwa 25 Kilometer nördlich Karibib, gemeldet. Das Kanonenboot „**Habicht**", das am 18. abends in Swakopmund eingetroffen war, hat am folgenden Tage zwei Offiziere, einen Arzt, 52 Mann, ein Maschinengewehr und zwei Revolverkanonen nach **Karibib entsandt**, wo die **Expedition glücklich eingetroffen ist**. Ein später eingelaufenes Telegramm meldet die Entsendung von noch 29 Mann von S. M. S. „Habicht" nach Karibib unter dem 1. Offizier mit einem Maschinengewehr und einer Revolverkanone. Es soll wenn möglich, von **Karibib aus ein Vorstoß versucht** werden. Frauen und Kinder kommen von Karibib nach Swakopmund. Nachrichten aus **Okahandja**, von der **Expedition Zülow** und aus **Windhoek liegen nicht vor**.

Ferner ist bei dem in Berlin wohnenden Major a. D. **François** ein Telegramm eingetroffen. Dasselbe stammt vom Hauptmann a. D. Hugo v. François, dem Bruder des Majors aus Windhoek, und ist durch einen „Läufer" zur Beförderung nach Swakopmund durchgedrungen. Danach gelang es den Familienmitgliedern v. François Windhoek noch rechtzeitig zu erreichen, woselbst sie sich alle wohlbehalten befinden. Ueber die Einschließung und sonstigen Verhältnisse sind keine weiteren Mitteilungen im Telegramm enthalten. Doch berechtigt die Nachricht zu der Hoffnung, daß es **den meisten Farmern gelungen sein wird, Windhoek rechtzeitig zu erreichen**, da die betreffende Farm ziemlich weit von Windhoek entfernt liegt. —

Prinz Heinrich hielt in Kiel an die Expeditionstruppen folgende **Ansprache**:

„Im Verlauf von wenigen Jahren ist es das vierte Mal, daß das Seebataillon berufen ist, auf Befehl des Kaisers **Schäden zu decken, wo solche in unsern Kolonien entstanden sind. Ich freue mich dessen mit Euch, ich kann sagen, ich beneide Euch**, daß Ihr berufen seid, deutschen Ruf und deutsche Ehre aufs neue herzustellen. Ich weiß, daß Ihr freiwillig hinausziehet, das erfordert der Soldatenstand, das ist alte Tradition, auf die wir Deutschen stolz sein dürfen. Wenig wird Euch erspart bleiben: Hunger, Durst und schwerste Entbehrungen. Denkt an Eure Pflicht, denkt an Euren Eid, denkt, daß Ihr Söhne Eures Vaterlandes seid. Seid gehorsam, seid treu untereinander und haltet Kameradschaft. Vergeßt nicht, daß der Weg zum Erfolg bei Euch liegt. **Eine jede Kugel, die ihren Lauf verläßt, erfülle ihre Pflicht.** Glückliche Reise und Heimkehr! Gott sei mit Euch!" —

Ostasien.

Einem Vertreter des „Reuterschen Bureaus" gegenüber erklärte der **japanische Gesandte Hayaschi, die Lage sei**, soweit Japan in Betracht komme, **unverändert**. Japan erwarte noch die Antwort Rußlands; er wisse also auch nichts über den Inhalt der letzteren. Ebenso wenig wisse er etwas von der Meldung, daß Japan beim Ausbleiben der Antwort entschlossen sei, an einem bestimmten Tage zur Aktion zu schreiten. Es sei schwer möglich, zu entscheiden, was eine angemessene Frist wäre, innerhalb welcher die Antwort Rußlands einzugehen hätte. —

Suez, 20. Januar. Heute ist das russische Transportschiff „Orel" von hier abgegangen und neun russische Torpedoboots-Zerstörer sind hier angekommen; der Kreuzer „Awrora" ist noch im Kanal. —

London, 21. Januar. Wie der „**Standard**" aus Tokio von gestern meldet, genehmigte der Geheime Rat die dringliche Verfügung, nach welcher die Kommandeure der Flottenstationen ermächtigt werden, **fremde Kriegsschiffe während der Zeit der Verwicklungen an der Einfahrt in gewisse Häfen eventuell durch Gewalt zu hindern.**

„Daily Telegraph" meldet aus Tokio vom Mittwoch, die Antwort Rußlands werde am 21. d. M. erwartet.

Petersburg, 21. Januar. Der „**Nowoje Wremja**" wird aus Wladiwostock telegraphiert, **aus Japan eingegangene Nachrichten beseitigten die Kriegsbefürchtungen.** Der Frieden sei augenscheinlich auf lange Zeit gesichert.

New York, 21. Januar. Ein Telegramm der „Associated Preß" aus Tokio meldet, die Annahme, daß der Konflikt friedlich beigelegt werden würde, habe ein Steigen der Kurse veranlaßt; indessen werde erklärt, daß eine **bloße Annahme der Vorschläge von seiten Rußlands nicht ausreiche**. Japan bestehe unzweifelhaft darauf, daß Rußland mit der **Herabminderung seiner Flotte in den japanischen Gewässern** vorgehe. Die Regierung ziehe die Notwendigkeit eine Einmischung auf Korea in Erwägung, zögere aber damit noch mit Rücksicht auf die heille Lage.

* * *

Deutsches Reich.

Wahlrechtswühler.

Unter dem Vorwand, das unhaltbare preußische Wahlrecht zu ändern, giebt der Stratege der Kanalrebellen, Herr v. **Zedlitz**, ein Rezept an, wie man das Reichstagswahlrecht ändern könne, indem man das preußische reformiere: Das **Pluralsystem** sei unser Wahlrecht der Zukunft. Vorläufig sei es allerdings aussichtslos:

„Es sei denn," — fährt Zedlitz fort — „daß **es schon in der laufenden Legislaturperiode zu einer Aenderung des Reichswahlrechts kommt.** Als einheitliches Wahlrecht

für das Reich und für Preußen könnte das Pluralstimmen-System unmittelbar praktische Bedeutung gewinnen; als Mittel zur Ersetzung des gleichen Wahlrechts durch dasselbe würde den in Preußen mit einem stärkeren Wahlrecht ausgerüsteten Schichten der Bevölkerung der damit verbundene weitgehende Verzicht auf dies wertvolle Recht zugemutet werden können. Aber dieses wichtige Mittel, das Aufgeben des gleichen Wahlrechts zu erleichtern, vorzeitig aus der Hand geben, wäre politisch zu verkehrt, um bei dem Landtage auf Erfolg rechnen zu können."

Ein Pfiffikus in der Roßtäuscherei, dieser Herr v. Zedlitz! Man stürze das Reichstagswahlrecht um, indem man gleichzeitig zum Schadensersatz eine Reform in Preußen verspreche. Ist dann im Reich das Wahlrecht geändert, so ist ja dann leicht die versprochene Reform in Preußen — abzulehnen.

Vorläufig glaubt allerdings Herr v. Zedlitz an die Verwirklichung dieses sauberen Handels nicht. Darum versucht er die preußische Monstrosität durch etliche kosmetische Operationen am Leben zu erhalten. Seine sofort in Angriff zu nehmenden Reformvorschläge für Preußen sind:

„Alle Wähler mit Hochschulbildung seien jedenfalls der zweiten Abteilung und die Spitzen der Staats- und Kommunalbeamtenschaft, von Kunst, Wissenschaft und Technik in die erste Abteilung einzuordnen. Es käme dadurch die Bildung auch direkt und nicht bloß indirekt wie jetzt zu ihrem Recht, und es würde so dem wirksamsten Agitationsmittel gegen das preußische Wahlrecht, daß nämlich das Wahlrecht sich allein nach dem Geldsack bemesse, die Spitze abgebrochen. Sodann aber werde die Drittelung in den Urwahlbezirken, deren bisweilen groteske Ergebnisse eine breite Angriffsfläche gegen das Wahlsystem selbst bieten, entweder entbehrlich oder, wenn man davon nicht abzugehen geneigt sein sollte, wenigstens von den schlimmsten Auswüchsen befreit. Diesen Ausbau vorzunehmen, werde ebenso die Aufgabe des jetzigen Landtages sein wie die Beseitigung einiger offensichtiger Fehler der bestehenden Ordnung der Dinge. Die Teilung übergroßer Wahlkreise werde unter mäßiger Vermehrung der Gesamtzahl der Abgeordneten herbeizuführen sein. Es würde auch sicher den Widerspruch gegen das Wahlsystem in vielen Kreisen wesentlich mindern, wenn ihnen die Teilnahme an der Wahl so leicht und bequem gemacht würde wie bei den Stadtverordnetenwahlen. Um nicht mehr Schaden als Nutzen anzurichten, werde aber von einer entsprechend allgemeinen Aenderung des Wahlverfahrens abgesehen und die Einführung eines dem bei den Kommunalwahlen nachgebildeten Wahlverfahrens nur fakultativ zuzulassen sein."

So weit die Kurpfuscherei des Herrn v. Zedlitz. Man sieht, der Herr will die Wahlentrechtung des Proletariats in Preußen dadurch verschärfen und verewigen, daß er den besitzenden Klassen das Wahlsystem erleichtert und bequemer macht.

Diese Spekulationen beweisen die Notwendigkeit, daß endlich das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt wird. Das Reich selbst hat ja ein unmittelbares Interesse daran, auf die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen zu dringen; denn in dem preußischen Dreiklassen-System liegt eine dauernde Bedrohung der sichersten Grundlage des Reichs, seines Wahlrechts. Ist Preußen erst mittels des Reichstagswahlrechts von den Feinden aller Kultur gesäubert, so wird man auch von den hartnäckigen Intriguen gegen das Wahlrecht im Reich befreit werden. —

Mord aus „Geistesschwäche".

Das Reichs-Militärgericht hat jetzt den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den **Prinzen Prosper Arenberg** für begründet erklärt.

Der Beschluß stützt sich auf das Gutachten einer Kommission des wissenschaftlichen Senats bei der Kaiser Wilhelm-Akademie in Berlin, welches dahin geht, daß der Prinz, als er das Verbrechen beging, sich in einem Zustand gestörter Geistesthätigkeit befunden hat, durch die seine Willensbestimmung ausgeschlossen war. Hiernach würde nach § 51 des Reichs-Strafgesetzbuches eine strafbare Handlung nicht vorhanden sein. Mitglied der erwähnten Kommission war u. a. der jüngst verstorbene Geheime Medizinalrat Jolly.

Auch liegen gleichartige Privat-Gutachten bedeutender Gelehrter vor. Der Prinz sei auch jetzt, so wird gemeldet, noch nicht vollständig von seiner Geisteskrankheit genesen und gelte als dauernd geistesschwach.

Wenn unparteiische Gelehrte feststellen, daß Prinz Arenberg die afrikanische Unthat an seinem unglücklichen Diener im Zustande der Geistesgestörtheit gethan hat, so muß die Feststellung der Wissenschaft gewiß geachtet werden. Höchst auffällig aber ist, daß während des ganzen ersten Prozeßverfahrens die schwere Geisteskrankheit des Prinzen völlig unentdeckt bleiben konnte und daß noch früher diese Krankheit sich so wenig bemerkbar gemacht hatte, daß der Prinz im Kolonialdienst verwendet wurde und als Vorgesetzter über Leib und Leben deutscher Soldaten und schwarzer Einwohner verfügen durfte. Wie konnte das geschehen, wenn der Prinz geistesschwach war, so geistesschwach, daß die freie Willensbestimmung in seinen Handlungen ausgeschlossen war?

Wenn aber die spät entdeckte Geistesschwäche wirklich zur Zeit des verübten Verbrechens bestanden haben sollte, so läßt der Verlauf dieses Falles einen andern schweren Mangel unsrer Strafrechtspflege umsomehr hervortreten. Nur dem Reichtum des Prinzen und seiner Anverwandten war es möglich, den wissenschaftlichen Apparat aufzubieten, durch den die Geistesschwäche festgestellt werden soll. Wie mancher arme Teufel schmachtet im Kerker, der sich auf mindestens den gleichen Grad von Willensunfreiheit berufen kann wie Prinz Arenberg, ohne jedoch die Möglichkeit des Beweises zu haben. Es ist gut, daß wenigstens prinzliche Kolonialmörder die nötigen Mittel haben, um ihre geistige Minderwertigkeit zu beweisen! —

Russen-Lohn.

In der „Thorner Presse" vom 20. Januar ist zu lesen:

„Russische Ordensauszeichnungen. Vom **Kaiser von Rußland ist verliehen** worden: dem Oberwachtmeister Niederhausen in Thorn die große goldene Medaille am Bande des Stanislausordens, dem berittenen Gendarm Pagalies in Podgorz die große silberne Medaille am Bande des St. Annenordens und dem Fußgendarm Boenke in Stewken dieselbe Medaille am Bande des Stanislausordens. Diese Ordensauszeichnungen für den Gendarmerieberitt Thorn, welche gestern durch Herrn Landrat Dr. Meister den Dekorierten übergeben wurden, **sind wieder ein Beweis für die fortgesetzt guten grenznachbarlichen Beziehungen hier an der deutsch-russischen Grenze.**"

Berufs- und Betriebszählung.

Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion beantragt zum Etat des Reichsamts des Innern diese Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß eine periodische Wiederholung der Berufs- und Betriebszählung neben den Volkszählungen **in gesetzlich bestimmter Frist** einem dringenden allgemeinen Interesse entspricht und für eine gedeihliche Lösung der Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung unerläßlich ist, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:

1. sogleich eine Kommission einzuberufen, die aus amtlichen Vertretern des Reiches und der Bundesstaaten, aus Mitgliedern des Reichstages, Vertretern der Wissenschaft und Praxis, insbesondere auch der Organisationen der Unternehmer und Arbeiter sich zusammensetzt und den Auftrag erhält, die methodischen Grundsätze für eine im Juni 1905 vorzunehmende Berufs- und Betriebszählung und für die im Dezember 1905 anzuberaumende Volkszählung festzusetzen;

2. nach Vollendung der Arbeiten dieser Kommission und Veröffentlichung der Protokolle und Resultate ihrer Beratung womöglich noch in dieser Session des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, der an Stelle des Verordnungsweges durch den Bundesrat sowohl für die Volkszählung, wie für die Berufs- und Betriebszählung eine gesetzliche Grundlage mit dauernder Wirksamkeit schafft, und im Unterschied von den Rahmengesetzen vom 13. Februar 1882 und 8. April 1895 den statistisch-methodischen Inhalt der Erhebungen regelt und beide so gestaltet, daß sie sich gegenseitig ergänzen und eine Vergleichbarkeit der wichtigsten Daten zulassen.

Einnahmen aus den staatlichen Bergwerken. Dem Abgeordnetenhause ist die Uebersicht über den Betrieb der unter der preußischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1902 zugegangen. Der Gesamtwert der Erzeugnisse der staatlichen Bergwerke, Hütten und Salinen betrug im Berichtsjahre 204 870 475 M., die Belegschaft belief sich auf 77 064 Köpfe. Der rechnungsmäßige Ueberschuß betrug 33 970 279 M., er blieb gegen den des Vorjahres um 7 302 859 M. und gegen den Etatsvoranschlag um 715 067 M. zurück. Die Durchschnittslöhne entsprachen im allgemeinen denen des Vorjahres. Arbeiterentlassungen konnten, wie der Bericht hervorhebt, von einigen unbedeutenden Fällen abgesehen — vermieden werden, obwohl der seit Mitte des Jahres 1900 beobachtete empfindliche wirtschaftliche Niederschlag auch im Verlaufe des Jahres 1902 keinen wesentlich günstigeren Verhältnissen Platz gemacht hat. —

Der frühere preußische Eisenbahnminister Maybach ist gestorben. Er war 1879 bis 1891 Verkehrsminister; unter ihm wurde die Verstaatlichung der Privatbahnen durchgeführt. —

Zur Protestlerlegende.

Mülhausen i. E., 20. Januar. (Eig. Ber.) Ein eigentümlicher Zwischenfall in der Affäre Delsor beschäftigt im Augenblick die elsässische und französische Presse. Im nationalistischen „Echo de Paris" ließ der Reichstags-Abgeordnete Delsor nach seiner Ausweisung aus Frankreich den Ministerpräsidenten Combes beschuldigen, daß er durch einen Polizeibeamten im Elsaß Nachforschungen anstellen lasse nach seinem (Delsors) „politischen Glaubensbekenntnis"; ein dahingehender Brief dieses Agent de la Sûreté sei ihm selbst zu Gesichte gekommen, und eine Mülhauser Zeitung, die sich in der Angelegenheit zu Vermittlerdiensten für die französische Regierung hergab, habe an den Archivar des Reichstags telegraphiert, um Auskunft über gewisse Abstimmungen zu erhalten. In einem am Montag vom „Echo de Paris" veröffentlichten Briefe Delsors sagt dieser wörtlich: „Herr Combes hat in der Kammer erklärt, er lasse im Auslande keine Erkundigungen über mich einziehen. Das ist eine Lüge. Gestern (Donnerstag) habe ich in Berlin mit eignen Augen eine Depesche gesehen, die fragte, wie ich über das Kriegsbudget abgestimmt hätte; die Depesche kam aus Mülhausen und rührte von einem offiziösen Agenten des Herrn Combes her."

Gegenüber diesen bestimmten Anschuldigungen erklärt der Mülhauser „Expreß" nun heute, daß am letzten Donnerstag in der Redaktion des „Expreß" ein Herr erschienen sei, der sich als einer der Redakteure des Pariser (nationalistischen) „Gaulois" vorstellte und sofort freimütig angab, er sei nach dem Elsaß gekommen, um sich im Hinblick auf die an demselben Tage in der französischen Kammer zur Verhandlung stehende Interpellation über die Ausweisung Delsors nach dessen Parteistellung im deutschen Reichstag zu erkundigen. Im Laufe der Unterredung habe der Herr sich als der **politische Sekretär des Marquis de Dion,** eines bekannten millionenschweren Nationalisten, auch regelrecht legitimiert und die Befürchtung ausgesprochen, daß Ministerpräsident Combes in der Lage sein könnte, den Interpellanten in der Kammer zu antworten: „Sie kommen mir gerade recht mit Ihrem Protestler! Er hat ja im Reichstag das letzte Heeresbudget bewilligt." Auf das Ersuchen des französischen Kollegen hin ermächtigte die Redaktion des „Expreß" nun diesen, in ihrem Namen sich mit der Bitte um Auskunft telegraphisch an das Reichstags-Bureau in Berlin zu wenden. Wie der „Expreß" weiter mitteilt, **antwortete das Bureau des Reichstags nicht,** sondern ließ das Formular der bezahlten Antwort an die Adresse des „Expreß" zurückgehen. Aus den vorerwähnten Mitteilungen Delsors muß aber andrerseits geschlossen werden, daß man im Reichstags-Bureau dem Abgeordneten Delsor die telegraphische Anfrage vorgelegt hat und daß durch sein Zuthun seine nationalistischen Verteidiger in Paris um die gewünschte telegraphische Auskunft über seine Stellung zu Heeresfragen gekommen sind.

Abgesehen von der köstlichen Ironie, die in diesem Mißgeschick des vermeintlichen „agent officieux de M. Combes" (in der „Gaulois"-Redaktion!) liegt, hat der Abgeordnete Delsor allerdings allen Grund, mit seiner Stellung zum deutschen Heeres- und Marinebudget vor seinen nationalistischen Verehrern in Frankreich hinterm Berge zu halten. Die guten Verteidiger des „Protestlers" Delsor in Frankreich wissen in der That nicht, daß die Delsor, Wetterlé, Vonderscheer, Wiltberger usw. bei der letzten Reichstagswahl ganz im Einklang mit dem deutschen Centrum sich zwar gegen „weitere" Heeresvermehrungen und gegen eine „uferlose" Flottenpolitik ausgesprochen haben, daß sie aber **das jetzige Heeres- und Marinebudget in seinem ganzen Umfange annehmen** und daß, wie bei dem deutschen Centrum, auch bei ihnen mit Sicherheit auf den bekannten „Umfall" gerechnet werden kann, wenn die Regierung auf erhöhte Bewilligungen im Ernste wieder dringt. Der Wahlaufruf des „Centralkomitees der Elsaß-Lothringischen Landespartei", auf Grund dessen der Abgeordnete Delsor im Juni letzthin gewählt wurde, erklärt ausdrücklich: „Wir stehen auf dem Boden der durch den Frankfurter Friedensvertrag geschaffenen verfassungsmäßigen Verhältnisse." Vom seligen Protestlertum ist da wirklich nichts mehr zu finden, und um über ihre Stellung zum Deutschen Reiche jeden, aber auch den letzten Zweifel zu zerstreuen, ruft das Wahlmanifest die Wähler im Elsaß auf zur Verteidigung der höchsten Güter und der kostbarsten Freiheiten des Volkes, die mit Füßen getreten würden in — „andren Ländern". Gerade mit Anspielung auf Frankreich heißt es in diesem Schriftstück: „Die heiligsten Rechte und Freiheiten der Bürger sind da ein Spielball geworden in den Händen brutaler Regierungswillkür und der nur von fanatischer Verfolgungssucht geleiteten radikalen und socialistischen Parteien." Es wird darauf hingewiesen, daß es in Elsaß-Lothringen „Leute und Parteien" gebe, „die jenen namenlosen Schandthaten freudig zujubeln", und der Aufruf schließt: „Wähler! Der Tag der Wahl ist der Tag der Abrechnung mit diesen verbissenen Feinden der religiösen und bürgerlichen Freiheit. Darum auf zur Wahl!" Gegen die äußere oder innere Reichspolitik irgendwie Geschütz aufzufahren, daran denken diese vermeintlichen „Protestler" gar nicht, und man muß sagen: als Vertrauensmänner der Klerisei haben sie dazu auch gar keine Veranlassung.

Nein, über die Protestlerei sind die reichsländischen Kerikalen durch die Entwicklung in Deutschland und Frankreich während des letzten Jahrzehnts endgültig hinaus, — das sollte allmählich doch auch in Frankreich endlich aller Welt klar geworden sein! —

Ausweisung. Der „Dziennik Poznanski" teilt mit, daß der in Posen bekannte Kunstmaler Stokłosinski ausgewiesen worden ist. Er hat das Gebiet des gastlichen Preußenstaates bis zum 2. Februar zu verlassen. Stokłosinski ist russischer Staatsangehöriger. —

Pirna, 21. Januar. Die Offiziere für Eheheiligkeit, vier an der Zahl, sollen nach Antrag des in dieser Angelegenheit einberufenen Ehrengerichts aus dem Dienst entlassen werden. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Bauernunruhen sind in Zalucz bei Sniatyn (Galizien) unter der ruthenischen Bauernschaft ausgebrochen. Die Bauern versammelten sich in großer Zahl im Dorfe und beschlossen, statt der üblichen jährlichen Kolende, revolutionäre Lieder von Hütte zu Hütte zu singen. Das thaten sie auch und forderten die Entfernung eines mißliebigen Geistlichen, sowie die Herauslassung der im Vorjahre wegen ähnlicher Unruhen verhafteten Bauern. Sonst drohten sie zur griechisch-katholischen Kirche überzugehen. Der Bezirkskommissar ordnete zahlreiche Verhaftungen an. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der Gendarmerie und den Bauern. —

Das Sachsengängerleben der galizischen Saison-Arbeiter in Deutschland wurde in einer Verhandlung vor dem Krakauer Gericht erörtert, in der ein Auswanderer wegen Diebstahls in Fischbrücke zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde. Die Arbeiterinnen erzählten vor Gericht, daß sie 70 Pf. pro Tag verdienten; 20 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen hatten eine gemeinsame Schlafstelle in einer Scheune auf einem großen Strohlager. So schliefen Männer und Mädchen neben einander und waren für die Nacht von dem Aufseher eingeschlossen. Nette Zustände in dem Lande, das an der Spitze der Socialreform marschiert! —

Frankreich.

Zur Interpellation Delsor. Die Delegierten der vier Gruppen der Kammermehrheit traten am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Interpellationen, die morgen in der Kammer in dem Fall Delsor besprochen werden, zu beraten. Die Versammlung beschloß einmütig die Regierung zu unterstützen und beauftragte die Präsidenten der vier Gruppen mit der Redaktion einer Tagesordnung, die morgen eingebracht werden soll. —

England.

Englische Arbeitsverhältnisse im Jahre 1903.

London, 19. Januar. Die laufende Nummer der „Labour Gazette" bringt einen vorläufigen Bericht über Lohn- und Arbeitszeitänderungen und Streiks im Jahre 1903. Das Reinergebnis der Lohnänderungen war eine Herabsetzung von 39 800 Pfd. Sterl. die Woche und betraf 872 000 Arbeiter, die in den Hauptindustrien Englands beschäftigt sind. Die sinkende Lohntendenz der letzten drei Jahre zeigt sich in folgender Tabelle:

Arbeitszweig	Zahl der Arbeiter, die von Lohnänderungen betroffen wurden			Zunahme (+) oder Abnahme (—) des Wochenlohnes in Pfund Sterling		
	1903	1902	1901	1903	1902	1901
Baugewerbe . .	4 638	15 575	39 681	+ 304	+ 926	+ 1 913
Bekleidung . .	3 476	3 112	5 409	— 89	+ 291	+ 691
Eisen und Stahl	22 621	53 493	70 009	— 971	+ 729	—20 344
Glas	6 386	86	1 833	— 600	+ 10	+ 9
Kohlenförderung	753 000	735 521	704 681	—32 488	—73 872	—57 081
Maschinen- und Schiffbau . .	74 927	32 822	21 244	— 4 326	— 2 419	+ 342
Metallförderung	9 310	7 121	16 098	— 426	+ 250	— 5 253
Metallbearbeitung .	534	15 357	11 963	— 27	+ 145	— 1 120
Steinbrüche . .	3 492	6 733	4 971	— 170	+ 306	— 298
Textil	1 219	2 107	3 098	+ 12	+ 142	+ 290
Verschiedenes .	11 944	18 426	53 133	+ 386	+ 791	+ 3 480
Insgesamt	891 550	890 356	982 126	—38 395	—72 701	—77 343

Im Berichtsjahre war demnach die Lohnabnahme nicht so beträchtlich wie in den beiden vorhergegangenen Jahren, dafür aber war sie allgemeiner.

Die Aenderungen in der Arbeitszeit waren unbedeutend. Sie betrafen im ganzen etwa 7000 Arbeiter, die eine Abnahme von $2^1/_2$ Stunden die Woche erhielten.

Die Zahl der Streiks im Jahre 1903 war geringer als in je einem der letzten zehn Jahre. Es brachen nur 360 Streiks aus, die 113 873 Arbeiter betrafen und 2 316 792 Tage dauerten, während die Streiktage im Durchschnitt der letzten zehn Jahre sich jährlich auf 8 889 347 beliefen, und die Zahl der Streiks auf 724. Das Resultat des Streiks im Berichtsjahre zeigt die folgende Tabelle:

Resultate	Zahl der Streiks		Zahl der direkt betroffenen Arbeiter	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
Zu Gunsten der Arbeiter .	83	23,1	28 241	31,0
Zu Gunsten der Arbeitgeber	156	43,3	25 699	28,2
Kompromiß	92	25,6	17 380	19,1
Unbestimmt und unerledigt	29	8,0	19 780	21,7

Schweden.

Das Staatsbudget für 1905 schließt mit einer Bilanzsumme von 178 070 700 Kronen. Unter den Einnahmen stehen die Zölle mit 53 500 000 Kr. an erster Stelle, dann kommt die Branntweinsteuer mit 25 700 000 Kr., die Einnahmen aus dem Postwesen werden auf $16^1/_4$, dem Eisenbahnwesen auf 11 Millionen veranschlagt; die Zuckerproduktions-Steuer soll 11, die Malzsteuer 3, die Punschsteuer 1,3 Millionen einbringen; die Einkommensteuer für 1905 11, die allgemeine Steuer für 1904 $8^1/_2$ Millionen. Unter den Ausgaben stehen die für militärische Zwecke obenan. Für das Heer werden 57 636 500 Kr., für die Marine 21 524 300 Kr., zusammen also über 71 Millionen Kr., das sind 1 800 000 Kr. mehr als im vorigen Jahre, verlangt. Zum Arbeiterversicherungs-Fonds werden 1 400 000 Kr., für Arbeiter-Unfallversicherung und Krankenkassen 350 000 Kr. vorgeschlagen. —

Auf dem Boden des allgemeinen Wahlrechts, so wurde am Montag in der Thronrede angekündigt, soll der Vorschlag zur Reform des Wahlrechts zur Zweiten Kammer stehen, der den diesjährigen Reichstag beschäftigen soll. Doch soll die Erfüllung der Steuerpflicht in Staat und Kommune zur Bedingung des Wahlrechts gemacht werden, außerdem ist die Anwendung eines Proportionalsystems in Aussicht genommen. Die Arbeiterschaft ist bekanntlich mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden und sieht darin eine Verfuschung der Wahlrechtsfrage, und auch ein Teil des freisinnigen Bürgertums ist dagegen. —

Parlamentarisches.

Budgetkommission.

Wurmkrankheit. Wohnungsfürsorge.

Unsre Vertreter in der Budgetkommission haben den **Antrag** eingebracht, der Reichstag möge die Regierung auffordern, einen Nachtragsetat von 150 000 M. zur Förderung der Erforschung der Wurmkrankheit dem Parlamente noch in dieser Session vorzulegen. In der Begründung dieser Resolution führte am Donnerstag Abg. Singer aus, die Bekämpfung der Wurmkrankheit sei zwar Angelegenheit der mit der Berghoheit ausgestatteten Einzelstaaten; der Bekämpfung müsse aber eine gewissenhafte und gründliche Erforschung erst die Wege ebnen, und das sei Sache des Reiches. Durch die Einsetzung von 150 000 M. zu diesem Zwecke würde die Teilnahme des Reiches an dem Schicksal der schwergeprüften Bergarbeiter dokumentiert und zugleich würden die dem Reiche zu solchen Zwecken wissenschaftlicher Untersuchung zur Verfügung stehenden Personen mobil gemacht.

Man hätte meinen sollen, daß sowohl die Regierung als auch die andren Parteien mit Freuden auf die Anregung der Socialdemokratie eingegangen wären. Aber die Regierung, die sich doch sonst so gerne Gelder bewilligen läßt, zeigte sich hier abwehrend und spröde. Graf Posadowsky erkannte die Notwendigkeit der Wurmkrankheits-Bekämpfung ebenso wie die Untauglichkeit der bisherigen Mittel an, meinte aber, es komme weniger auf das Geld als auf den geeigneten Mann an. Die Einstellung von neuen Mitteln sei überflüssig, da

das Reich zu den angegebenen Zwecken über genügende Fonds verfüge. Dasselbe meinte auch der Präsident des Reichs-Gesundheitsamtes, Dr. Köhler. Es machte fast den Eindruck, als ob die Regierungsvertreter meinten, die Bewilligung bedeute zugleich auch die Nötigung zur Ausgabe des Geldes. Abg. Dr. Müller-Sagan machte darauf aufmerksam, daß man ja das eventuell ersparte Geld ohnehin zurückrechnen müsse; umfassende Untersuchungen seien schon deshalb nötig, weil man sich bisher auf die Bekämpfung der Krankheit durch Desinfektionsmittel beschränkt habe, während vielleicht die Bekämpfung durch Züchtung eines Schädlings des Wurmes rationeller betrieben werden könne. Jedenfalls müsse das untersucht werden, und das koste Geld — die Regierung möge es nur nehmen.

Aber das Centrum ließ durch Dr. Spahn erklären, das Geld brauche schon deshalb nicht bewilligt zu werden, weil das Reichs-Gesundheitsamt — Etatsüberschreitungen machen könne. Abg. Beumer (natl.) war natürlich auch gegen die Bewilligung — Zechenbesitzer sind nicht wurmkrank —, hielt es aber für angebracht, auf die „großartigen Wohlfahrtseinrichtungen" der westfälischen Kohlenkönige hinzuweisen. Desgleichen sprachen Abg. Arendt (freik.) und Abg. v. Richthofen (k.) gegen die Bewilligung. Abg. Bebel rechnete gründlich mit den Gegnern der Bewilligung ab und entwarf in großen Zügen ein Bild dessen, was das Reichs-Gesundheitsamt eigentlich sein sollte, leider aber nicht ist. Schließlich erfolgte die Ablehnung der socialdemokratischen Resolution, für die zehn Mitglieder stimmten.

Ueber die Bewilligung von **5 Millionen Mark für Unterstützung von Baugenossenschaften** zur Herstellung von Kleinwohnungen entspann sich eine lebhafte Debatte. Abg. Singer erkannte die löbliche Tendenz des Unternehmens an, machte aber darauf aufmerksam, daß die Unterstützung von Genossenschaften zum Eigenerwerb von Häusern nicht den Intentionen des Reichstags entspreche; außerdem verlangte er Nachweise über die Verwendung der für solche Zwecke gegebenen Mittel der Landes-Versicherungs-Anstalten. Graf Posadowsky bemerkte, daß es ihm vornehmlich auf die Einbürgerung des Erbbaurechts ankomme. Die Angriffe der Hausbesitzer, die Singer schon gekennzeichnet hatte, ließen ihn ganz kalt, denn die zeugten von völligem Unverständnis für die großen Aufgaben der Socialpolitik. Dem Eigenerwerb von Häusern durch Baugenossenschaften erstand im Abg. Müller-Fulda ein Verteidiger, dem Abg. Südekum mit durchschlagenden Gründen entgegentrat. Die geforderten 5 Millionen wurden schließlich einstimmig bewilligt, nachdem der Staatssekretär Graf Posadowsky noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die jetzt im Reichsamte des Innern ausgearbeitete große Denkschrift über das Wohnungswesen und die Wohnungsfrage in Deutschland auf alle angeregten Fragen ausführliche Antwort bringen werde. —

Wahlprüfungs-Kommission. Die Prüfung der Wahl des Grafen Ballestrem wird wegen Behinderung des Korreferenten zurückgestellt. Dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Danzig, ihr eine Anzahl von Stimmzetteln resp. Wahlcouverts, die äußerlich gekennzeichnet sein, als Beweismaterial für einen auf Grund des § 108 des Reichs-Strafgesetzbuchs anhängig gemachten Prozeß zuzuschicken und auf einige Zeit zu überlassen, wird stattgegeben. Es sind Stimmzettel aus dem Wahlkreise Schwetz (5. Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder), wo der Konservative Holtz gewählt ist gegen den Polen v. Saß-Jaworski mit 186 Stimmen Mehrheit. Die Kommission prüft die Zettel und Couverts und konstatiert ohne Widerspruch, daß die Zettel und Couverts durch Durchstechung mit einem äußeren Kennzeichen versehen worden seien. Die Prüfung der betreffenden Wahl soll durch die Ueberlassung der beanstandeten Stimmzettel keine Verzögerung erfahren.

Danach tritt die Kommission in die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Brejski, Fraktion der Polen, 4. Wahlkreis des Regierungsbezirks Marienwerder (Thorn-Kulm-Briesen), ein. Brejski ist mit 29 Stimmen Majorität gewählt gegen den Nationalliberalen Graßmann, dessen Partei Protest gegen die Wahl erhoben hat. Die Prüfung der Wahl ist durch die Untersuchung der von den Wahlvorständen für ungültig erklärten Stimmzettel so weit vorgeschritten, daß dem Gewählten nur noch eine Majorität von 4 Stimmen bleibt; allein es sind außerdem eine Reihe Verstöße gegen die Vorschriften des Wahlgesetzes und des Wahlreglements vorgekommen, daß, wenn ein einziger dieser Verstöße im Wege der Erhebung aktenmäßig festgestellt wird, die Ungültigkeitserklärung der Wahl voraussichtlich unabwendbar ist. Die Kommission beschloß, daß Erhebungen über diese Verstöße angestellt werden sollen.

Gewerkschaftliches.

Aufklärung in den Gewerkschaften.

Je umfassender eine gewerkschaftliche Organisation ist, d. h. je größer der Prozentsatz der Berufsangehörigen ist, die sich in der Organisation zusammengefunden hat, desto mächtiger wird natürlich dieselbe sein. Die Gewerkschaften haben deswegen auch alle das möglichste Bestreben, die Mehrheit der Berufsangehörigen oder gar alle an ihre Fahne zu fesseln. Eine ganze Reihe von Kasseneinrichtungen in unsren modernen Gewerkschaften wurden bei der Einführung von den Befürwortern auch mit dem Hinweis empfohlen, daß solche Vorteile für die Mitglieder auf die Indifferenten einen agitatorischen Einfluß ausübten und geeignet waren, den Kreis der Gewerkschafts-Angehörigen zu vergrößern.

Allein, eine bloße Zunahme der Gewerkschaften in Bezug auf ihre Mitgliederzahl macht sie noch nicht ohne weiteres geeignet, ihre Hauptaufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für den ganzen Beruf zu erfüllen. Es ist auch notwendig, die neugewonnenen Mitglieder für den unausbleiblichen Kampf mit dem Unternehmertum zu schulen. Eine wirre, wild zusammengewürfelte Schar von Menschen eines Berufes ist an sich noch nicht geeignet, allein durch die Masse für Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

Wo rohe Kräfte sinnlos walten,
Da kann sich kein Gebild gestalten!

Will man etwas erreichen, dann muß man die gewonnenen Massen schulen, muß die zahllosen Kräfte fähig machen, an einem Punkte anzugreifen. Das soll und darf, wenn ein bleibender Erfolg erzielt werden soll, nicht mit Hilfe militärischer Disciplin, durch dumpfen Gehorsam der Masse erreicht werden, sondern jedes Glied der Organisation muß wissen, welche Wege einzuschlagen sind und aus welchen Gründen man gerade diesen und keinen andren Weg zur Erreichung des Zieles zu beschreiten hat. Eine Bewegung, von so geschulten Kräften unternommen, bedarf keiner Führer und wird nie in Verwirrung geraten, wenn einer oder der andre der an die Spitze Gestellten versagt; diese Masse wird immer und unaufhaltsam, durch keinen Zwischenfall gestört, auf ihr Ziel losmarschieren.

Es muß zugestanden werden, daß die große Mehrzahl unsrer Gewerkschaften stets bestrebt war, an einer theoretischen Aufklärung ihrer Mitglieder zu arbeiten. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß dies in der Regel nach wenig geordneten Grundsätzen geschah. Man nahm die Artikel für die Fachpresse, man nahm die Redner für die Versammlungen, wie sie sich gerade darboten. Gelang es einem geweckteren Kopf, das oft nur für Vorgeschrittenere Begreifliche teilweise zu kapieren, gut, gelang es nicht, so konnte man sich eben nicht helfen. Die Begabteren flickten sich aus Stückwerk ein manchmal erstaunliches Wissen zusammen; die Unbegabten blieben in der Schulung für den wirtschaftlichen Kampf zurück, wie sie es vorher vielleicht schon in der Schule und in der Lehre für den Kampf ums Leben geblieben waren.

Da ist es denn mit Dank zu begrüßen, daß die Berliner Zahlstelle des Verbandes der Maurer damit vorging, ihren Mitgliedern einen systematischen Bildungsstoff zu bieten. Sie veranstaltet in den Wintermonaten eine Anzahl von Agitationsversammlungen. Der Genosse Gustav Link spricht in diesen Versammlungen über: „Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung". Genosse August Ritter über: „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation". Genosse Katzenstein über: „Bildung und Bildungsmittel". Genosse Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein hält sechs wissenschaftliche Vorträge, in welchen er nacheinander folgende Themen bespricht: 1. Die verschiedenen Formen der Wirtschaft. 2. Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens. 3. Die Natur der modernen kapitalistischen Wirtschaft. 4. Die Lehren vom Wert und ihre Bedeutung. 5. Der Mehrwert und seine Geschichte. 6. Der Klassenkampf in der Gegenwart und der Weg zur socialistischen Wirtschaft.

Ein Teil dieser Vorträge hat bereits stattgefunden.

Möge das Beispiel der Berliner Maurer fruchtbringend wirken, nicht nur für die Berliner Gewerkschaftsbewegung!

Berlin und Umgegend.

Den Achtstundentag

hat der Sargfabrikant Herr Moritz Klee seit dem 1. Januar 1904 eingeführt. Für die am niedrigsten bezahlten Arbeiten erhöhte er die Löhne. Ferner hat er die Bestimmung getroffen, daß jedem Arbeiter im Krankheitsfalle 5 M. pro Woche zum Krankengelde von der Firma hinzubezahlt werden. Bemerkt muß noch werden, daß von den Arbeitern auf die Einführung dieser Neuerungen nicht gedrungen worden ist. Die Arbeiter hatten früher einmal, als sie den ersten Mai feiern wollten, mit Herrn Klee eingehend über den Zweck der Maifeier diskutiert und ihm gesagt, daß die Maifeier eine Demonstration für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sein soll.

Herr Klee hat dann Erkundigungen aus den Berufen und Fabriken eingezogen, die den Achtstundentag bereits haben. Das Resultat dieser Ermittelungen war, daß auch Herr Klee die achtstündige Arbeitszeit einführte.

Herr Klee muß den Einwand der Crimmitschauer Fabrikanten, daß sie der Konkurrenz wegen in eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht willigen könnten, nicht gelannt haben, oder hält ihn für so lächerlich, wie alle verständigen Menschen.

Deutsches Reich.

Nachklänge aus Crimmitschau.

Ueber die gegenwärtige Lage in Crimmitschau wird dem „Confektionär" telegraphisch gemeldet, daß es infolge der durch den Streik geschaffenen Situation unmöglich ist, sofort wieder alle Arbeiter einzustellen. Die Fabriken haben bei weitem nicht genug Ordres, um alle Arbeiter in früherem Umfange beschäftigen zu können. Mit der Zahl der Aufträge, die doch voraussichtlich jetzt in größerem Maßstabe einlaufen werden, wird auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter, deren Einstellung successive je nach Bedarf erfolgt, steigen. Zur Zeit dürften noch 2000 **Arbeiter beschäftigungslos** bleiben.

Das hat, wie wir mitteilen können, natürlich die Leitung der Ausgesperrten vorausgesehen. Es wird für die Opfer der brutalen Aussperrung so gesorgt werden, daß eine zweite derartige Machtprobe seitens der scharfgemachten Crimmitschauer Unternehmer allen Schrecken verloren haben wird, abgesehen davon, daß die Herren es sich hoffentlich in Zukunft zehnmal überlegen werden, ob sie abermals der Parole aus Chemnitz Folge leisten oder sich nicht lieber mit ihren Arbeitern friedlich verständigen sollen.

Die Crimmitschauer Geistlichkeit erklärt sich mit ihrem Amtsbruder Schink solidarisch. In der „Hilfe" veröffentlichen die Herren folgende Erklärung:

„Herr Pfarrer Schink von Crimmitschau, Mitglied unsrer Crimmitschauer Pastorenkonferenz, hat auf dringendes Ersuchen der Redaktion in der „Christlichen Welt" einen die hiesigen Streikverhältnisse beurteilenden Brief veröffentlichen lassen, der das weiteste Interesse erweckt hat und als ein offenes Manneswort von vielen mit Dank begrüßt worden ist.

Wir unterzeichneten anderen Mitglieder der genannten Konferenz erklären hierdurch unsre uneingeschränkte und rückhaltlose Zustimmung zu dem vollkommen sachlich gehaltenen Brief des Pfarrers Schink.

Indem wir diese Erklärung einstimmig abgeben, bemerken wir noch, daß

1. die Gemeinden, in denen wir leben und wirken, im Gebiete des Crimmitschauer Streiks liegen und an diesem Streik mehr oder minder beteiligt sind, daß wir

2. auf Grund zum Teil langjähriger eigner Anschauung und Erfahrung die wirtschaftlichen, socialen, politischen und kirchlichen Verhältnisse hinreichend kennen und daß wir

3. die Angriffe, die besonders von nationalsocialer Seite gegen Pfarrer Schink wegen seines Briefes gerichtet werden, als unberechtigt zurückweisen müssen, weil sie den reinen Thatsachen widersprechen und gegen die Wahrheit und Gerechtigkeit, sowie gegen die unverfälschte, christliche Sittlichkeit verstoßen.

Was insbesondere das vielumstrittene Verbot der Christbescherung der Ausständigen betrifft, so stimmen wir vollkommen den behördlichen Maßnahmen zu, weil dadurch verhindert worden ist, daß aus dem Fest der Liebe ein Fest des Hasses wurde.

Crimmitschau, am 15. Januar 1904.

Pastor Frost, Pfarrer von Grünberg bei Crimmitschau.
Pastor Dr. Gütte, Pfarrer von Frankenhausen bei Crimmitschau.
Pastor Hirsch, Pfarrer von Lauenhain bei Crimmitschau.
Pastor Kreißig, Pfarrer von Lauterbach bei Crimmitschau.
Pastor Morgner, Pfarrer von Gablenz bei Crimmitschau.
Pastor Voigt, Pfarrer von Neukirchen bei Crimmitschau.
Cand. rer. min. Albrecht, Professor und Realschul-Direktor in Crimmitschau.
Cand. rer. min. Witlof Müller, Realschul-Oberlehrer in Crimmitschau.
Pastor Oertel, Archidiakonus in Crimmitschau.
Pastor Klingsohr, 1. Diakonus in Crimmitschau.
Pastor Körner, 2. Diakonus in Crimmitschau.
Pastor Ludwig, 3. Diakonus in Crimmitschau.

Die Herren Pastoren in Crimmitschau waren es gerade, die geholfen haben, aus dem Feste der Liebe ein solches des Hasses zu machen. Wenn sie überhaupt in dieser Sache irgend etwas thaten, so konnte dies vom Standpunkte der vergebenden christlichen Liebe nur ein Akt der Vermittelung sein. Nicht den Finger haben sie gerührt dazu! Ihr Amt war es nicht, die Schuldfrage aufzuwerfen, sondern die Parteien zum Entgegenkommen zu ermahnen. Statt dessen stellten sie sich auf die Seite des Unternehmertums, das seine Blöße damit zu decken suchte, daß es den Brief des Herrn Pfarrers Schink als Flugblatt verbreiten ließ. — Die Crimmitschauer Pastoren mögen auf den Kampf in Crimmitschau zurückblicken mit dem Bewußtsein, daß sie aus Anlaß desselben dem Kapitalismus einen guten Dienst zu erweisen versuchten, ihrer Kirche aber einen sehr, sehr bösen Dienst thaten!

Ausland.

Lohnbewegung der schwedischen Steinhauer. Der schwedische Steinhauer-Verband hat den Arbeitgebern der Groß- und Feinsteinbranche Vorschläge zu einem neuen Tarif für die Westküste übersandt. Es wird eine Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 Oere verlangt, ferner im Pflasterstein-Tarif eine Erhöhung der Akkordlöhne für einige deutsche Steinsorten, wogegen für englische Steinsorten eine Herabsetzung angeboten wird.

Nowawes. Beim Gewerkschaftskartell gingen noch ein 161,80 M. (darunter u. a. vom Turnverein „Freiheit" 20, Dachdecker 10,50, Lustige Turnerknepe 5,50, von Stürnemann gesammelt 2,50, Ueberschuß von dem Musikverein „Crescendo" zum Besten der Ausgesperrten veranstalteten Konzert 82,52 M.). Bereits quittiert 365 M., hierzu 161,80 M., Summa 526,80 M.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Januar 1904, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung, welche vom Vorsteher Dr. Langerhans gegen 1/6 Uhr eröffnet wird, erfolgt die Einführung und Verpflichtung des wiedergewählten Stadtv. Friedberg, der an der Einführungsfeierlichkeit am 7. d. Mts. teilzunehmen verhindert war.

Vorweg beantragt der Vorsteher, die Vorschläge des Ausschusses zur Vorbereitung der

Abordnung der Mitglieder in die ständigen Ausschüsse, Deputationen und Kuratorien

zu erledigen. Der Ausschuß hat sich dahin schlüssig gemacht, Neuwahlen nur für solche Ausschuß- und Deputationsmitglieder vorzuschlagen, die nicht freiwillig zurücktraten.

Stadtv. **Singer** (Soc.): Die Voraussetzung für uns, die Sache heute zur Erledigung zu bringen, hat sich dadurch verschoben, daß inzwischen in der Parteistärke sich Veränderungen vollzogen haben. Die Verteilung beruht ja trotz der Stellungnahme des Ausschusses, die allerdings der Tradition entspricht, auf dem Princip der Stärke der Fraktionen. Nun haben wir gelesen, daß die Neue Linke, welche mit 26 Mitgliedern an der Verteilung beteiligt war, inzwischen verkleinert worden ist. Da es wünschenswert erscheint, diese Frage im Wege der Verständigung zu lösen, beantrage ich Zurückverweisung der ganzen Vorlage an den Ausschuß. Diese Forderung entspricht der Gerechtigkeit. Jedenfalls würde ich der Wahl der Mitglieder in die Schuldeputation heute widersprechen, weil ich nicht für richtig halte, daß die Versammlung, dem Befehl des Ministers folgend, keine Socialdemokraten in die Deputation wählt. Wir halten dafür, daß dieses Verbot von der Versammlung nicht ohne weiteres hingenommen werden sollte, selbst auf die Gefahr hin, daß dem Gewählten der Eintritt verwehrt würde und zeitweilig ein Platz in der Deputation leer bliebe. Für die Deputation beantrage ich Zettelwahl, die in acht Tagen vorzunehmen wäre.

Stadtv. **Wallach** (A. L.): Wir haben in dem Ausschuß uns dahin geeinigt, daß die bewährten Mitglieder in den Ausschüssen verbleiben, wenn sie nicht freiwillig ausscheiden, unbeschadet ihrer Parteistellung. Eine Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse wollen wir gern bei jeder neuen Balanz eintreten lassen. Es handelt sich hier um sechs alte Mitglieder, welche wir doch trotz der vorgekommenen Spaltung wiederwählen würden. Ich bitte also Herrn Singer, seinen Einspruch zurückzuziehen. Gegen die Zettelwahl habe ich nichts. Herr Singer weiß ja, daß wir selbst früher einen Socialdemokraten in die Schuldeputation gewählt haben. Leeres Stroh wollen wir aber nicht dreschen.

Stadtv. **Dinse** (N. L.): Es ist Thatsache, daß bei uns sechs Mann über Bord gegangen sind (Große Heiterkeit), und unsre Fraktion könnte nicht mehr den bisherigen Anspruch auf die Aemter in den Ausschüssen usw. machen. Ich bitte Sie aber doch, es bei der vorgeschlagenen Verteilung zu belassen, da es sich um sechs alte, gute, tüchtige, bewährte Kollegen handelt.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Was die Schuldeputation angeht, so betone ich, daß auch unsrerseits an und für sich eine Vertretung des Herrn Singer und seiner Freunde in derselben durchaus für am Platze erachtet werden müßte; wir haben diesen Standpunkt vertreten, indem er selbst von uns in die Deputation gewählt wurde. Wir haben auch die Nichtbestätigung nicht einfach hingenommen, sondern die Rechtsfrage prüfen lassen und da gefunden, daß Rechtsmittel dagegen nicht zur Verfügung stehen. Es würde sich also bloß um eine leere Demonstration handeln. Den andern Widerspruch sollte Herr Singer aus dem Grunde zurückziehen, weil die Neue Fraktion der Linken uns gebeten hat, die alten Vorschläge aufrecht zu erhalten. Wenn die Herren nach wie vor bei dieser Aemterbesetzung einheitlich zu zählen wünschen, kann doch von andrer Seite nichts dagegen gesagt werden.

Stadtv. **Singer**: Diese Ausführungen stehen in diametralem Widerspruch zu den Handlungen der Fraktion des Herrn Cassel. Im Parlament wird das Princip auch praktisch anerkannt, das hat man aber im Ausschuß nicht beliebt. Was die Schuldeputation betrifft, so glaubte ich bisher nicht, daß Herr Cassel das Festhalten eines Standpunktes als leere Demonstration bezeichnen würde. Jetzt bin ich bereichert um die Wissenschaft, daß er auf jeden ferneren Versuch verzichtet. Würde die Versammlung ihren Standpunkt wahren und einen Socialdemokraten wählen, so würde der Regierung klar gemacht werden, daß sie die grundsätzliche Auffassung der Versammlung durch ein solches Verbot nicht brechen kann. Es wäre ein geringerer Verlust für die Stadt, eine solche Stelle zeitweise nicht zu besetzen, als jedem Wink des Ministeriums nachzukommen. Ich ziehe meinen Antrag auf Zurückverweisung zurück.

Stadtv. Dr. **Preuß**: Als einer der über Bord Gegangenen (Heiterkeit), muß ich ein Wort zu den Bemühungen um die Rettung Schiffbrüchiger sagen. Unrichtig ist, wenn Herr Singer meint, es seien inzwischen weitere Vereinbarungen zwischen uns und unsren früheren Freunden getroffen worden. Wir sind ebensowenig unterrichtet wie er. Da unsre eignen Interessen in Betracht kommen, werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Stadtv. **Cassel**: Wir nehmen nicht Abstand von der Wahl eines Socialdemokraten, weil wir uns den Diktaten der Regierung fügen, sondern weil wir dagegen kein Rechtsmittel haben. Bei der Verteilung ist die Stärke der Fraktion berücksichtigt mit Ausnahme einiger weniger Fälle, wo es nicht möglich war, verdiente Kollegen aus den Posten zu entfernen bloß mit Rücksicht auf dieses Stärkeverhältnis.

Damit schließt die Debatte. Die Ausschußvorschläge werden angenommen.

Die Verkehrsdeputation, in der Singer verbleibt, soll um zwei Mitglieder verstärkt werden.

Die Wahlen zur Schuldeputation werden in acht Tagen durch Zettel erfolgen.

Aus den drei Sitzungen des Ausschusses für die Vorberatung der Anträge Dr. Nathan und Dr. Landau betreffend die

städtische Krankenpflege für Kinder und Syphilitische

ist als Resultat folgender Mehrheitsbeschluß hervorgegangen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat baldthunlichst um eine Vorlage über den weiteren Ausbau des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhauses unter Ersetzung der Magnesitbaracken ohne wesentliche Vermehrung der Bettenzahl und um Einsetzung der nötigen Mittel für die erste Bauperiode in den nächsten Etat.

Die Versammlung ersucht ferner den Magistrat baldthunlichst dafür zu sorgen, daß bis zur Eröffnung der Geschlechtskranken-Abteilung im Rudolf Virchow-Krankenhause ohne Verminderung der für andre Zwecke vorhandenen Bettenzahl in Anlehnung an eins der städtischen Krankenhäuser provisorisch eine Abteilung für Geschlechtskranke unter Vermehrung der bisher hierfür vorhandenen Bettenzahl und zwar bei Behandlung der Kranken durch einen specialistisch vorgebildeten Arzt eingerichtet werde.

Von den Stadtvv. Augustin u. Gen. liegt ein Gegenantrag vor. Referent ist Stadtv. Cassel.

Stadtv. **Koblenzer** (Soc.): Wir sind bei der Beratung der Ausschußanträge zu der Entschließung gekommen, gegen dieselben zu stimmen. Im Ausschuß wurde zunächst wiederholt, daß die Vorlage abgelehnt worden sei aus Gründen der gegenwärtigen Finanzlage, aber auch aus sachlichen Gründen, weil der Magistrat neuerdings sich überzeugt habe, daß die Wünsche der Krankenhaus-Deputation zu weit gingen. Die Angelegenheit hat eine eigentümliche Vorgeschichte. Der Stadt wurde mit dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus ein Geschenk gemacht; die Vermutung, daß es der Stadt bald leid werden könnte, dieses Geschenk anzunehmen, hat sich nur zu bald als richtig erwiesen. Das Krankenhaus verdankt seine Entstehung einigen Privatpersonen als eine Schöpfung der Privatwohlthätigkeit unter Mitwirkung von Virchow. Die geplante Einrichtung war musterhaft; die finanziellen Mittel flossen aber bald nicht mehr reichlich und schließlich sollte die Stadt einspringen. Heute

hören wir, daß an einen Ausbau des Hauses, für den ja längst die erste Rate bewilligt war, überhaupt nicht mehr gedacht werden könne. Dem muß entgegengetreten werden. In neun Monaten sind 780 Kinder abgewiesen worden. Das Bedürfnis ist also sehr dringend. Mit der Resolution können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir haben gar nicht notwendig, irgend einen bestimmten Beschluß zu fassen, der eine Direktive giebt, was in Angriff genommen werden soll. Für uns genügt es, daß der Umbau in die Wege geleitet und so gestaltet wird, daß er den Anforderungen genügt. Das Verwaltungsgebäude entspricht nicht entfernt den Anforderungen; die Schlafräume für das Personal sind ungenügend, desgleichen die Baracken. Wir verlangen, daß diese Zustände geändert werden. Daß eine wesentliche Vermehrung der Bettenzahl nicht eintritt, darüber schon heute zu beschließen, haben wir ebenfalls keine Veranlassung. Man verweist uns auf den geplanten Neubau des Kinder-Krankenhauses in Treptow mit 200 Betten. Aber wir denken an die „Schnelligkeit", mit der unsre Verwaltung arbeitet, deshalb können wir uns mit einem solchen Hinweis nicht zufrieden geben. Wir schlagen Ihnen daher vor:

den Magistrat zu ersuchen, den Ausbau des Krankenhauses schleunigst in die Wege leiten zu wollen und die dafür notwendigen Mittel in den nächsten Etat einzustellen.

Die Unkosten im Kinderkrankenhaus sind für jedes einzelne Kind allerdings wesentlich teurer als für Erwachsene in andren Krankenhäusern, denn die Kinder erfordern eine ganz andre Pflege, und es muß für sie ein ganz andres Personal gehalten werden. Bei einer Vergrößerung würden sich aber diese Kosten auch wohl wesentlich mindern. — Ueber die Frage der Station für Geschlechtskranke ist gewiß recht viel gesprochen worden; ich beschränke mich aufs Allernotwendigste. Wir beantragen hier über den Ausschußantrag hinaus: den Magistrat zu ersuchen, „schleunigst" (statt „baldthunlichst") dafür zu sorgen, daß ohne Verminderung der für andre Zwecke vorgesehenen Bettenzahl in Anlehnung an eins der städtischen Krankenhäuser eine Abteilung für Geschlechtskranke unter wesentlicher Vermehrung der bereits hierfür vorhandenen Bettenzahl, und zwar unter Behandlung durch einen specialistisch vorgebildeten Arzt eingerichtet werde." Wir haben hier das „provisorisch" des Ausschusses entfernt, denn wir wollen etwas Dauerndes schaffen. Und endlich geht unser Antrag dahin: den Magistrat zu ersuchen, „möglichst schnell Vorkehrungen zu treffen, damit die Station für Geschlechtskranke aus dem städtischen Obdach entfernt werden kann." Im Ausschusse hat Stadtrat Weigert angegeben, daß wir augenblicklich im Krankenhaus „Moabit" eine Baracke für 30 Frauen, im „Urban" 20 Betten für Männer, 24 für Frauen, außerdem im Obdach 133 für geschlechtskranke Männer und 278 für geschlechtskranke prostituierte Frauen haben. Diese Zahlen ergeben zusammen 485, also ziemlich die 500, welche im Virchow-Krankenhaus an der Seestraße bereit gestellt werden sollen. Wir wären also keinen Schritt weiter und ständen vor derselben Kalamität wie jetzt. Die Zahlen beweisen zunächst, daß für Männer gar keine Betten für solche Zwecke frei sind. Im Obdach ist keine Station für Männer, sondern es sind dort blos 20 Betten für freie Frauen. Wer da aufgenommen werden will, rangiert sofort unter die Zuhälter und muß sich alles gefallen lassen, was unter Umständen dieser Gesellschaft widerfährt. Die Station hat vor 12—13 Jahren mit 10 Kranken angefangen, heute sind 400 Betten da! Längst hätte Wandel geschaffen werden müssen in dem ganz andren Zwecken dienenden Obdach! Der Magistrat kann sich also nicht über unberechtigte Ansprüche beklagen. Außer der Petition der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat auch der Gewerkskrankenverein, 44 Kassen in Berlin umfassend, 140 000 Personen stark, an uns petitioniert. Herr Straßmann ist ja sein Vorsitzender; der Magistrat hätte sich also sehr leicht informieren können, aber das ist nicht geschehen. Die Petition erscheint so sanft wie möglich; sie konstatiert einfach die Thatsache, daß die Krankenhäuser im allgemeinen nicht und die Station für Geschlechtskranke den Ansprüchen nicht im entferntesten genügen. Wir verlangen also die Einrichtung einer Station in Anlehnung an ein städtisches Krankenhaus, die nicht nur provisorisch, sondern auf die Dauer bestehen soll, auch wenn das Krankenhaus in der Seestraße fertig ist. Wir verlangen aber auch daneben, daß die Station aus dem Obdach endlich entfernt wird. Die Verhältnisse dort mußten endlich einmal öffentlich angenagelt werden. Der Magistrat hat die Verpflichtung, diejenigen, die wider ihren Willen auf der Stufe von Zuhältern behandelt werden, aus dieser Lage zu befreien, und das kann nur durch Verlegung der Station geschehen! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. Dr. **Neumann** will für die Ausschußvorschläge stimmen, wenn sie Fingerzeige für den Magistrat sein sollen, kann sich aber nicht mit jedem Punkte derselben identifizieren. Die Detailausführungen des Redners sind im Zusammenhange nicht voll verständlich.

Stadtrat **Straßmann**: Der Magistrat hat seine Ansichten über die Notwendigkeit von Kinderkrankenhäusern nicht geändert, er ist aber jetzt der Anschauung, daß der Bau mehrerer kleiner decentralisierter Kinderkrankenhäuser dem eines größeren vorzuziehen ist. Eine eigne Apotheke bedarf das Kaiser Friedrich-Haus nicht, da nur 8—9 Rezepte täglich dort verschrieben werden. Findet die Vergrößerung nicht statt, so können wir auch den Oberarzt und die Wohnung für ihn entbehren. Eine solche Verringerung des Bauprojekts wird auch die Kosten erheblich vermindern. Es soll alles geschehen, die Ausführung thunlichst zu beschleunigen, wenn nur die Mittel zu Gebote stehen.

Stadtv. **Eckard** (A. L.): Man läuft jetzt gern Sturm gegen die Geschlechtskrankenstation im Obdach. Es ist ja da mancher Mißstand, der Abstellung verlangt; aber die Säle und Korridore sind sauber, die Kranken sind gut untergebracht und von Ueberfüllung keine Rede. Die freien Kranken sind räumlich von den Prostituierten getrennt. An der Spitze der Station steht ein hervorragender Arzt. Zur Beschleunigung der Verlegung liegt für uns kein Grund vor, wir stimmen also gegen den Antrag Augustin. Die Bemerkung des Kollegen Dr. Bernstein, daß die Kranken dort moralisch durch die Behandlung herabgewürdigt werden, ist ganz haltlos. Herr Hoffmann meinte sogar, die Zustände seien skandalös. Dafür hat er keinerlei Beweis erbracht. In ihren früheren Berichten haben die Herren Hoffmann und Augustin nichts Skandalöses zu monieren gehabt; man soll also doch nicht solche Anklagen in die Welt hinausposaunen.

Stadtv. Dr. **Nathan**: Das Obdach ist doch nicht für Geschlechtskranke da; es handelt sich nach wie vor um ein Provisorium, das freilich beinahe schon ein Definitivum geworden ist. Der Antrag Augustin sollte dem Magistrat in seinem letzten Teil zur Berücksichtigung überwiesen werden. Der Antrag Augustin bezüglich des Kinderkrankenhauses unterscheidet sich nur unwesentlich von dem Ausschußantrage, den ich anzunehmen bitte, und ich bitte Sie ferner, den Magistrat zu ersuchen, die Syphilitischen möglichst aus dem Obdach zu entfernen. Die Darlegung der Vorzüge des Ausschußantrages vor dem der Socialdemokraten findet den wiederholten lebhaften Widerspruch der letzteren.

Stadtv. Prof. **Landau** hält Herrn Eckard gegenüber aufrecht, daß die Klagen über die Behandlung der Kranken usw. begründet sind und beseitigt werden müssen. Es sei niemand ein Vorwurf daraus zu machen, es liege alles an der Entwicklung, die die Frage der Unterbringung der Syphilitischen seit zehn Jahren genommen. Redner empfiehlt den einstimmigen Anschluß an den Antrag Augustin bezüglich der schleunigen Evakuierung des Obdachs. Der Magistrat hätte allerdings, nachdem er den Notstand erkannt, für provisorische Abhilfe, eventuell durch Barackenbau, sorgen müssen.

Stadtrat **Weigert**: Wir wollen ja alles Thunliche thun; aber wie wir die Bettenzahl für Syphilitische vermehren sollen, ohne die andern Betten zu vermindern, weiß ich nicht. Wir sind auf unsern Terrains mit der Möglichkeit von Erweiterungsbauten ziemlich zu Ende. Die ganze Anzahl von 133 Männer- und 20 Frauenbetten sofort aus dem Obdach zu entfernen, geht wirklich nicht an. Herr Koblenzer übersieht, daß die 280 Prostituiertenbetten nicht eingerechnet sind in die 500 Betten im Virchow-Krankenhause; für die Prostituierten wollen wir ja ein besonderes Haus mit 600 Betten bauen, wofür schon ein Bauplatz ausersehen ist.

Stadtv. **Sachs** empfiehlt die Ablehnung der unausführbaren socialdemokratischen Anträge. Die Fälle syphilitischer Ansteckung von Frauen durch ihre Ehemänner, wovon Herr Landau früher gesprochen, seien doch sehr selten. Auf den Stationen für freie kranke Frauen lägen fast ausschließlich Mädchen, also Elemente, die auch nicht als durchaus anständig gelten können. Man könne doch das Obdach nicht räumen ohne zu wissen wohin.

Stadtv. **Hoffmann** (Soc.): Ich hätte heute nicht das Wort genommen, wenn nicht Herr Professor Behrendt aus dem Munde des Herrn Eckard seine Beschwerden vorgebracht hätte; nur schade, daß Herr Professor Behrendt dasselbe schon vorher an den Kollegen Bernstein geschrieben hatte! (Heiterkeit.) Was der Kollege Bernstein und ich gethan haben, würden wir jeden Augenblick wieder thun. Was Herr Sachs hier von den syphilitischen Mädchen sagt, die auch nicht mehr weit von den Dirnen ab sind, so möchte ich dazu sagen: manches Mädchen wird angesteckt von jemand, der weit mehr die moralische Verurteilung des Herrn Sachs verdiente, als das Mädchen, das einen einzigen Fehltritt durch solch einen Schweinigel für das ganze Leben büßen muß. (Große Heiterkeit.) Wenn man, wie Herr Sachs, alle freien kranken Mädchen als unanständig, als von den Dirnen nicht weit entfernt betrachtet, so muß das zurückgewiesen werden (Zurufe des Stadtv. Sachs). Ich habe ganz in Ihrer Nähe gesessen, und wenn Sie das Stenogramm nicht ändern, so wird sich zeigen, was Sie gesagt haben. Herr Eckard meinte, wir hätten keinen Beweis gebracht für die „skandalösen" Zustände. Ueber die Reinlichkeit kann ich nicht urteilen; über die Schmierbecken haben Fachleute merkwürdige Aeußerungen gethan — doch ich erlaube mir kein Urteil darüber. Skandalös habe ich es genannt, daß die Station untergebracht ist in denselben Etagen, in denen sich die Obdachlosen-Familien mit ihren Kindern befinden. Wenn da auf der Station Skandalscenen solcher Art aufgeführt werden, daß nach dem Zeugnis des Inspektors alle Fenster zertrümmert werden, wenn dann nur dünne Korridorthüren die Abteilungen trennen, so hören die Kinder der Obdachlosen das alles mit an! Das ist ein Skandal, und wenn Sie nicht eingreifen, so wird die Behörde eingreifen müssen, um dem ein Ende zu machen. Jetzt sollen Baracken gebaut werden; das Obdach wird also immer wieder mit neuen Geschlechtskranken belegt. Ein nettes Provisorium da draußen, das schon 12 Jahre dauert. (Heiterkeit.) So lange ich dem Kuratorium angehöre, ist stets und ständig beantragt: Die Station soll hinaus. Aber was ist geschehen? Nichts. Wir können also nicht anders, als immer und immer wieder diese skandalösen Zustände anmahnen. Der Magistrat soll einfach Gebäude dazu mieten. Die Verwaltung des Obdachs kann ihre Aufgabe nicht erfüllen, weil sie an dieser Station eine Aufgabe hat, die ihr gar nicht obliegt. Nach den neuesten Mitteilungen über die Zustände im Obdach hätte Herr Eckard es sich dreimal überlegen sollen, sich zur Ehrenrettung des Herrn Professors Behrend herzugeben. Nach einer unwidersprochenen Nachricht soll das Personal des Obdachs eines Nachts in die Säle der Prostituierten eingedrungen sein und dort Dinge getrieben haben, die ich hier nicht mitteilen kann. Das Personal ist eingedrungen und führte dabei einen Kasten Bier mit sich! (Lebhafte Bewegung.) Ist dies das erste Mal gewesen? Es ist wohl nur das erste Mal, daß sie erwischt wurden. Ich gratuliere Herrn Eckard, Herrn Sachs und den andren warmen — (Redner hält einen Moment an; die Versammlung bricht in stürmische Heiterkeit aus) — ich wünsche diesen Befürwortern der Zustände da draußen nicht, daß sie geschlechtskrank werden (Stürmische Heiterkeit); wenn es ihnen aber mal passiert (Erneute Heiterkeit), dann wünsche ich, daß sie draußen im Obdach sich kurieren lassen mögen, dann werden sie geneigt werden, diesen Zuständen endlich ein Ende zu machen, die eine Schmach für die große Stadt Berlin sind. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Bernstein** (Soc.): Die Herren Gegner haben vergeblich versucht, das Danaidenfaß voll zu schöpfen. Die Zustände im Obdach sind, das ist allbekannt, unwürdig der Stadt. Leider hat der ärztliche Leiter der Anstalt nicht verschmäht, zweierlei Wege einzuschlagen für seine Ehrenrettung. Einmal ersucht er mich brieflich um Zurücknahme dessen, was ich hier gesagt habe, dann hat er weiter den Herrn Stadtrat Weigert und Herrn Eckard als Sprachrohr benutzt. (Große Unruhe.) Es liegt System darin; ich kann aber sein System nicht billigen. Wenn er seine Sache würdig vertreten will, mag er es an andrer Stelle thun; ich bin zu jeder Aussprache bereit. Es spricht aus ihm zugleich eine Gewissensverhärtung und das böse Gewissen heraus. Den Ausdruck „moralische Herabwürdigung" halte ich aufrecht. Hat Herr Fischbeck nicht gesprochen von der „Gesellschaft", die sich da befindet? Diese ist ein Produkt der sogenannten guten Gesellschaft. (Lebhaftes Oho!) In den unglücklichen Prostituierten und ihren Zuhältern achten wir immer noch die Menschen. (Unruhe.) Sie haben die innerste Falte Ihres kapitalistischen Herzens hier offenbart. (Stürmische Zurufe.) Wir sind es zufrieden, wenn Sie mit ihrem Verhalten Wasser auf unsre Mühlen treiben.

Stadtv. **Langerhans** (A. L.): Es wird doch hier in einer Weise gesprochen, wie man dies nicht erwarten sollte von den Vertretern der Bürgerschaft; wenn Herr Hoffmann solche Angriffe erhebt, wenn Herr Bernstein sagt, wir seien schuld daran, daß die Prostituierten überhaupt da sind und so behandelt werden. Es wäre ja möglich, daß die kapitalistische Verwaltung etwas dazu beigetragen hat; wenn Sie aber die Schuld daran hier dem Einzelnen zuschieben wollen (Widerspruch bei den Socialdemokraten), so ist das unerhört, das können wir nicht auf uns sitzen lassen. Wir haben mindestens ebenso viel Humanität wie die Socialdemokratie. Wir können uns doch in Ruhe verständigen, aber wer so vorgeht ist nicht der Mann, die Verhältnisse unsrer Mitbürger zu verbessern, sondern trägt überall nur Zwist hinein.

Stadtrat **Weigert**: Ich habe Herrn Professor Behrend seit Jahren nicht gesehen, nie einen Brief von ihm bekommen und bin auch nicht indirekt von ihm oder für ihn in Anspruch genommen worden. Herr Dr. Bernstein hat also wie in der vorigen Sitzung die Unwahrheit gesagt.

Stadtv. **Nathan** kann etwas Ehrenrühriges in dem Verfahren des Professors Behrend nicht finden.

Stadtv. **Eckard**: Herr Professor Behrend, den ich vor einigen Tagen sprach, hat mich keineswegs zum Sprachrohr benutzen wollen; das versichere ich auf Ehrenwort. Die Polizei hat erst vor acht Tagen revidiert und hat nichts Skandalöses gefunden.

Stadtv. **Bernstein**: Ich habe natürlich, wie ich dem Vorsteher erwidern muß, nicht die kindische Anschauung vertreten, Sie hier im Saale seien für die Prostitution verantwortlich, sondern ich habe die bürgerliche Gesellschaft im allgemeinen dafür verantwortlich gemacht. (Große Unruhe; Rufe: Dazu gehören wir doch auch!) Herr Eckard teilt jetzt mit, daß er mit Professor Behrend gesprochen hat; was er anführte, steht auch in dem Briefe, den ich von Professor Behrendt erhalten habe. Meine Vermutung, daß Herr Behrendt sich eines Mitgliedes als Sprachrohr bedient hat, bestätigt sich also. (Fortdauernde große Unruhe.) — Unsre Anschauungen können sich nicht decken, weil wir ganz verschieden denken gelernt haben.

Stadtv. **Eckard**: Herr Bernstein bleibt trotz meiner Erklärung bei seiner Behauptung. Ich muß das als eine dreiste Unterstellung bezeichnen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Augustin wird abgelehnt; für den zweiten Teil stimmen außer den Antragstellern noch Prof. Landau, Dr. Nathan, Dr. Preuß, Ullstein.

Die Ausschußanträge gelangen darauf zur Annahme.

Ohne Debatte angenommen wird die Vorlage wegen Anstellung eines eignen Verwaltungsdirektors für die städtischen Rieselgüter in der Person des Prof. Bachhaus.

Die übrigen Gegenstände werden vertagt.

Schluß nach 1/2 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Petroleum-Kartellierungen. Die hier geführten Verhandlungen der Oestreichisch-Ungarischen Petroleumraffinerien mit der Standard Oil Co. (die zugleich als Vertreterin der Deutsch-Russischen Naphtha-Importgesellschaft fungiert) scheinen bisher zu keinem Resultat geführt zu haben. Soweit bekannt, handelt es sich bei diesen Verhandlungen um ein Angebot der Standard Oil Co., den östreichischen Raffinerien den Teil ihrer Produktion, den sie nicht in Oestreich-Ungarn selbst absetzen, also für den Export verfügbar haben, insgesamt zu bestimmten Preisen abzunehmen, wenn die östreichischen Raffinerien dafür auf jeden eignen Export nach Deutschland verzichten und zugleich der Standard Oil Co. resp. deren deutscher Tochtergesellschaft einen Einfluß auf die Preisfestsetzung ihrer Inlandspreise gestatten. Der Zweck, den die Standard Oil Co. mit diesem Angebot verfolgt, ist natürlich der, sich in Deutschland die östreichische Konkurrenz vom Leibe zu halten, um ganz nach eignem Ermessen die Preise diktieren zu können.

Die östreichischen Raffinerien verspüren jedoch vorläufig noch keine rechte Neigung, die Offerte der Standard Oil Co. anzunehmen. Sie vertreten, wie die „Neue Freie Presse" erfährt, den Standpunkt, daß die selbständige Führung des Exports ihren Interessen mehr entspricht, als die Uebernahme des Exportüberschusses durch die deutsch-amerikanischen Interessenten, welche dann das Petroleum für eigne Rechnung verkaufen würden. Dadurch wären die östreichisch-ungarischen Raffinerien von dem direkten Absatze in Deutschland ausgeschaltet, und der große Kundenkreis, den sie sich bis jetzt erworben haben, würde ihnen verloren gehen, ohne daß sie Aussicht hätten, ihn wieder zu gewinnen, falls nach einer Reihe von Jahren das Verhältnis zwischen den östreichischen Exportraffinerien und den deutsch-amerikanischen Interessenten sich ändern sollte. Die Annahme eines Vertrages auf der Basis, wie ihn die deutsch-amerikanischen Interessenten gegenwärtig anbieten, ist nach ihrer Ansicht mit einem vollständigen Verzicht der östreichisch-ungarischen Industrie auf den direkten Absatz in Deutschland und dem Verlust der dortigen Kundschaft gleichbedeutend.

Dieses jetzige Sträuben der östreichischen Raffinerien besagt natürlich nicht, daß sie an ihrer Meinung festhalten werden. Ihre Stellungnahme hängt ganz von dem Profit ab, den ihnen die Standard Oil Co. in Aussicht zu stellen vermag. Stellt diese die Bedingungen derart, daß für die östreichischen Raffinerien ein ansehnlicher Nutzen herausspringt, werden sie ihre heutigen Bedenken schon überwinden.

Unabhängig von diesen Verhandlungen wird übrigens, wie die „Frankfurter Zeitung" berichtet, von der Deutschen Bank im Verein mit der Nationalbank für Deutschland, der Darmstädter Bank und der Mitteldeutschen Kreditanstalt die Gründung eines Petroleumtrusts angestrebt, in den auch die zwei Millionen Kronen neue Aktien der „Schodnica"-Petroleumgesellschaft gelegt werden. Die „Schodnica" schließt sich übrigens auf alle Fälle der Entscheidung der gegenwärtigen Verhandlungen an.

Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke. Die am Mittwoch in Essen abgehaltene Generalversammlung der Gesellschaft genehmigte die mit einem Verlust von 197 700 M. abschließende Bilanz. Wie der Vorsitzende weiterhin mitteilte, sind seit einigen Monaten verschiedene Stahlwerke an das Werk mit dem Wunsche der Herbeiführung einer Interessengemeinschaft herangetreten, und halte die Verwaltung es für wahrscheinlich, daß die schwebenden Verhandlungen mit dem einen oder andern Werke zu einem positiven Resultat führen werden. Eine außerordentliche Generalversammlung würde dann definitiv darüber Beschluß zu fassen haben.

Die Direktion berichtete ferner über den Stahlformguß-Verband, dem 40 der größten Werke in Deutschland, Luxemburg und der Schweiz beigetreten seien. Mit den östreichisch-ungarischen Werken dürfte man im Laufe des Februar zu einer Verständigung gelangen. Der Stahlräder-Verband halte Ende der Woche eine Generalversammlung ab, worüber demnächst weitere Mitteilungen zu erwarten seien.

Der östreichische Lloyd, dessen Zwist mit der Hamburger Ostafrika-Linie wir gestern berichteten, bereitet sich bereits, wie aus Wien gemeldet wird, auf einen Konkurrenzkampf mit letztgenannter Gesellschaft vor. Er hat mit jenen östreichischen Zuckerfabriken, die hauptsächlich nach Indien, China und Japan exportieren, eine Vereinbarung abgeschlossen, nach welcher er denselben wesentlich ermäßigte Tarife bis Mitte des nächsten Jahres zugesteht, wogegen sich die Zuckerfabriken verpflichten, ihre Zuckerexporte nur durch den Lloyd befördern zu lassen.

Der amerikanische Eisenmarkt, dessen Wiederbelebung vor kurzem gemeldet wurde, ist wieder in seine frühere Apathie verfallen. Die etwas stärkere Nachfrage nach Roheisen, die zu Anfang dieses Monats auf dem südlichen Roheisenmarkt hervortrat, hat nur kurze Zeit angehalten und einer neuen Abschwächung weichen müssen. Wie die amerikanische Fachzeitschrift „Iron Age" meldet, herrscht besonders im Stahlschienengeschäft große Flauheit, ebenso im Plattenhandel, während sich die Nachfrage nach Stahlbarren etwas zu bessern scheint.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 21. Januar. (W. T. B.) Aus Finanzkreisen ist dem Verbande der Aerzte Deutschlands ein Kredit von zwei Millionen Mark in Aussicht gestellt worden.

Die Aufhebung der Stellenvermittelungs-Bureaus.

Paris, 21. Januar. (W. T. B.) Der Senat beriet den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Stellenvermittelungs-Bureaus. Der Handelsminister Trouillot bekämpfte den Kommissionsentwurf, welcher die Aufhebung dieser Bureaus in das Belieben der Gemeinderäte stellt, und unterstützte einen von Martin (Republikaner) eingebrachten Gegenentwurf, der den bereits in der Deputiertenkammer angenommenen Gesetzentwurf wiederherstellt, der die Aufhebung der Stellenvermittelungs-Bureaus obligatorisch macht, aber eine Entschädigungssumme zugesteht. Der Minister wies im Laufe der Debatte auf die in den Stellenvermittelungs-Bureaus vorgekommenen Mißbräuche hin. Nachdem der Berichterstatter der Kommission gegen den Gesetzentwurf gesprochen hatte, wurde letzterer mit 116 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Nächste Sitzung morgen. —

Die Situation in Ostasien.

London, 21. Januar. Das „Reutersche Bureau" erfährt, in gutunterrichteten Kreisen sei man seit mehreren Tagen ziemlich allgemein der Ansicht geworden, daß die ostasiatische Frage friedlich geregelt werden würde. Nachrichten aus unantastbarer Quelle, die hier eingingen, hätten es über allen Zweifel gestellt, daß die Friedenspartei in Rußland an Macht gewinne, weil sich herausstelle, daß Rußland auf einen Krieg nicht vorbereitet sei. In Kreisen, welche die Noten Rußlands und Japans eingesehen haben, werde erklärt, Rußland habe thatsächlich der Ansicht zugestimmt, welche Japan gegenüber der Souveränität und Integrität Koreas einnehme. Die Frage der neutralen Zone, die zuerst von Japan aufgestellt und später von Rußland in größerem Umfange von neuem aufgeworfen worden sei, sei aus den Verhandlungen verschwunden. Japan bestehe aber auf der Anerkennung der Souveränität Chinas in der Mandschurei und verlange über diese Angelegenheit eine bestimmte, unzweideutige Zusicherung von Rußland.

Köln, 21. Januar. (W. T. B.) Auf der Strecke Mehlem-Rolandseck wurden heute nachmittag bei Kilometer 45 zwei Reichs-Telegraphenarbeiter von dem Zuge 110 überfahren. Der eine Arbeiter war sofort tot, der andre wurde schwer verletzt.

Verantw. Redakteur: Julius Kaliski, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

16. Sitzung. Donnerstag, den 21. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Die erste Beratung des Gesetzes betr. die Kaufmannsgerichte in Verbindung mit dem Initiativantrag Lattmann wird fortgesetzt.

Abg. **Dove** (frs. Vg.):

Ich kann für meine Freunde die Erklärung abgeben, daß wir der Vorlage sympathisch gegenüberstehen, uns aber gewichtige Bedenken gegen Einzelheiten des Entwurfs nicht verhehlen. Für die kaufmännischen Angestellten ist, ebenso wie für gewerbliche Arbeiter, Schnelligkeit und Wohlfeilheit des schiedsrichterlichen Verfahrens notwendig; handelt es sich doch dabei oft um ihre ganze Existenz. Es fragt sich nun: Anschluß an die Amtsgerichte oder an die Gewerbegerichte? Ich glaube, daß auch die Gewerbegerichte ebenso wie die Kaufmannsgerichte an die gründlich zu reformierenden Amtsgerichte angeschlossen werden müßten. Sonst kommen wir immer mehr zu einer Konservierung des Schlechten bei den Amtsgerichten, wenn wir die dringendsten Bedürfnisse durch Sondergerichte befriedigen. Der Vorsitzende der Kaufmannsgerichte braucht nicht immer praktischer Jurist zu sein, denn die Fragen bei den Kaufmannsgerichten sind nicht mehr juristischer Natur als bei den Gewerbegerichten. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenzklausel müssen der Kompetenz der Amtsgerichte verbleiben, schon um der Einheitlichkeit der Rechtsprechung willen. An allzu kleinen Orten möchte ich die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte nicht befürworten; ich schließe mich hier im allgemeinen den Gründen des Staatssekretärs an. Ebensowenig möchte ich den Kaufmannsgerichten die Funktion als Schiedsgerichte zuweisen; Schiedsgerichte können, wenn sie ersprießlich wirken sollen, immer nur im konkreten Fall geschaffen werden.

Was das Wahlrecht anlangt, so befürworten wir im Gegensatz zur Wahl durch Berufsgenossenschaften und Gehilfenverbände das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Die Altersgrenze von 25 Jahren scheint uns zu hoch, sie scheint uns mit 21 Jahren hoch genug gegriffen zu sein. Auch für das Wahlrecht der Frauen treten wir ein. Ich begreife nicht, wie der Staatssekretär daraus eine Kabinettsfrage für das Zustandekommen der Vorlage machen konnte. Selbst Herr Trimborn hat sich trotz des kanonischen Grundsatzes: mulier taceat in ecclesia namens eines großen Teiles seiner Freunde für das Frauenstimmrecht ausgesprochen. Wie kann hier die Regierung kanonischer sein wollen als das Centrum? (Heiterkeit und sehr gut! links.)

Für die Zulassung von Rechtsanwalten sind in einer von mir besuchten Versammlung seitens einer Kategorie kaufmännischer Angestellten, und zwar seitens der Reisenden, außerordentlich gewichtige Gründe angeführt worden. Man darf sich doch nicht auf den Standpunkt der „Fliegenden Blätter“ stellen, wonach die Rechtsanwalte immer nur Gebührenschinder und Prozeßverschlepper sind.

Abg. **Brejski** (Pole):

Heutzutage verzichtet mancher Handlungsgehilfe auf sein Recht, um nicht wochen- oder monatelange Prozesse zu führen, die umso schädlicher für ihn sind, weil kein Chef einen jungen Mann engagiert, der mit dem früheren Chef in Prozeß liegt. Verwaltungsbeamte, die gegen die polnischen Kaufleute den Boykott organisieren, sind nicht geeignet, unparteiisch Recht zu sprechen über polnische Handlungsgehilfen. Keinesfalls sollte der Magistrat den Vorsitzenden ernennen, denn die Kommunalverwaltungen sind nichts weiter als die Vertreter der Chefs. Für Zulassung der Rechtsanwalte bin ich gerade im Interesse der Angestellten. Das aktive Wahlrecht sollten alle männlichen Handlungsgehilfen über 21 Jahre, aber auch die weiblichen Angestellten haben, die z. B. in meiner Heimat Thorn die große Mehrheit überhaupt bilden. Gerade bei ihnen steht oft viel mehr auf dem Spiele, die weibliche Ehre. Ich könnte in dieser Beziehung haarsträubende Vorfälle erzählen, unterlasse es aber mit Rücksicht auf die Tribünen.

Wir behalten uns vor, in der zweiten Lesung eine Anzahl von Verbesserungsanträgen zu stellen; jedenfalls werden wir gern am Zustandekommen der Vorlage mitarbeiten. (Beifall! bei den Polen.)

Abg. Dr. **Storz** (südd. Vp.):

Meine Freunde stehen im großen und ganzen auf dem Standpunkt, den Herr Dove für die Freisinnige Vereinigung dargelegt hat. Die Gefahr ist ja nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine gewisse Rechtsunsicherheit sich aus diesen neuen Sondergerichten ergiebt, wenn die Beisitzer Parteileute sind. Die Rechtsprechung soll Sache des Staates und nicht einzelner Parteien sein. Die Einheitlichkeit der Rechtsprechung wird vielleicht darunter leiden, daß das Reichsgericht nicht mehr wie bisher die letzte Instanz für Streitigkeiten innerhalb des kaufmännischen Berufes sein soll. Ein Interesse an Beschleunigung des Prozeßverfahrens haben die Handwerker und Dienstboten genau so wie die Kaufleute, es wäre also viel besser, das ordentliche Verfahren bei den Amtsgerichten zu beschleunigen, als fortgesetzt neue Sondergerichte zu schaffen. Mehrere Redner der Parteien haben sich gegen die Zulassung von Rechtsanwälten zu den Kaufmannsgerichten ausgesprochen. Ja, in der socialdemokratischen Presse ist sogar der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie besondere Rücksicht auf die Rechtsanwälte genommen habe. Nun die Regierung hat bisher wenig Vorliebe für diesen Stand gezeigt, aus dem häufig hervorragende Mitglieder der Opposition hervorgegangen sind. (Sehr richtig! links.) Daher verstehe ich am wenigsten den Ton der socialdemokratischen Presse, den sie häufig gegen die Rechtsanwalte anschlägt. Ja, ein socialdemokratischer Cigarrenfabrikant hat sogar neulich gesagt: die Rechtsanwalte eigneten sich nicht gut zu Volksvertretern, denn sie lebten vom Unglück ihrer Mitmenschen. Dieser Cigarrenfabrikant hätte gut gethan, daran zu denken, daß er davon lebt, daß er mit seinen Erzeugnissen es seinen Mitmenschen ermöglicht, sich selbst und den andren einen blauen Dunst vorzumachen. (Heiterkeit.)

Trotz mancher Bedenken scheint es mir besser, die Kaufmannsgerichte schon für alle Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch zu machen. Die Gemeinden, die Kosten tragen, müßten auch das Recht haben, die Vorsitzenden endgültig ohne Genehmigung der hohen Verwaltung zu bestellen. Das aktive Wahlrecht muß vom 21. Jahre an und auch den Handlungsgehilfinnen gegeben werden, das passive Wahlrecht mag weiter an die Erreichung des 26. Lebensjahres gebunden sein. Der einzige Fortschritt des neuen Gesetzentwurfs gegenüber dem vorjährigen besteht darin, daß die Kaufmannsgerichte das Recht haben, wegen Unzuständigkeit Klagen mit zwingender Kraft vor die Gewerbegerichte zu verweisen. Die Streitigkeiten aus der Konkurrenzklausel den Kaufmannsgerichten unterstellen, hieße die Gehilfen benachteiligen, die dadurch nur der höheren Berufungsinstanzen beraubt würden. Vor allem aber ist § 17 zu bekämpfen, der eine Kadi-Rechtsprechung der Ortsvorsteher an kleineren Orten mit vorläufig vollstreckbaren Urteilen zulassen würde. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Semler** (natl.):

Gestern und heute ist von allen Rednern das treffliche Verhältnis zwischen Chefs und Handlungsangestellten hervorgehoben worden. Eine Statistik würde ergeben, daß die Zahl der Prozesse prozentual sehr gering ist.

Oder fehlt es den Handlungsgehilfen etwa an Organisationen, um ihre Standesinteressen wirksam zu vertreten? Die Regel im Kaufmannsgewerbe ist eine friedliche Schlichtung etwaiger Streitigkeiten. Das bestätigen insbesondere die Verhältnisse bei den großen Firmen der Großstädte. Die Korporationen der Handlungsgehilfen sorgen schon durchaus für die Wahrnehmung ihrer Interessen. In dieser Hinsicht bestreite ich also das Vorliegen eines Bedürfnisses. Der Staatssekretär hat diesen Einwand auch empfunden und sich darauf berufen, in der Gegenwart trete die Organisation der Stände wieder mehr hervor und rechtfertige auch diese Sondergerichtsgebung. Das bringe der Geist der Zeit so mit sich. Meine Herren! „Was man den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund' der Herren eigner Geist!“ Ich bestreite keineswegs die Verdienste gerade des gegenwärtigen Staatssekretärs um die Socialpolitik, aber die grundlegende Forderung der neuen Zeit seit der französischen Revolution lautet doch viel eher: Gleiches Recht für alle! (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Warum kann man sich immer noch nicht zu einer wirklichen Reformierung der Amtsgerichte aufraffen? Damit würde auch die kaufmännische Gerichtsbarkeit ihrer Lösung entgegengeführt. Herr Trimborn hat ja schon in seiner geistvollen Art wieder von der Schaffung einer höheren Einheit für Kaufmanns- und Gewerbegerichte gesprochen. Wozu denn jetzt der Lärm und die unvermeidliche Agitation von rechts und links? Den Frauen soll das Wahlrecht genommen und dieses auch in ihrer Vertretung den männlichen Angestellten zugewiesen werden. Damit werden also die weiblichen Handlungsgehilfen durch ihre schärfsten Kokurrenten, die männlichen Kollegen, vertreten! Ich hoffe, daß es in der Kommission gelingen wird, in der Vorlage den Charakter der Sondergerichtsbarkeit mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Besonders bedenklich scheint uns der § 16, wonach die Kaufmannsgerichte auch Gutachten abgeben und Anträge an die Regierung stellen können. Damit wird die Trennung von Justiz und Verwaltung, die einem alten liberalen Grundsatz entspricht, durchbrochen. Wir sollten es uns doch sehr überlegen, auf diese Weise immer mehr in Klassen- und Sondergerichte hineinzugeraten und damit jenen Staat zu etablieren, dessen Existenz die Socialdemokraten behaupten, wenn sie die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber aufrufen. Was würde die Rechte sagen, wenn in derselben Weise besondere Gesindegerichte und damit jene Organisation der ländlichen Arbeiter geschaffen würde, die Sie (zu den Socialdemokraten) so sehr wünschen? Wir sind auf einem Wege, der die Gerichte geradezu zum Tummelplatz der Parteien macht.

Die Vorlage ist in der jetzigen Form für einen Teil meiner Freunde unannehmbar. Wir hoffen, daß die Vorlage wesentlich verändert aus der Kommission herauskommt. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Lipinski** (Soc.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners deckten sich fast ganz mit der Stellungnahme der Handelskammer in Hamburg. Auch in diesem Bericht war davon die Rede, daß eine gedeihliche Entwicklung des guten Einvernehmens zwischen den Kaufleuten und ihren Angestellten durch diese Vorlage gestört werden würde. Voraussetzung dafür wäre doch aber, daß überhaupt ein patriarchalisches Verhältnis im Kaufmannsstande heute noch besteht. In der That aber giebt es heute eine ganze Reihe von Großbetrieben, wo der Prinzipal vollständig ausscheidet im Verkehr mit den Angestellten. Wir haben bis 1903 nahezu 5000 **Aktiengesellschaften** mit einem **Kapital von 9½ Milliarden Mark**, in denen es **gar keinen Arbeitgeber im Sinne des patriarchalischen Verhältnisses mehr giebt.** Wir haben weiter 988 Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. Auch die Genossenschaften spielen im Handelsgewerbe eine bedeutende Rolle.

Die Einkommensverhältnisse der Handlungsgehilfen sind außerordentlich niedrige. Das beweist unter andern eine **Enquete der Berliner Krankenkasse der Kaufleute**, wonach 66½ **Proz.** der Kranken **Wohnungen** hatten, die **nicht einmal den Ansprüchen der Wohlfahrtspolizei genügten.** — Nun ist gesagt worden, es liege ein Bedürfnis für die Errichtung von Kaufmannsgerichten nicht vor. Man hat damit zu beweisen gesucht, daß man einfach feststellt, bei den Amtsgerichten sind nur so und so viel Klagen von Kaufleuten vorgebracht, also liegt kein Bedürfnis vor. Ein typischer Fall, wie täuschend eine solche Beweisführung ist, hat sich bei der Errichtung eines Gewerbegerichts in der Umgegend von Leipzig gezeigt.

Dort wurde auch ein Bedürfnis für die Errichtung eines Gewerbegerichts verneint. Als aber doch mit knapper Majorität die Errichtung beschlossen wurde, war die Folge, daß im Laufe des nächsten Jahres **jede Woche einige Sitzungstage notwendig waren,** um überhaupt die vorhandenen Streitigkeiten zu erledigen. Der Verein der Handlungskommis von 1858, der im vergangenen Jahre erst die Rechtshilfe eingeführt hat, war in der Lage, bei einer Anzahl von **66 000** Mitgliedern gleich **im ersten Jahre 2478 Klagen zu erledigen.** Das beweist, daß die Zahl der Streitfälle im kaufmännischen Leben doch nicht so gering sein kann. Der Verband der deutschen Handlungsgehilfen in Leipzig giebt in seinem letzten Jahresbericht die Zahl der Rechtshilfefälle **auf 1500—1800 durchschnittlich pro Jahr** an, ebenso haben der deutschnationale Verband und der Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen eine ganze Reihe von Rechtsauskünften im Laufe des Jahres zu erteilen und Rechtshilfe zu leisten. Die Handlungsgehilfen in ihrer Gesamtheit halten die Kaufmannsgerichte für eine Notwendigkeit, und sie müssen doch schließlich am besten wissen, was ihnen nottut. Nun behauptet man, die Gewerbegerichte sprächen nicht Recht, sondern urteilten parteiisch. Diese Behauptung geht aber vor allem von kleinen Gewerbetreibenden aus, die meist keine Ahnung von den Rechtsverhältnissen in ihrem Berufe haben und wenn sie dann mit ihren Ansprüchen vor dem Gewerbegericht nicht durchkommen, schimpfen sie natürlich auf die parteiische Rechtsprechung. In der That aber lassen sich jedenfalls die Arbeitnehmer, soweit sie von den Gewerkschaften als Beisitzer gewählt werden, bei ihren Entscheidungen nie von Parteifragen leiten, sondern prüfen stets objektiv den Thatbestand.

In der Rechtsprechung der Amtsgerichte tritt stets das formale Moment in den Vordergrund, die socialen Momente dagegen, die bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag doch maßgebend sind, treten zurück. Ich möchte durch einen Fall aus meiner eignen Kenntnis beweisen, wie schwer sich manche Amtsrichter in sociale Verhältnisse hineinfinden. Ich bin in meiner Eigenschaft als Journalist etwa 10 Jahre lang ständiger Gast der Gewerbegerichts-Verhandlungen gewesen und habe wiederholt wahrgenommen, wie Richter, die die gewerbegerichtliche Thätigkeit mit großem Interesse ergriffen, nach kurzer Zeit am liebsten die ganze Sache beiseite gelegt hätten und zu ihrer früheren Stellung zurückgekehrt wären. Sie gewöhnen sich schwer an einen Wirkungskreis, in dem das Formale ganz zurücktritt. Ich kannte einen Amtsrichter, der heute Bürgermeister ist und der mit aller Entschiedenheit erklärte, er wolle wieder in seinen früheren Beruf zurückkehren. Er that es allerdings nicht und wurde nachher ein vorzüglicher Gewerberichter. Es bedurfte jedoch einer Zeit von über drei Jahren, bevor er sich in die Materie der Arbeitsverträge hineinarbeitete.

Man hat behauptet, Deutschland marschiere mit der Vereinigung der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte wieder einmal an der Spitze der Socialreform. Aber in **Oestreich** und der **Schweiz** haben die **Gewerbegerichte** bereits die **Möglichkeit, Streitigkeiten der Handlungsgehilfen zu entscheiden.** Diese Streitigkeiten bilden **4 bis 14 Proz.** der Gesamtsumme der von den dortigen Gewerbegerichten zu entscheidenden Fälle. Die Juristen führen für die Angliederung an die Amtsgerichte die Einheitlichkeit der Rechtsprechung an, aber die Schnelligkeit der Rechtsprechung, die viel wichtiger ist, geht durch diese Angliederung verloren. Wenn man andrerseits Kaufmannsgerichte ohne Zusammenhang mit den Gewerbegerichten schaffen wollte, so würde vielfach die geringe Häufigkeit der Klagen das Funktionieren der Gerichte beeinträchtigen. Auch bei den **Innungs-Schiedsgerichten** besteht ja die Gefahr, daß, wenn einmal ein Streitfall vorkommt, man kaum weiß, wer eigentlich die Beisitzer des Gerichts sind.

Bei den Gewerbegerichten wie bei den Kaufmannsgerichten soll das sociale Moment in erster Linie hervortreten. Diese werden auch in sehr vielen Fällen zu einer Einigung der streitenden Parteien führen. Nach der Statistik der Gewerbegerichte für 1900 wurden 1,3 Proz. der Fälle allerdings durch Anerkennung der Schuld seitens der Arbeitgeber, 27 Proz. durch Zurücknahme des Antrags seitens der Arbeiter, **44 Proz. durch Vergleich** erledigt. Es wurden also im ganzen 73 Proz. der Klagen von vornherein ausgeschieden und ohne Urteil erledigt. Ein außerordentlich hoher Prozentsatz aller Fälle kam in weniger als zwei Wochen zur Erledigung. Wie langwierig und kostspielig ist dagegen die Rechtsprechung der Amtsgerichte! Die Befürchtung, daß durch die Richterwahlen der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern verschärft wird, ist dadurch ausgeschlossen, daß von unsrer Seite das obligatorische Proportional-Wahlsystem gefordert ist.

Principiell läßt sich also nichts Durchschlagendes geltend machen gegen die Zuständigkeit der Gewerbegerichte.

Ich will mich nun zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs wenden. Die **Beschränkung auf Ortschaften mit mehr als 50 000 Einwohnern** würde den **wesentlichsten Teil der Handlungsgehilfen ausschließen.** Der Weg der fakultativen Einführung ist der ungangbarste und ungünstigste, das hat sich z. B. beim Gewerbegerichtsgesetz gezeigt. Auch bei der Verkürzung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe haben eine ganze Reihe von Gemeinden jeden socialen Sinn vermissen lassen. So hat z. B. in Leipzig, trotzdem die Mehrheit der Prinzipale dafür war, die **Verwaltungsbehörde den Achtuhr-Ladenschluß abgelehnt.** (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn die Angliederung an die Gewerbegerichte erfolgt, so entstehen auch keine besonderen Kosten. Wenn wirklich die Zahl der kaufmännischen Streitigkeiten so gering ist, wie versichert wird, so verstehe ich nicht, warum die Juristen sich dagegen sträuben, von Ihnen ausgeschlossen zu werden. Ein Schiedsgerichtsvertrag, so gerechtfertigt er auch in der Civilprozeßordnung etwa beim Gesellschaftsvertrag ist, ist beim Arbeitsvertrag ein Unding.

Die Unterstellung der **Konkurrenzklausel** unter die Kaufmannsgerichte hat keinerlei Bedenken, da das Streitobjekt meistens höher als 300 M. ist und somit berufungsfähig.

Die **Rechtsanwalte gänzlich auszuschließen,** ist ein **dringendes Verlangen der Handlungsgehilfen.** Wenn dem Prinzipal die Möglichkeit gegeben wird, einen Anwalt hinzuzuziehen, so wird die Folge sein, daß auch der Handlungsgehilfe dazu gezwungen ist; so wird das **Verfahren verteuert.** Der Chef, der Reisen macht, kann sich ja von einem seiner Angestellten vertreten lassen, und der reisende Handlungsgehilfe kann sich ja an den Vertrauensmann seiner Organisation wenden. Mir ist kein Fall der Rechtsprechung bekannt, wo diese als berufsmäßige Vertreter aufgefaßt worden sind. Auch der Einwand, daß die Anwalte mit den socialen Fragen in Berührung bleiben müssen, ist nicht durchschlagend, handelt es sich doch nur um wenige Fälle.

Sehr wichtig ist das **Wahlverfahren.** Eine Uebertragung der Wahl der Beisitzer an Verbände der Handlungsgehilfen ist schon deshalb nicht angängig, weil der größte Teil der Handlungsgehilfen gar nicht organisiert ist. Eine solche Bestimmung würde zudem nichts sein als eine Prämie für diejenigen Verbände, die sich die Gunst der hohen Obrigkeit erworben haben. — Noch einige Worte zum **Frauenwahlrecht.** Daß die männlichen Gehilfen die Interessen der weiblichen vertreten sollen, ist ganz ausgeschlossen bei dem **scharfen Gegensatz,** der zwischen den männlichen und weiblichen Angestellten im Kaufmannsgewerbe besteht. Zudem handelt es sich doch auch häufig um Angriffe der Chefs auf die Sittlichkeit ihrer weiblichen Angestellten, und in all diesen Fällen sind die männlichen Gehilfen sicher nicht die geeigneten Vertreter ihrer weiblichen Kollegen. Auch der Einwand trifft nicht zu, daß die Frauen die Beschäftigung als Handlungsgehilfin nur als Durchgangsstadium zur Ehe ansehen. Wie bei der Post so giebt es auch im kaufmännischen Beruf recht viele Frauen, die weit über das jugendliche Alter hinaus sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) All diese Gesichtspunkte werden in der Kommission eingehend zu prüfen sein. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Lucas** (natl.):

Der Entwurf erregt in mir recht erhebliche Bedenken. Die deutschen Richter sehen den Entwurf doch etwas anders an als Herr Lattmann. Die Gründe für Angliederung an die Amtsgerichte sind viel stärker als die für den Anschluß an die Gewerbegerichte. Wohl oder übel aber müssen sich unsre Richter auch mit den neuen Verhältnissen, die die Vorlage schafft, abfinden; die Vorlage ist ja leider die unabweisbare Konsequenz der Schaffung der Gewerbegerichte. Die Hinzuziehung von Laien-Beisitzern begrüße ich. Allerdings darf man sich von ihrer Sachkenntnis nicht die übertriebene Vorstellung machen, wie es der Entwurf zu thun scheint. Für den Anschluß an die Gewerbegerichte ist die notwendige Schnelligkeit des Verfahrens angeführt worden. Aber bei andren Berufsständen ist eine billige und schleunige Rechtsprechung ebenso gerechtfertigt wie bei den Handlungsgehilfen. (Sehr richtig! links.)

In der Vorlage beschränkt sich die Verbindung mit den Gewerbegerichten auf die Personalunion im Vorsitz des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts. Die Frage der Zuständigkeit, die man regeln wollte, wird durch die Vorlage noch komplizierter: man wird jetzt unter Umständen die Wahl zwischen drei Gerichten haben. In vielen Fällen wird man, wenn der Vorsitzende des Gewerbegerichts kein Jurist ist, auf den Amtsrichter des Bezirks als Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts zurückgreifen müssen. Dann wird de facto eine Personalunion der Kaufmanns- und der Amtsgerichte bestehen.

Immer lauter wird den Amtsrichtern der Vorwurf gemacht, sie verlören jede Fühlung mit den Bedürfnissen des Volkes. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Für die Richter, die ich kenne, weise ich diesen Vorwurf zurück. (Heiterkeit.) Wenn es aber wahr ist, so kann es durch Beschränkung der amtsrichterlichen Zuständigkeit hierin nur noch schlimmer werden. Je seltener die Richter in der Judikatur mit den arbeitnehmenden Volksschichten in Berührung kommen, desto fremder werden sie diesen Volkskreisen werden. (Zuruf des Abg. Singer.) Im übrigen aber, Herr Singer, ist das Leben der Gegenwart immer noch vielgestaltig genug, um die Richter nicht geistig einrosten zu lassen!

Ueberzeugen wir uns in der Kommission, daß wirklich ein andrer Weg als der des Entwurfs nicht gangbar ist, so werden wir uns, wenn auch mit schwerem Herzen, zu diesem Entwurf verstehen und ihn an der Frage der Angliederung an die Gewerbegerichte nicht scheitern lassen. Gegenüber dem Vorredner betone ich noch: es giebt in Deutschland nicht zweierlei Recht, nicht Gerichte, die formelles, und solche, die materielles Recht anwenden.

Abg. **Hug** (Z.)

(auf der Tribüne unverständlich) erörtert die Frage der Kaufmannsgerichte mit Bezug auf seine Heimatstadt Konstanz.

Abg. **Roeßinger** (Els.): Wir billigen die Errichtung von Kaufmannsgerichten. In Elsaß-Lothringen besitzen wir bisher noch nicht **einmal Gewerbegerichte; wir haben noch die alten französischen Ein-**

richtungen. Hoffentlich werden mit den Kaufmannsgerichten zugleich auch bei uns Gewerbegerichte geschaffen werden. Im übrigen schließe ich mich allem an, was bisher gesagt worden ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Gerlach** (Hosp. der Frs. Vg.):

Der Abg. Lattmann hat gestern einen Artikel von mir über die Stellung der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen angegriffen. Ich habe nur gewisse Seiten der Thätigkeit dieses Verbandes getadelt, im übrigen erkenne ich seine außerordentlichen Verdienste für die Handlungsgehilfen an. Ich bedauere nur das Eine, daß er noch nicht seines Ursprunges gänzlich bar geworden ist. (Unruhe bei den Antisemiten.) Herr Lattmann meinte, ich hätte in Bezug auf politische Wandlungen alles mögliche geleistet. Vielleicht findet er aber in seiner eignen, engsten Parteiverwandtschaft auch politische Wandlungen sehr tiefgehender Natur. Wenn ich nicht falsch berichtet bin, bin ich hierin gegen den Grafen Reventlow ein Waisenknabe. (Bravo! bei der Freisinnigen Vereinigung und Heiterkeit.) Selbstverständlich ist es geradezu lächerlich, jemand einen Vorwurf daraus zu machen, daß er politisch etwas hinzugelernt hat. (Lebhafte Zurufe bei den Antisemiten.)

Vicepräsident Graf **Stolberg** bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. **v. Gerlach** (fortfahrend):

Ich wollte indessen vor allem zu der Erklärung des Grafen Posadowsky über das Frauen-Wahlrecht mich äußern. Graf Posadowsky hat die Vorlage für unannehmbar erklärt, wenn das Frauen-Wahlrecht beschlossen wird. Nun nach den Vorgängen beim Zolltarif werden nur sehr naive Leute solche Unannehmbarkeitserklärungen besonders tragisch nehmen. Wenn das Haus nur festbleibt, so wird die Regierung schon nachgeben, wenn ich auch zugebe, daß die Regierung agrarischen Forderungen sich gefügiger zeigen wird als liberalen. Die Ausführungen des Herrn Semler über das Frauen-Wahlrecht waren so durchschlagend, daß er wohl auch auf seine Freunde Eindruck gemacht haben wird. Wenn die verehrte nationalliberale Fraktion doch hart bleiben würde gegenüber dem Widerstand der Regierung, ich gebe ja zu, das ist eine sehr starke Zumutung. (Heiterkeit links.) Ebenso hoffe ich von Herrn Trimborn, der sich ja sonst sehr leicht von seinen Parteifreunden eines Besseren belehren läßt, daß seine Sympathie für das Frauenwahlrecht stark genug sein wird, um ihn jeglicher Belehrung unzugänglich zu machen. (Heiterkeit.) Was Graf Posadowsky ausgeführt hat, sprach eigentlich alles für das Frauenwahlrecht. Er gab zu, daß immer weitere Kreise von Frauen dazu getrieben werden, sich einen Erwerb zu suchen. Die Frage des Wahlrechts ist überhaupt für die Handlungsgehilfen die Kardinalfrage. In einer von Handlungsgehilfen aller Richtungen einberufenen großen Versammlung, der ich gestern beiwohnte, sprach man sich entschieden dahin aus, daß ohne das allgemeine Wahlrecht der Entwurf für die kaufmännischen Angestellten jeden Wert verliert.

Herr Semler sagte: Die Konsequenz dieser Sondergerichte würde sein, daß man auch für Dienstboten und ländliche Arbeiter Sondergerichte einführen würde. Ich glaube allerdings, daß kein Teil unsrer Bevölkerung solche Vertretungen besser brauchen könnte als unsre Landarbeiter. Das könnte für den Osten außerordentlich aufrüttelnd und erfrischend wirken. Manche politischen Wahlen würden dann ganz anders ausfallen, wenn es den Landarbeitern möglich gewesen wäre, sich als Interessenten bei Wahlen zu Sondergerichten zusammenzufinden. Doch das liegt in weitem Felde, und wir nehmen zunächst das Gute, was uns hier geboten wird. (Bravo! links.)

Abg. **Barbeck** (frs. Vp.): Schon im Jahre 1890 wurde in Nürnberg ein kaufmännisches Schiedsgericht errichtet, das sich bis jetzt erhalten hat. Mit um so größerer Freude haben wir den jetzigen Entwurf begrüßt. Der Redner, dessen einzelne Ausführungen auf der Tribüne unverständlich bleiben, spricht sich über die Frage der Angliederung an die Amtsgerichte und über die Beurteilung der Konkurrenzklausel aus.

Abg. Graf **Reventlow** (Antis.): Herr v. Gerlach gab sich den Anschein, als ob er hier sachlich über die Vorlage spräche. Er konnte sich natürlich nur den Anschein geben: Denn auf diesem Gebiete ist er sehr stark ausgebildet. (Sehr gut! bei den Antisemiten.) Herr v. Gerlach sprach davon, daß ich früher auf einem andern politischen Boden gestanden habe. Auf welchem politischen Boden ich irgendwo und wann einmal gestanden haben sollte, ist für die Politik der Gegenwart so vollkommen gleichgültig, wie alle Meinungen, die Herr v. Gerlach in ferner Zukunft vielleich noch haben wird. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.): Wenn mehrere meiner Freunde sich jetzt gegen Herrn v. Gerlach wenden, so soll er daraus nicht den Schluß ziehen, daß er ein bedeutender Mann ist, sondern lediglich denjenigen, daß man ein so humoristisches Objekt, wie es sich selten im Reichstag darbietet, nicht unbenutzt lassen soll. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Antisemiten.) Herr v. Gerlach sprach von seinen Ueberzeugungen. Herr v. Gerlach und Ueberzeugungen! (Heiterkeit bei den Antisemiten.) Die giebt's ja gar nicht bei ihm! Herr v. Gerlach war konservativ, Edelmann, er hat es ja nachher verleugnet, christlichsocial, Antisemit. Damals schrieb er im „Volk" einen Artikel: „Der Schnaps, das Schwein und die deutsch-freisinnige Politik". (Große Heiterkeit.) Damals hat er mich auch vielfach gelobt. Herr v. Gerlach, Ihr Lob hat mich stets so kalt gelassen, wie mich alle Ihre Angriffe in Zukunft lassen werden. Dann wurde er nationalsocial und jetzt ist er jüdisch-social geworden. Da gilt das Wort von der Linken: „Mausche wird social". (Große Heiterkeit bei den Antisemiten.) Er drängte sich an den selbstbewußten Flügel der deutsch-freisinnigen Partei heran, wurde abgeschüttelt, und jetzt ist er an den unfruchtbaren Gestaden der freisinnigen Vereinigung gelandet. (Erneutes, lautes Lachen bei den Antisemiten.) Da liegt er nun, und wer weiß, was Sonne und Regen noch einmal aus ihm machen werden. Heute hat er den Reichstag mit einem Variété-Theater verwechselt: auch politische Verwandlungskünstler gehören in das Variété. Von der Tribüne aus ist mir eben eine Grabschrift auf Herrn v. Gerlach zugesandt worden:

„Von einem Lager seh' ich Dich
Bekehrt ins andre wandern,
Du änderst Deine Meinung oft,
Doch niemals die der andern!"

(Große Heiterkeit bei den Antisemiten.)

Abg. **v. Gerlach** (Hosp. der frs. Vg.):

Ich weiß, daß bis jetzt der Hauptberuf der Antisemiten in diesem hohen Hause der war, wenn die Stimmung etwas lau zu werden drohte, durch Späßchen das Publikum wieder zu beleben. (Sehr gut! links.) Das war ja heute auch das Bemühen des Grafen Reventlow und des Herrn Liebermann v. Sonnenberg. Beide thaten so, als wenn ich ihnen Anlaß zum Reden gegeben hätte. Wer war denn das Karnickel, das angefangen hat? Doch wohl ihr eigner Parteigenosse Lattmann, der absolut überflüssigerweise provokatorisch aufgetreten ist! Dagegen habe ich mich sachlich gewehrt. (Zustimmung links.) Es ist mir erzählt worden, daß z. B. auch Herr Lattmann früher einer andern, der nationalliberalen Partei angehört hat. Jedenfalls nimmt man in jenen Reihen Leute, die von anderswo herkommen, mit offenen Armen auf, und versucht nur, sich lustig zu machen über die Leute, die einen entgegengesetzten Weg genommen haben.

Herr v. Liebermann sprach von meiner politischen Vergangenheit, ich sei alles mögliche gewesen. Gewiß, ich habe viele Dummheiten in meinem Leben gemacht. (Große Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Vielleicht ist Abg. Liebermann v. Sonnenberg der einzige in diesem Hause, der von sich behaupten möchte, er habe noch keine Dummheit gemacht. Die Behauptung, ich sei der Verfasser des Artikels „Der Schnaps, das Schwein und die deutschfreisinnige Politik", steht auf der Höhe der meisten antisemitischen Behauptungen: sie ist unwahr. Jener Artikel hat vielmehr den jetzigen Redakteur der „Kreuz-Zeitung", Prof. von Irmer, zum Verfasser. Glücklicherweise kann ich diese Unwahrheit gleich richtigstellen, da ich mich zufällig der Sache erinnere.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.):

Wenn Herr v. Gerlach nachgewiesen hat, daß er nicht der Verfasser des betreffenden Artikels ist, so gebe ich gern zu, daß ich mich geirrt habe; aber ich kann tausendfach nachweisen, daß man ihn damals allgemein als den Verfasser nannte und sich über die schneidige Feder freute, die er führte. Man hat sich geirrt; er war auch damals zu unbedeutend. (Bravo! bei den Antisemiten.) Herr v. Gerlach hat alle Veranlassung, damit unzufrieden zu sein, daß im Reichstage auch einmal ein Scherz gemacht wird. Er wird immer das Objekt derselben sein, Herr v. Gerlach wird immer ausgelacht werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich bitte den Herrn Abg. Liebermann v. Sonnenberg, sich im Verkehr mit seinen Kollegen einer etwas gewählteren Sprache zu bedienen.

Abg. **v. Gerlach** (Hospitant der frs. Vg.): Herr Liebermann v. Sonnenberg hat keine Ahnung von dem, was ich sagen will, und schon meldet er sich wieder zum Wort. Mein früheres Lob ist Herrn Liebermann doch nicht so gleichgültig gewesen, wie er sagte. Früher legte er doch ziemliches Gewicht auf ein Zusammenarbeiten mit mir. Er war es, der mich eindringlichst bat, im Jahre 1893 ein Reichstagsmandat aus seiner Hand anzunehmen, und als ich mich der rein formalen Bedingung nicht fügte, mich christlich-deutsch-social zu nennen, sandte er mir ein sehr pikiertes Telegramm. Es wäre doch unverantwortlich von Herrn Liebermann seiner eignen Partei gegenüber gewesen, wenn er einem so schlechten Kerl wie mir damals ein Mandat gegeben hätte. (Sehr gut!)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Herr v. Gerlach hat versucht nachzuweisen, daß ich auf ihn früher gewisse Hoffnungen gesetzt habe. Das ist richtig. Damit verträgt sich aber sehr gut meine wiederholte Behauptung, daß mir sein Lob immer gleichgültig gewesen ist. Es ist auch richtig, daß er eine Kandidatur für die Antisemiten abgelehnt hat, weil er sich nicht christlich-deutschsocial, sondern nur christlich-social nennen wollte. Herr v. Gerlach sagte, er habe viele Dummheiten gemacht. Je älter man wird, desto mehr hütet man sich für gewöhnlich, Dummheiten zu machen; Herr v. Gerlach scheint mir immer jünger zu werden. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt

Abg. **Lipinski** (Soc.): Herr Warbeck hat erklärt, ich hätte unwahr behauptet, daß der Centralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands die einzige Organisation sei, die auch weibliche Mitglieder aufnimmt. Ich habe aber nicht von kaufmännischen Verbänden schlankweg gesprochen, sondern nur von Verbänden kaufmännischer Gehilfen.

Präsident Graf **Ballestrem**: Das Schlußwort hat jetzt für seinen Antrag der Abg. Lattmann. Ich bitte aber, sich nur auf sachliche Bemerkungen zu beschränken und nicht auf die persönliche Debatte einzugehen, da auf das Schlußwort niemand in längerer Rede erwidern kann. (Bravo!)

Abg. **Lattmann** (Antis.) (Schlußwort): Herrn Lucas gegenüber betone ich, daß ich hier nicht für die Richter, sondern für die Kaufmannsgerichte spreche. (Sehr gut!) — Wenn man die Rechtsanwalte zuläßt, so sollten wenigstens die Kosten dafür der Partei, die den Rechtsanwalt bestellt, aufgebürdet werden. Herrn v. Gerlach gegenüber bemerke ich nur das eine, daß er mich vor vierzehn Tagen in Kassel provoziert hat. Ich bitte das Haus um Entschuldigung, daß ich durch meine Bemerkung ihn veranlaßt habe, zu reden. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Die Vorlage wird hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Tagesordnung: Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Will (Kons.). Erste Lesung des Servistarifs. Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Verlängerung des Quinquennats auf ein Jahr.

Schluß 5¾ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die badische Wahlrechtsvorlage war, wie die „Mannheimer Volksstimme" berichtet, der Gegenstand einer engeren Konferenz von Vertretern der socialdemokratischen Partei, die dieser Tage in Karlsruhe stattfand. Außer den Mitgliedern der Landtagsfraktion nahmen Vertreter der beiden Partei-Organe sowie des Landesvorstandes usw. daran teil. Man einigte sich darin über die Stellung der Partei zum Entwurf der Regierung sowie über das taktische Verhalten unsrer Abgeordneten bei der Beratung der Vorlage in der Zweiten Kammer. Das Ergebnis der Besprechung wurde in einer Resolution sowie einer Reihe von Leitsätzen niedergelegt. Sobald über die Stellung der einzelnen Parteien zum neuen Wahlgesetzentwurf einige Klarheit herrscht, wird die socialdemokratische Partei im Lande mit einer lebhaften Agitation für ihre Wahlrechtsforderungen in Volksversammlungen an allen größeren Orten einsetzen und dabei die erwähnte Resolution der Wählerschaft zur Abstimmung vorlegen.

Die Stuttgarter Gemeinderats-Wahlen wurden, wie bürgerliche Blätter berichten, am Mittwochabend in eine Parteiversammlung erörtert, die stürmisch verlaufen sein soll. Die Versammlung soll nach diesen Berichten Verwahrung eingelegt haben gegen die Empfehlung der Parteikandidaten als echte Vertreter des Kleinbürgertums durch den Wahlaufruf. In der „Tagwacht" kann der Bericht erst morgen vorliegen.

Fräulein Fanny Imle hat, wie berichtet wird, dem socialdemokratischen Verein in Düsseldorf angezeigt, daß sie aus unsrer Partei austrete. Wir hatten von dieser Thatsache zunächst keine Notiz genommen, da die Austrittserklärung in diesem Falle ein ganz überflüssiger Akt ist. Da aber die gesamte Presse darüber als besondere Neuigkeit berichtet, so möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß Fräulein Imle schon vor der Reichstagswahl von der Rednerliste der brandenburgischen Agitationskommission gestrichen worden ist. Bei dieser Gelegenheit haben wir dem Fräulein im „Vorwärts" ausdrücklich erklärt, daß für ihre politischen Auffassungen innerhalb unsrer Partei-Organisation kein Raum sei. Dabei hat sie sich beruhigt und es fehlt deshalb der jetzigen Austrittserklärung gänzlich die materielle Unterlage.

Totenliste der Partei. In Chemnitz starb der Parteigenosse Franz Kragl, der seit seiner Jugend dort stets in den vordersten Reihen der Partei gekämpft hat. Seine Thätigkeit für die Partei brachte ihm häufige Maßregelungen durch die Unternehmer und auch mehrere Gefängnisstrafen ein. Die „Chemnitzer Volksstimme" gedenkt seiner mit ehrenden Worten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Mehrmalige Einforderung des Mitgliederverzeichnisses.

Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins zu Harburg a. E. hatte seiner Zeit gleich nach Stiftung des Vereins der Polizei ein Mitgliederverzeichnis eingereicht und es sind der Polizei auch stets die Veränderungen im Mitgliederbestande angezeigt worden. Trotzdem verlangte im Juni des vorigen Jahres die Polizei ein neues vollständiges Mitgliederverzeichnis, weil sie Zweifel hatte, ob ihr Verzeichnis noch richtig und zutreffend sei. Sie betrachtete dies Verlangen als das Erfordern einer „Auskunft" über den Mitgliederstand gemäß § 2 des Vereinsgesetzes. Der Vorsitzende, Genosse Weniger, lehnte indessen die Einreichung eines neuen Verzeichnisses ab. Das Landgericht Stade als Berufungsgericht verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes. — Auf die Revision, die Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht eingehend vor dem Kammergericht begründete, hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender wichtigen Begründung an das Landgericht Stade zurück: Es gäbe allerdings Fälle, wo es zulässig sei, daß die Polizei ein zweites Verzeichnis erfordere, obwohl der Verein seiner Rechtspflicht bereits nachgekommen sei. Immer aber müßten dies Fälle sein, wo die Polizeibehörde ein andres Mittel Auskunft zu erhalten, nicht habe, wo das Verzeichnis der Mitglieder verloren gegangen oder unbrauchbar geworden sei. Hier sei nun von einem Polizeisergeanten gesagt worden, daß erhebliche Zweifel beständen, ob das Verzeichnis der Polizei noch zutreffend sei, sowohl in der Richtung, daß einzelne Leute dem Verein nicht mehr angehören wollen, die noch im Verzeichnis der Polizei stehen, als auch nach der Richtung, daß andre als Mitglieder des Vereins gelten, die nicht im Verzeichnis stehen. Das genüge nicht zur Verurteilung des Angeklagten. In diesem Fall wäre doch das erste Mittel der Polizei gewesen, den Vorstand zu fragen: Sind A. und B. und C. noch Mitglieder? und sind D. und E. und F. dem Verein beigetreten? Erst dann, wenn hierauf keine genügende Feststellung erfolgte, konnte die Polizei ein neues vollständiges Verzeichnis fordern. So lange nicht dieser Versuch der Klarstellung gemacht wurde, habe W. die Einreichung eines neuen Verzeichnisses verweigern können. Das Landgericht Stade müsse nun prüfen, inwieweit und ob ein neues Verzeichnis nötig war, und eventuell wieweit dem Angeklagten klargelegt worden sei, daß eins nötig war.

Soziales.

Ueber die ärztlichen Ehrengerichte urteilen drei Aerzte, Dr. H. Meyer, Dr. J. Fränkel und Dr. R. Thisquen in Köln in einer öffentlichen Erklärung wie folgt:

„Nach der von den Ehrengerichten erlassenen Standesordnung soll es den Aerzten z. B. untersagt sein, ohne vorhergehende Genehmigung der Aerztekammer Verträge mit Kassen zu schließen, zahlungsfähige Patienten unter den Minimalsätzen der ärztlichen Gebührentaxe oder unentgeltlich zu behandeln, Zeugnisse über die Wirksamkeit von Heilmitteln, Genuß- und Nahrungsmitteln zum Zwecke der Reklame auszustellen, zu annoncieren usw.

Es ist nun noch nicht bekannt geworden, daß man gegen derartige Zeugnisse von **Professoren**, z. B. für die Brandtschen Schweizerpillen, über staatliche und private Heilquellen und Heilanstalten, gegen die großen Reklamen für das Heilserum und Tuberkulin, Phenacetin usw. ehrengerichtlich vorgegangen ist, doch sind Aerzte, welche aus Selbsthilfe, um existieren zu können, zu dem Mittel des Annoncierens griffen zu ganz exorbitant hohen Geldstrafen mit Publikation des Urteils in den Tageszeitungen vom ärztlichen Ehrengericht verurteilt worden. Durch das Annoncieren soll nämlich nach einem Urteile des Ehrengerichtshofes das „Erwerbliche" von seiten eines Arztes zu sehr hervortreten. — Bei Aerztestreiks ist das ja nicht der Fall!?"

Die Erklärung wirft ein Schlaglicht auf die humanitätsschwitzenden Redensarten, mit denen die gegenwärtige Aerztebewegung verbrämt wird.

Warnung vor Schwindelkassen.

Einem in Hannover wohnenden Mitgliede der **Krankenkasse „Wettin"** in Dresden ging auf eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde eine Antwort zu, in der es heißt:

„In Ihrer Beschwerdesache gegen die „Wettin" teilen wir Ihnen mit, daß der Kassenvorstand am 11. d. M. und schon früher in andern Beschwerdesachen erklärt hat, Zahlungen mangels vorhandener Mittel nicht leisten zu können. Wir geben Ihnen daher dringend anheim, beim hiesigen königlichen Amtsgericht die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Kasse zu beantragen."

Besser ist es, auf dem durch das Statut vorgeschriebenen Wege sofort den Austritt aus der Kasse anzumelden. Das ist der sicherste Weg, um sich vor weiterem Schaden zu bewahren.

Auswanderung aus Schweden. Im verflossenen Jahre sind über die Häfen Göteborg, Malmö, Helsingborg und Stockholm 29 944 Personen nach fremden Erdteilen ausgewandert, die höchste Zahl in den letzten zehn Jahren. Zum Vergleich sei erwähnt, daß im Jahre 1894 nur 8246 Auswanderer gezählt wurden. Seitdem ist der Strom der Auswanderung, der die arbeitskräftige Bevölkerung Schwedens aus dem Vaterlande und aus Europa führt, beständig gewachsen. Achtzig Prozent der Auswanderer reisten über Göteborg.

Aus der Frauenbewegung.

Eine sehr gut besuchte Volksversammlung, einberufen von den Vertrauenspersonen der proletarischen Frauen Berlins, fand am 19. Januar im großen Saale von Allem, Hasenheide, statt. Genosse Arthur Stadthagen referierte über: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!" Von diesem Wort der Bibel behaupte man, es sei die Moral, wonach die heutige Gesellschaftsordnung zu leben habe. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!" das heiße: verlange für deine eigne körperliche und geistige Entwicklung keine besseren Bedingungen wie für die deiner Nebenmenschen. Daraus folge: verlange, setze durch die Gleichberechtigung. Redner wies dann in seiner von ätzendem Spott überfließenden Rede nach, daß die Besitzenden, Mächtigen und Herrschenden der heutigen Gesellschaft gerade das Gegenteil von dem thäten, was jene christliche Moral, die übrigens auch die andrer Religionen sei, verlange. Er schloß seinen Vortrag, der mehrfach von Beifall unterbrochen wurde, mit dem Mahnruf, durch andauernde Agitation und Belehrung beizutragen an der Erringung der Macht zur Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, zur Herbeiführung der socialistischen Gesellschaft, und damit die Bedingung schaffen zu helfen für die allgemeine Durchführung des Grundsatzes: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! (Lebhafter Beifall.) Diskutiert wurde nicht. Genossin Wengels, die Leiterin der Versammlung, wandte sich gleich dem Referenten mit dem Mahnruf, ins öffentliche Leben herauszutreten, an die anwesenden Frauen, sie anfeuernd, sich den Gewerkschaften anzuschließen und dem Bildungsverein der Frauen und Mädchen beizutreten. Mit stürmischen Hochs auf die Socialdemokratie, in die sich solche auf Stadthagen mischten, schloß die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

N. M., Rixdorf. Hat bei uns nicht gestanden. — **Raupoch.** O Verstellung, dein Name ist Kieckebusch. Im Hamlet: O Schwachheit, dein Name ist Weib. — **Treuer P. G.** 1. Fragen Sie bei der „Victoria" an. 2. Erkunden Sie das Erforderliche bei einem der nachstehenden Institute: a) Bürger-Rettungs-Institut, b) Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame, c) Biedersee-Stiftung. Alle drei im Rathaus. — **A. K. 18** und **Dresdenerstraße.** Orientieren Sie sich selbst darüber: Berliner Adreßbuch II. Band, Teil II, Seite 138, Schulwesen, gewerbliche Fachschulen usw. — **Köpenick.** C. W. Richten Sie Ihre Anfrage an: W. Hagedorn, Fabrik von Kinematographen, Nebelbilder-Apparaten für Theater usw., Alte Jakobstr. 5. — — **P. K. 3.** Unmittelbar vorher unter „Treuer P. G." beantwortet. Bei dem Metallarbeiter-Verband fragen Sie wohl selbst nach. — Sigmund Meyer. Grrrößter Redner dieses, des vergangenen und des zukünftigen Jahrhunderts. — **1900 L.** (China.) Abg. Kumert zu mündlicher Auskunft gern bereit zwischen 10 und 2 Uhr. — **Friedenau.** Ersuchen Sie um Auskunft den Stadtverordneten Paul Hirsch zu Charlottenburg, Rosinenstraße 3. — **H. A. II.** Die Sprache ist außerhalb ihres riesigen geographischen Sprachgebietes wegen der großen Schwierigkeiten der Aussprache, Betonung usw. ohne Lehrer nicht zu erlernen. Die Menge der Stümper soll man nicht vermehren. Wir könnten Ihnen dagegen gern jemand empfehlen, der englischen Unterricht billig und sehr gut erteilt. Moral insanity (spr. moröl inhänete) moralischer Irrsinn. — **W. K. Ja.**

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

A. B. 22. Wenn der Arbeitgeber in der That Ihnen den Krankenkassen-Beitrag in voller Höhe vom Lohn abziehen sollte, so klagen Sie beim Gewerbegericht auf Herausgabe und stellen bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag. — **A. J. 78.** Wenn Sie als Selbstzahler unterlassen haben, die Kassenbeiträge zu zahlen, so sind Sie als Mitglied ausgeschieden und werden erst mit Wiederbeginn der Arbeit wieder Kassenmitglied. —

, **E. 100.** Wenn nichts vereinbart ist, so besteht für den Werkführer sechswöchentliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten. — **Wilmersdorf.** In der Regel in fünf Jahren. — **G.** Uns nicht bekannt. — **E. A. 26.** Das Recht, Ehescheidung zu begehren, geht durch Verjährung und Verzeihung verloren. Die Verjährung tritt ein, wenn die Scheidungsklage nicht innerhalb sechs Monaten von dem Zeitpunkte an erhoben wird, an dem der Ehegatte von dem Scheidungsgrund Kenntnis hatte. Anders liegt die Sache nur bei Ehescheidung wegen Geisteskrankheit. — **Anna 53.** Das Eigentum des Ehemannes kann wegen dieser Schuld an der Ehefrau nicht gepfändet werden. Eventuell hätte eine Interventionsklage Aussicht auf Erfolg. Das Eigentum der Ehefrau, einschließlich der Erbschaft, haftet für die Erbschaftssteuer. — **A. L.** Beantragen Sie beim Polizeipräsidium Berichtigung der Invaliditätskarten. — **F. K.** Nein, nur muß das eigenhändige Testament den Formvorschriften genügen. Beispiele für eigenhändige Testamente finden Sie am Schluß des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **L. K.** 1. Ein Mädchen ist keineswegs verpflichtet, den Erzeuger ihres Kindes zu heiraten und bedarf seiner Genehmigung zur Heirat mit einem andern nicht. 2. Der Erzeuger hat auch dann Alimente für das von ihm außerehelich erzeugte Kind zu zahlen, wenn die Mutter geheiratet hat. 3. Ein Recht, das Kind der Mutter fortzunehmen, hat der außereheliche Erzeuger nicht. 4. Nein. — **K. L. 64.** Ja: erkennen Sie vor oder bei der Heirat Ihr Kind beim Standesbeamten an und beantragen Umschreibung bei der Heirat. Hernach ist der Weg etwas umständlicher. — **Teltow. Rein!** — **A. B. 28.** 1. Die Dauer der Unterstützungspflicht einer Kasse ergiebt sich aus deren Statut. Die Mindestdauer ist seit dem 1. Januar 26 Wochen. 2. In der Heilstätte erwachsen Ihnen keine Kosten. Die Kosten trägt die Versicherungsanstalt, auf sie geht aber der Anspruch des Unterstützten gegen die Krankenkasse über. — **K. J.** 1. Nein. 2. Ein Drittel der Krankenkassenbeiträge hat der Unternehmer zu zahlen. Die Höhe der Gesamtbeiträge ersehen Sie aus dem Statut. 3. Hospitant der Freisinnigen Vereinigung. 4. Solcher Verein ist uns nicht bekannt. — **K. S. 15.** Der Mietsstempel beträgt bei einer Miete bis einschließlich 300 M. nichts, bei einer Miete von mehr als 300 bis 500 M. 50 Pf., bei einer Miete von über 500 bis zu 1000 M. 1 M., bei 1000 bis 1500 M. 1,50 M. — **H. J.** Leider nicht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 22. Januar.
Anfang 7½ Uhr:
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Deutsches. Cyrano von Bergerac.
Berliner. Maria Theresia.
Lessing. Zapfenstreich.
Westen. Die schöne Helena.
Neues. Salome. Logik des Herzens.
Residenz. Der keusche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Uriel Acosta.
Luisen. Kean.
Kleines. Elektra.
Trianon. Madame X.
Carl Weiß. Bruder Martin.
Apollo. Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.
Gebr. Herrnfeld. Nur eine Nacht.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Winter-Garten. Otéro. Otto Reutter. Specialitäten.
Passage-Theater. Enthauptung. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Erdball als Träger des Lebens.
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Naß: „Acetylen und andre moderne Lichtspender."
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Der Strom.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: **Salome. Der Kammersänger.**

Central-Theater.

Täglich 7½ Uhr:
Das Schwalbennest.
Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kindervorstellung, jeder Erwachsene ein Kind frei. Halbe Preise:
Der gestiefelte Kater.
Märchenspiel in 4 Bildern mit Gesang und Tanz.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Kean.
Sonnabend: Der Veilchenfresser.
Sonntagnachm.: Der Veilchenfresser.
Abends: Kean.
Montag: Der Veilchenfresser.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7½ Uhr.

Apollo-Theater.

Um **8 Uhr:**
Frühlingsluft
mit dem reizenden Ballett
Blütenhochzeit.
9½ Uhr: **Die glänzenden Januar-Specialitäten.**
Programm: **Selma Braatz.**
Miss Blanche Sloan. × Les Perez.
Little Pich × × Martin Kettner
mit neuen Schlagern.
Messters Biophon und Kosmograph.
Neue Bilder-Serie.
Anfang **8** Uhr.
Kasseneröffnung **7** Uhr.
Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 Uhr, bei ermässigten Preisen:
Gesinde-Ball.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntagabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzkow.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Kollege Crampton.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Ehre.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion **Jean Kron** und **Alfred Schönfeld.**
Heute und folgende Tage 7½ Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachmittag 3½ Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Heute und folgende Tage 7½ Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Ausstattungs-Posse in 4 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Krebse.**
Hierauf: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Cirkus Schumann.

Immer das Original.

Die besten dressierten **25 Löwen** des Herrn **Seeth**
Dressierte Tiere des Clown **Gontard.**
Die phänomenale offene Loop.
Createur Monf. **Ancillotti.**
Adolf und **Coco,** die besten Clowns in Berlin.
Babel. Gr. Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

Metropol-Theater.

Morgen Sonnabend, den 23. Januar cr.:
Zweiter grosser
Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.
Alles Nähere besagen die Plakate an den Säulen.
Durchlaucht Radieschen.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
8 Uhr im Hörsaal: Dr. G. Naß: **„Acetylen und andre moderne Lichtspender."**
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 7½ Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonnabend, den 23. Januar 1904:
II. grosser Metropol-Theater-Ball.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der **Indianer-Riese Mianko Karoo.**

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Enthauptung
einer **lebenden Dame!**
Willy Prager
mit seinem Schlager:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

ALT-CHINA Kunst-Ausstellung

LEIPZIGER-STRASSE 12

Täglich geöffnet 10–8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7½.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: **Die Wenzel**
und das brillante Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: **Der vertauschte Sohn.**

W. Noacks Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Die Schule des Lebens.
Anfang **8** Uhr. Entree **30** Pf.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.

WINTER-GARTEN

Neues Programm:
Harry Rochez Hundedresseur.
Polk & Collins, Banjo-Virtuosen.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton Amerik. Kunstschützinnen.
Meers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsäng.
Mlle. Otéro Spanische Tänzerin in ihrer Pantom. „Opiumrausch".
Theresas Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister" Wiener Ballett.
Biograph.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpnickerst. 67. Stat. Jannowitzbrücke.
Anfang 8 Uhr!
Montag: SOUVENIR-VORSTELLUNG.
Zum **150.** Male
GASTSPIEL **AD. PHILIPP** Ueber'n **GROSSEN TEICH**

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Die Original-
Offene Schleife
8 Meter Sprung.
Zum **30.** Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.
Mr. **Richard Sawade**
mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur.
Gobert Belling mit seinem spanischen Stierkampf. **Gebrüder Fratellini** m. ihren neuesten kom. Intermezzi.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtasyl.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Vorletzte Woche
des Oberbayrischen Bauern-Theaters.
Bruder Martin.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Karl Costa.
Anfang 8 Uhr.
Morgen nachmittag 4 Uhr: Kindervorstellung: **Die sieben Raben.**

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: **„Biscotte."**

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Sonntags: 7 Uhr.
„Wieder ein neuer grosser Erfolg!"
lautet die einstimmige Kritik der gesamten Presse über die A. und D. Herrnfeldsche Novität:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ehe mit den Autoren in d. Hauptrollen.
Ferner: **Januar-Attraktionen** mit **Bendix.**
Vorverkauf **11—2** Uhr mittags.

Fröbel's Allerlei-Theater

fr. **Puhlmann,** Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag **5** Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung der beliebten **Zimmermanns Norddeutsch. Sänger.**
Um **10** Uhr: **Grosser Ball.**
Entree **30** Pf. Sperrsitz **50** Pf.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.

Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
und
Tanzkränzchen.
Neu! Neu!
Grüneberg, gehn Sie mit nach's Elerhaus,
Vorzugskarten an allen Wochentagen gültig.
Jeden Dienstag: **Theaterabend.**

Steidl-Theater

Linienstrasse 132 — Oranienburger Thor.
Neu! Das Neu!
teure Vaterhaus.
Lebensbild von Fritz Steidl.
Letzte Woche:
„Der grosse Cohn".
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher **Feen-Palast.**
Heute abend 8 Uhr:
Grosse Extra-Elite-Vorstellung.
Othello.
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.
Bedeutende Gäste. Halbe Kassenpreise.
Morgen abend 8 Uhr:
Das Millionenmädel.
Auftreten erstklassiger Specialitäten.
Sonntag 2 Vorstellungen:
Nachmittags 3 Uhr:
Die Grille.
Abends 8 Uhr:
Das Millionenmädel.

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7—9.
Freitag, den 22. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Lumpensammler von Paris.
Drama in 5 Akten und einem Vorspiel von Felix Pyat.
Anfang 8 Uhr.
Montag, den 25. Januar: **Eine leichte Person.**

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.

Schriften von Karl Marx:

Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. 233/1*
1. Bd.: Der Produktionsprozeß des Kapitals. 4. Aufl. M. 9,—; in Halbfrz. gebd. M. 11,—
2. Bd.: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. 2. Aufl. M. 8,—; in Halbfrz. gebd. M. 10,—
3. Bd.: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion. Zwei Teile. M. 10,—; in Halbfrz. gebd. M. 14,—
Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—50. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. M. 1,—
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Association. M. —,30
Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten. M. —,25
Lohnarbeit und Kapital. Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom Jahre 1849. M. —,20
Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends". Deutsch von Ed. Bernstein und K. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. M. 1,50; gebd. M. 2,—
Marx vor den Kölner Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuß der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Febr. 1849). Mit Vorwort von Fr. Engels. Neue Auflage. M. —,20
Revolution und Konter-Revolution in Deutschland. Deutsch von Karl Kautsky. Brosch. M. 1,50; gebd. M. 2,—
Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. M. 1,—

Heute Freitag
giebt es wieder
Frische Blut- u. Leber-Wurst
in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69.
Hof parterre.
„Vorwärts"-Haus. Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungszimmer.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli. Georg u. Pepi Wagner. Bertolotti—Millardo—Renas.
Zum Schluß: **§ 3.** Zum Schluß.
Zeitkomödie mit Gesang.
Nach der Vorstellung: **Mittwochs,** Sonnabends u. Sonntags: **Tanz.**

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Im Kaisersaal:
Künstler-Ensemble „Nordsterne"
unter Leitung d. Herrn **Rudolf Schauss.**
Kassenöffn. 5 Uhr, Anfang ½7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
In den unteren Sälen:
Görisch-Konzert und **Bockbierfest.**

4026L*

Gardinen-Specialhaus

Berlin S., Oranienstr. 158.
Emil Lefèvre.
Wunderbare Neuheiten.
Gardinen, Stores, Vitrages in Secession- und Jugend-Stil.
Restbestände, 2 bis 6 Fenster, **spottbillig!**
Special-Katalog mit circa 600 Illustrationen **gratis und franco.**

Grosse blutfrische **Hasen 2,75**
Keulen 1.25, Rücken 1.25
Hirschfleisch Pfd. **30, 40, 50, Blatt 60.**
Oderbrucher Gänse, Kaninchen.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61. IV, 1599.

Dr. Schünemann

Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.**
½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9—11

Günstige Gelegenheit!

Kragen, Manschetten, Serviteurs.
Ein Posten **Herrenkragen,** best. Fabrik., rein Lein., 4 fach, p. Dtzd. **nur 2 M.**
Manschetten, prima, garant. 4 fach, ½ Dtzd. **1,80 M.** 3994?*
Serviteurs, ganz prima, einzelne Sachen, **Stck. 30, 40 u. 50 Pf.**
● **Oberhemden, Nachthemden,** ● außergewöhnlich preiswert.
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Rohtabak.

Größte Auswahl. — Billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität.
Sämtliche 2817?
Fabrikations-Utensilien.
Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck,
185 Brunnenstr. 185.

Achtung Moabit!

Sonntag, den 24. Januar 1904, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—49:

Wohlthätigkeits-Matinee für Crimmitschau

arrangiert vom
Gesangverein „Vereinte Sangesbrüder Moabit"
(M. d. A.-S.-B.)
unter Leitung des Dirigenten E. Himmel
unter gütiger Mitwirkung der **Hauskapelle O. Tugendheim** sowie mehrerer Mitglieder des **Turnvereins „Fichte"** und des **Charakter-Humoristen R. Schreiber.**
285/7 Anfang präz. 12 Uhr. — Billet 25 Pf. **Das Komitee.**

Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend.

Bureau: Berlin C. 22. Dragonerstraße 15, Hof pt. Telephon: Amt III. Nr. 5028.

Freitag, den 22. d. M., abends 8½ Uhr, bei **Karl Patt,** Dragonerstr. 15:

Delegierten- u. Vorstände-Versammlung

der im Kartell vereinigten Gewerkschaften.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zu dem bevorstehenden Heimarbeiterschutz-Kongreß. Referentin: Frau **Dr. Lily Braun.** 2. Diskussion. 3. Kartellangelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Delegierten und Vorstandsmitglieder ist dringend erforderlich. 285/10
Der Ausschuss. J. A.: **Jonny Hinrichsen.**

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

Die Russen-Interpellation hat das Interesse für Rußland und seine Verhältnisse geweckt.

Wir empfehlen zu diesem Thema folgende Bücher:

Sechzehn Jahre in Sibirien. Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von **L. G. Deutsch.** 3 M., geb. 3,50 M.

Ein im Jahre 1884 in Deutschland verhafteter und nach Rußland ausgelieferter russischer Student schildert in dem Buche seine Erlebnisse in deutschen, russischen und sibirischen Gefängnissen, in denen er ein halbes Menschenalter hindurch geschmachtet hat, bis er über Japan und Amerika entflohen ist.

Kennan: Sibirien . . . . . gebunden 1,50 M.
" **Russische Gefängnisse** " —,60 "
" **Zeltleben in Sibirien** " 1,— "

Lehmann-Parvus: Das hungernde Rußland. Reiseeindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen. Illustriert. 3 M., geb. 4,50 M.

Jadrinzew, N.: Sibirien. Geographisch-ethnographische und historische Studien. Mit zahlreichen Abbildungen. Statt 16 M. **nur 6 M.**

Leroy-Beaulieu, A.: Das Reich des Zaren und die Russen. 2 Bände. **Statt 10 M. nur 4 M.**

Ein die russischen Verhältnisse überaus trefflich schilderndes Werk:

Lankenau und Oelsnitz: Das heutige Rußland. 2 Bände. Statt 6 M. nur 3 M. Der erste Band schildert das europäische, der zweite das asiatische Rußland.

Landdell, Henry: Durch Sibirien. Eine Reise vom Ural bis zum Stillen Ocean. Statt 20 M. nur 6 M. 233/2*

Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: **Landsberger Allee 11/13.** T. VII. 5088.
Flaschen- " **Frieden-Strasse 93.** T. VII. 1670.

Unsre Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

Freundliche Wohnungen. Zwei Stuben, Küche, Keller, Boden, Kloset, Wasserleitung billig zu vermieten in **Adlershof.** Zu erfragen in der Bäckerei **Bismarckstraße 18, A. Wartenberg.** 4030Z*

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin".
Sonntag früh 7½ Uhr: Tempelhofer Feld (Steuerhaus) nach **Zossen.**
Mittags 2 Uhr: Prenzlauer Thor nach Karow bei Stolz. 11/5

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg u. Berlin. E. H.-K. Nr. 115.

Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Krüger, Grunewaldstr. 110.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Jährlicher Kassenbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
285/9* **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Drechsler

und verwandter Gewerbe.
Montag, 1. Februar, abds. 6½—8 Uhr, im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15** (Saal 7):

Wahl-Versammlungen.

I.

Versammlung sämtlicher großjähriger Mitglieder der Kasse nach § 19a neunte Abänderung des Statuts behufs Wahl von 171 Vertretern derselben pro 1904.

II.

Eine Versammlung sämtlicher Arbeitgeber der Kasse, welche Beiträge für die Mitglieder aus eignen Mitteln zahlen, findet am **1. Februar, abends 6½—8 Uhr,** im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15** (Saal 6) statt, behufs Wahl von 81 Vertretern derselben pro 1904.

Für die Mitglieder legitimiert das Kassenbuch, für Arbeitgeber die letzte Quittung der Kasse über gezahlte Beiträge. 11655

Montag, 25. Januar, abends 7—8 Uhr, im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:**

Versammlung sämtlich. großjähriger Mitglieder der Kasse behufs Aufstellung von Kandidaten zur Vertreterwahl pro 1904.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
J. A.: **Gustav Tiedt,** Hasenheide 49.

HALT!

Wollen Sie Ihren Husten, Ihre Erkältung oder das Kitzeln im Halse los sein? — Wollen Sie eine klare Stimme haben und von Ihrer Verschleimung befreit sein? — gebrauchen Sie bitte

Pascoe's Brust-Pastillen

à PACKET 25 PFENNIG.
Sie werden den Versuch nicht bereuen!
Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Stoff-Reste

für Herrenanzüge, Paletots usw.

spottbillig.

Tuchfabrik-Niederlage

Berlin C., Rossstrasse 2

Koch & Seeland.

Erster Wahlkreis.

Heute abend 8½ Uhr in den „Arnimhallen", Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung
1. Vortrag des Genossen **Grunwald** über: „Weltmachtspolitik und Weltwirtschaft". 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet 236/1 **Der Vorstand.**

VI. Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)

Sonntag, den 24. Januar 1904, abends 5 Uhr, im „Jägerhaus", Schönhauser Allee 103:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Dritter Vortrag des Genossen **Bartels** über: **„Das Erfurter Programm".** 2. Diskussion.

Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein.**

Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung ladet ein
246/5* **Der Vertrauensmann.**

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. 89.)

Sonnabend, den 23. Januar, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn **Dr. Maurenbrecher** über: **Recitation über „Faust".** Vereinsangelegenheiten. 198/2

Ausgabe der Billets zu dem am 30. Januar, abends 9 Uhr, stattfindenden

Maskenball in Sanssouci.

Rege Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler

und andrer gewerblicher Arbeiter
(E. H. Nr. 3 Hamburg Verwaltungsstelle Berlin D Moabit).

Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe (Abth. Moabit), Turmstr. 25/26 (II. Saal):

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Wichtige Kassenangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sonnabend, den 6. Februar, findet in der „Kronen-Brauerei", Alt-Moabit 47/49 **Maskenball** statt. — Billets sind in der Versammlung zu haben. 182/0

Um zahlreichen Besuch bittet **Das Komitee.**

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Heute, Freitagabend 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher Einsetzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: **Unsre Tariffrage.**

Es ist Pflicht, daß jeder Kollege pünktlich erscheint.

Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitagabend 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrerverein Charlottenburg

(Mitgl. d. Arb.-Radfahrer-Bundes „Solidarität").

Sonnabend, den 23. Januar 1904, im „Volkshaus", Charlottenburg, Rosinenstraße 3:

Großer Wiener Maskenball

bestehend aus
Ball, humoristischem Reigenfahren und **Kaffeepause.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein 11/6 **Das Komitee.**

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118).

Die Zahlstelle **Westen-Schöneberg** befindet sich von jetzt ab in **Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 8 bei Horlemann.** Beiträge werden daselbst jeden Sonnabendabend von 8—10 Uhr entgegengenommen. 38/1 **Der Vorstand.**

Dem Genossen **Franz Riemer** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch! 4065Z
Seine Bezirksgenossen:
A. H. G. M. F. B. J. G. F. B.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Hiermit den Kollegen und Kolleginnen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Stefan Grass

am 17. d. Mts. plötzlich verschieden ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. Mts., nachmittags um 3½ Uhr, auf dem neuen Friedhof zu Tempelhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
23/2 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Chemigraphen Berlins.

Am Dienstag verstarb unser Mitglied, der Retoucheur

Philipp Pracht.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Kirchhofs, Marstr., aus statt.

Die Vereinsmitglieder, welche an der Beerdigung teilnehmen, treffen sich 2½ Uhr in der Schloßbrauerei Schöneberg. 155b

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Verwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse der Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 19. d. M. verstorbenen Lithographen

Wilhelm Gürtler

findet am Sonnabend, 23. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Pankow aus statt.

1151b **Das Komitee.**

Danksagung.

Sagen hiermit allen Kollegen, Freunden u. Bekannten für die rege Teilnahme, insbesondere für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unsres lieben Bruders, Schwagers und Onkels **Richard Uhlrich** unsern tiefgefühlten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Pritzkow. 1146b

Danksagung.

Allen Leidtragenden, welche unserm unvergeßlichen Bruder **Paul Müller** bei seiner am 19. Januar erfolgten Beerdigung die letzte Ehre erwiesen haben und besonders dem Gesangverein von Siemens u. Halske sowie dem Herrn Manasse für seine trostreichen Worte und den Spendern der Kränze sagen wir hiermit unsren herzlichsten Dank. 1147b

Geschwister Müller.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.** [41/10*
10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4

Prima Schnitzel
à Pfund 1 Mark.
Rückenfett à Pfund 50 Pfg.
Carl Schubert, Prinzenstr. 25

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige Herrenanzüge, Winterpaletots, Beinkleider, aus feinsten Maßstoffen spottbillig täglich, Sonntagsverkauf. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 2068R*

Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Wäsche, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten, Winterpaletots, Spiegel, Bilder spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 49/12*

Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhrketten spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 49/12*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage **Große Frankfurterstraße 9,** parterre. †37*

Musikwerke, selbstspielende, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stalitzerstraße 40. *

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26. 2055R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschine, Ringschiffchen, gut erhalten, gut nähend, 20,00. Grünerweg 48, vorn IV. 1164b

Kanarienroller, Zuchtweibchen. Krause, Beusselstraße 38, Quergebäude II. †83*

Kanarienhähne, Weibchen, Heckbauer billig. Kramer, Rigaerstraße 136. †45*

Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgesetzte, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15 III. 1156b*

Salonteppich, extra großes Prachtexemplar 26,00, wunderschöne Zimmerteppiche 8,00, prachtvoller Säulentrumeau 28,00, verschiedene Zimmer Nußbaummöbel, darunter Bücherschränke, Salonkronen, Bilder, Herrenschreibtisch 26,00, Schlafzimmer werden heute und Sonnabend, nachmittags von 3—6 Uhr, Lagerspeicher, Kurfürstenstraße 146, beim Auktionator spottbillig verkauft. 1157b

Materialwaren-, Gemüsegeschäft verkäuflich. Näheres Reichmann, Steglitzerstraße 80. 1159b

Eisenöfen, neue, gebrauchte, 2,00 an, Gasheizsparöfen 8,00, Dauerbrandöfen 11,00, Kochmaschinen, Gaskocher, Schroeder, Hochstraße 43. 1161b

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 93/22*

Wohnungs-Einrichtung, ganz wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Julius Apelt, Stalitzerstraße 6. 2091R*

Gelegenheit: Schwarze Kleiderstoffe (Reste), Meter 1,50, Charlottenburg, Goethestraße 76 (kein Laden).

Nähmaschinen. Vergütige bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Fabrikate. Woche 1,00. Postkarte genügt. Borchert, Jorndorferstraße 50. 66/12*

Portel-Verkehrslokal sofort zu verkaufen. Offerten Spedition Lausitzer Platz 14/15. †14*

Ringschiffchen. Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †96*

Billard, mittel, wegen Platzmangel verkäuflich Christburgerstraße 24.

Landparzellen von Hochwald umgeben, 40 Pfennigtour, Quadratrute fünf Mark, verkauft Fademrecht, Lebuserstraße 1. 68/13

Verschiedenes.

Unfallsachen. Rechtsbureau Putzer, Steglitzerstraße fünfundsechzig [2061R*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. 1019b*

Rechtsbureau (Alexander-Platz) Kurzestraße achtzehn! Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Raterteilung. 66/8*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Erfolgreichste Raterteilung! Eingabengesuche! 1104b*

Rechtsbureau Falk, Brunnenstraße vierzig. Prozeßbeistand, Ehesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38. Sonntagsdienst. 1132b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Mittagstisch! Mit Bier, Kaffee 0,50. Annenstraße 16. 1128b

Vereinszimmer für Sitzungen und Zahlstellen. Ferdinand Schulz, Fruchtstraße 61. 1045b*

Vereinszimmer Simeonstraße 28.

Saal, Vereinszimmer, für Maskenbälle noch einige Sonnabende frei. Spreehallen-Restaurant, Kirchstraße 13. 1150b

Unterzeichneter nimmt die am 24. November 1903 gegen Herrn Haspart getane Aeußerung zurück und bittet ihn um Entschuldigung. Franz Nanczky, Rixdorf, Kniebeckstraße 117. †131

Vermietungen.

Wohnungen.

Mühlenstraße 8, nahe Hochbahnstation Stralauerthor und Stadtbahnstation Warschauerstraße, sind vom 1. April 1904 Hofwohnungen von 1 und 2 Stuben nebst Zubehör billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter 8—10, 2—5. 2048R*

Stube, Küche, vorn I, 27 Mark, sofort, SO., zu vermieten. Zu erfragen Lindenstraße 108, Cigarrenladen. 1154b

Umstände halber Wohnung, zwei zweifenstrige Zimmer, Küche, Balkon, Zubehör, sofort oder später zu vermieten, 445 Mark. Kaiserin Augusta-Allee 20, Ecke Alt-Moabit. 1152b

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobey, Kolbergerstraße 26. *

Anständiger junger Mann findet Schlafstelle bei Krieg, Hedwigerstraße 13. †45

Freundliche Schlafstelle bei Pfaron, Wörtherstraße 33, I. †66

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer sucht Herr (allein), 12—16 Mark, Nähe Kottbuser Thor. Offerten unter W. T., Postamt 26. 1144b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker Schmelzer, Rügenerstr. 10.

Stellenangebote.

Handdiener, welcher auch Goldleisten einpacken kann, verlangt Wolff, Dresdenerstraße 33. 1153b

Tischler, geübt auf fournierte Leisten, wird verlangt Köpnickerstraße 109a. 1149b

Tüchtigen Grundlacker verlangt Goldleistenfabrik Kottbuser Ufer 32.

Korbmacher auf eckige Kugelkörbe sachen sofort F. Angion & Co., Wilhelmstraße 123. 1145b

Ein selbständiger Terrazzo-Arbeiter wird bei dauernder Beschäftigung sofort verlangt. Beerst, Tempelhofer Ufer 35. 1160b

Klavierspieler für Sonntags. Stromstraße 36, Oskar Schröder. †83

Knabenblusen-Arbeiterinnen, bessere, verlangt Pose, Oranienstraße 207. *

Arbeiter für Belegerei verlangt Goldleisten-Fabrik, Reichenbergerstraße 88. †19

Rolljacken-Arbeiterinnen, welche viel liefern. Weser, Brunnenstraße 82.

Mamsells auf Jacketts, außer dem Hause, 1,75 bis 2,00 Mark, verlangt Fritz, Grenzstraße 11, II. †93*

Geübte Paginiererinnen verlangen Riesenthal, Zumpe u. Co., Holzmarktstraße 67. 2067R*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Fleißige Personen verdienen an dem Verkauf meiner **Damenkleider-Stoffe** (nur Neuheiten) ohne Risiko viel Geld. Interessenten belieb. genaue Adr. unt. **T. 2** Exped. d. Ztg. *

Gemeinschaftlicher Arbeitsnachweis der Goldschmiede
Berlin
Engel-Ufer Nr. 15.

Für Berlin: 1 tüchtiger Hammerarbeiter.
Für dieses Fach auch 1 Lehrling.
2 Fasser auf Juwelen. 110/12
Einige Reparateure.
1 tüchtiger Goldarbeiter auf montierte Arbeit.
1 tüchtiger Goldschmied, der etwas fassen und gravieren kann.
Nach Melbourne (Australien): 1 tüchtiger Fasser.

Achtung, Stockarbeiter!

Der **Zuzug** für Stockarbeiter aller Branchen ist **streng fernzuhalten** bei **Schmäling & Barta,** Thüringerstr. 18.
88/9 **Die Ortsverwaltung.**

Verantw. Redakteur: **Julius Kolski,** Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glocke,** Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Grunwald über „Weltmachtspolitik und Weltwirtschaft“. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Sechster Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt! Sonntagabend 5 Uhr findet im „Jägerhaus“, Schönhauser Allee 108, eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher Genosse Bartels seinen dritten Vortrag über „Das Erfurter Programm“ halten wird. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Um rege Beteiligung ersucht Der Vertrauensmann.

Der Central-Wählverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hält Sonntagnachmittag 3 Uhr in Nowawes bei Bernhard, Priesterstraße 31, seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Berichte des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Berichte der Funktionäre des Kreises. 3. Anträge: a) Antrag Schöneberg, betreffend anderweite Zusammensetzung des Vorstandes. b) Antrag, betreffend Anstellung eines besoldeten Beamten. c) Antrag Nowawes: Die Genossen sind verpflichtet, sich in dem Wahlverein ihres Wohnortes zu organisieren. d) Anträge Rixdorf und Schöneberg, betreffend die Delegation zu den Generalversammlungen. e) Antrag Neu-Zittau, betreffend Landagitation. f) Antrag Schöneberg, betreffend Aufnahme des Programms in die Mitgliedsbücher. 4. Neuwahl aller Vorstandsmitglieder und Funktionäre. 5. Verschiedenes. — Jeder Verein ist berechtigt, bis zu drei Delegierten zu entsenden. — Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Lankwitz. Der Gemeindevorstand hat auf unsren Antrag auch die Sonntage zur Einsichtnahme der Wählerliste freigegeben, so daß die Liste bis 31. Januar wochentäglich von 10—3 Uhr und Sonntags von 8—10 Uhr eingesehen werden kann.

Grünau. Am Sonnabend, den 23. Januar, abends 9 Uhr, hält der Wahlverein bei Stabbert „Zur grünen Ecke“ seine Mitgliederversammlung ab. Da in dieser Versammlung die Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevertreter-Wahl erfolgt, so ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung. Treffpunkt für Dalldorf: bei Koll. Borsigwalde: bei Waage. Waidmannslust: bei Schmidt, an der Chaussee. Hohen-Neuendorf: Gasthof „Schwarzer Adler“. Die nicht in Frage kommenden Ortschaften begeben sich nach den nächstgelegenen Bezirken. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Vor vierzehn Tagen, in der ersten Sitzung des neuen Jahres, richtete der Vorsteher, der alte Langerhans, an die Stadtverordneten-Versammlung die Mahnung, immer friedlich und in Ruhe zu verhandeln, aber seitdem sind nun schon zum drittenmal die Gegensätze scharf aufeinandergeplatzt. Es ist ein Jammer, daß die socialdemokratische Minderheit das Bemängeln und Bemäkeln nicht lassen kann.

Gestern drehte sich der Streit wieder einmal um die Krankenanstalten, und den Anlaß dazu gab die Berichterstattung über die einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesenen Anträge der „Alten Linken“ bezw. der „Neuen Linken“, betreffend die Erweiterung des Friedrich-Kinderkrankenhauses und die Errichtung einer Geschlechtskranken-Station im Krankenhaus Moabit. Die Vorschläge, die der Ausschuß dem Plenum zu machen hatte, gingen nicht hinaus über die Mindestforderungen, die in dieser Beziehung gestellt werden müssen. Man merkte ihnen an, daß das Deficit-Gespenst auch hier wieder auf die ohnehin nicht beträchtliche Thatkraft der freisinnigen Mehrheit einen lähmenden Einfluß ausgeübt hatte.

Die socialdemokratische Fraktion hatte durch ihre Vertreter im Ausschuß weitergehende Forderungen gestellt und hielt auch nach den ablehnenden Beschlüssen des Ausschusses daran fest. Genosse Koblenzer, der nach dem Ausschuß-Berichterstatter Cassel als erster zu Worte kam, begründete sie in wirksamer Weise. Gegenüber der Flickarbeit, die für das Kinder-Krankenhaus vorgeschlagen wird, empfahl er einen schleunigen Ausbau in dem ursprünglich geplanten Umfang. Zur Frage der Errichtung einer Geschlechtskranken-Station wurde von unserm Redner gefordert, daß die Station dauernd bestehen bleiben und die Geschlechtskranken-Station des Obdachs aus dieser Anstalt herausgenommen werden solle.

Die Debatte verlief zunächst sehr ruhig. Stadtrat Straßmanns Erwiderung war zahm und fand wenig Beachtung. Erst als Herr Eckardt („Alte Linke“) unter heftigen Angriffen auf unsre Parteigenossen die in der Geschlechtskranken-Station des Obdachs herrschenden Zustände beschönigte, gestaltete sich die Debatte erregter. Herr Nathan, der nun nicht mehr zur „Neuen Linken“ gehört, empfahl bezüglich des Kinderkrankenhauses die Flickarbeit des Ausschusses. Bezüglich der Geschlechtskranken-Station trat er unserm Antrage bei. Dasselbe that Herr Landau („Alte Linke“), der seine Fraktion gründlich im Stich ließ und in kurzer, aber eindrucksvoller Rede die skandalösen Zustände der Geschlechtskranken-Station des Obdachs schilderte. Stadtrat Weigert antwortete; der Sinn seiner Rede war: wir können nicht. Herr Sachs, ohne den eine Krankenhausdebatte nicht denkbar ist, bestätigte es ihm.

Seinen und Herrn Eckardts Angriffen traten unsre Genossen Hoffmann und Bernstein entgegen. Was sie sagten, mißfiel der freisinnigen Mehrheit so, daß sie zu lärmen und zu toben begann. Herr Langerhans schalt, nicht auf die lärmende Mehrheit, sondern auf die socialdemokratischen Redner. Herr Weigert wies einen ihm gemachten Vorwurf zurück, auch Herr Eckardt suchte sich zu verteidigen, und Bernstein erwiderte beiden, wieder unter fortwährendem Lärm. Dann kam das Schlußwort und die Abstimmung, die die Ablehnung unsrer Anträge und die Annahme der Ausschußvorschläge ergab.

Zu Beginn der Sitzung hatte sich über die Neubesetzung der in den Verwaltungsdeputationen frei gewordenen Stellen eine kleine, aber nicht uninteressante Debatte entsponnen. Unser Genosse Singer wies darauf hin, daß die der Versammlung zur Annahme empfohlenen Vorschläge des Ausschusses vor der Spaltung der „Neuen Linken“ gemacht worden seien, daß aber inzwischen das Stärkeverhältnis der Fraktionen sich verschoben habe. Sein Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß stieß allenthalben auf Widerstand, aber die Forderung, daß für die Stellen der Schuldeputation, deren eine die socialdemokratische Fraktion beansprucht, eine Zettelwahl stattfinde, mußte geschäftsordnungsgemäß berücksichtigt werden. Herr Cassel kündigte an, daß er sich dem Widerstande der Regierung fügen und keinen Socialdemokraten wählen werde. Die Wahl soll in acht Tagen vorgenommen werden.

Zu der Verquickung von Krankenhaus und Bethaus,

die wir am Mittwoch an dem Musterbeispiel des katholischen Hedwigs-Krankenhauses besprachen, haben sich zunächst nicht die katholischen Blätter geäußert, sondern die „Staatsbürger-Zeitung“. Die Antwort, die da gegeben wird, ist als journalistische Leistung — denn den Sittlichkeitsmaßstab legen wir nicht an die Leistungen der „Staatsbürger-Zeitung“ an — geradezu skandalös.

Das Blättchen nennt es unglaubliche Gemütsroheit, die Partei eines Menschen zu ergreifen, der sich durch ein Vaterunser usw. belästigt fühle; aber es verschweigt, daß eine „Schwester“ versucht hat, auf den in der Anstalt als freireligiös bekannten Patienten, über dessen Schicksale wir berichteten, **direkt einzuwirken** und ihn zur Teilnahme am Gebet zu veranlassen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schiebt uns den von ihr mit Gänsefüßchen versehenen Ausdruck „fortgesetzte Betereien“ unter, der sich in unsrem Artikel nicht findet; offenbar war ihr der ruhige Ton unsrer Ausführungen unbequem, und sie mußte sich diesen nach Spott klingenden Ausdruck zurechtmachen, um die Bosheit des „Vorwärts“ zu kennzeichnen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schwindelt, nach den Behauptungen des „Vorwärts“ sei der Mann entlassen worden, weil er an den Gebetsandachten nicht habe teilnehmen wollen. Wir hatten lediglich berichtet, im Krankensaal habe sich, nachdem seine Entlassung verfügt war, die Nachricht verbreitet, daß man ihn deshalb entlasse, weil „er **andre Patienten von der Teilnahme am Beten abzuhalten versucht** haben solle“. Wir fügten hinzu, das habe er nicht gethan und die Krankenhausverwaltung möge sich hierzu äußern. Die „Staatsbürger-Zeitung“ versichert, die Leitung der Anstalt stelle in Abrede, daß irgend jemand „wegen eines Vorkommnisses von der Art des oben geschilderten“ ungeheilt entlassen worden sei. Ist hier der Ausdruck „oben geschildert“ auf die im „Vorwärts“ gegebene Schilderung oder auf die erlogene Darstellung der „Staatsbürger-Ztg.“ zu beziehen? Es wäre besser, wenn die Krankenhausverwaltung sich uns gegenüber äußern und auf unsre Darstellung antworten wollte. Wenn sie dann das von uns wiedergegebene Gerücht als unzutreffend bezeichnet, wollen wir ihr das gern glauben. Die „Staatsbürger-Zeitung“ erzählt schließlich, es sei recht bezeichnend, daß vor einiger Zeit im Krankenhause **ein „Vorwärts“-Mann** erschienen sei und die Kranken zu Mitteilungen über Mängel aufgefordert habe. Sein Auftreten sei so merkwürdig gewesen, daß die Patienten selber seine Ausweisung verlangt hätten. Keiner Person, die in unsrem Auftrage oder mit unsrem Wissen das Hedwigs-Krankenhaus aufgesucht hat, um dort Erkundigungen einzuziehen, ist es jemals widerfahren, daß sie ausgewiesen wurde oder daß Patienten die Ausweisung verlangten. Der „merkwürdig“ auftretende „Vorwärts“-Mann, den die „Staatsbürger-Zeitung“ ihren Lesern vorstellt, ist **uns unbekannt.** Er verdankt seine Entstehung einem **Schwindel.** Im übrigen sind über die in Rede stehende Angelegenheit von uns nur Patienten befragt worden, die bereits aus dem Hedwigs-Krankenhause entlassen waren.

Doch genug von dem Blättchen, mit dem man sich nur ungern befaßt. In der Sache, um die es sich handelt, wird uns **jeder beistimmen, dem die öffentliche Krankenpflege am Herzen liegt.** Kranke soll man gesund machen, aber mit Dingen verschonen, die diesem Zweck nicht dienen. Wer im Krankenhause beten will, möge es thun — wer's nicht will, den lasse man in Ruhe. Und auch wer nicht beten will, soll den ungeschoren lassen, dem das Gebet ein Bedürfnis ist. Wollen die konfessionellen Krankenhäuser diesen Grundsatz gegenseitiger Toleranz nicht anerkennen, dann sind sie nicht wert, weiterzubestehen. Auch die Gläubigen haben übrigens ein Interesse daran, daß man im Krankenhause jeden, der nicht mitbeten will, in Ruhe läßt. Welches Geschrei würde die katholische Presse anstimmen, wenn in evangelisch-konfessionellen Krankenhäusern die nicht-evangelischen Patienten am evangelischen Gebet teilnehmen sollten! Wie würden die teutsch-christlichen Blätter zetern, wenn im jüdischen Krankenhause den nicht-jüdischen Patienten gleiches widerfüre! Und wir würden ihnen recht geben.

Städtische Betriebe — Musterbetriebe.

Die Arbeiter der städtischen Kanalisationswerke richteten im Juli vorigen Jahres eine Eingabe an die Direktion, welche die Bitte um Einführung von Wochenlöhnen und um Lohnerhöhung enthielt. Am 12. Dezember endlich erhielten sie Bescheid, daß ihren Wünschen nicht Rechnung getragen werden könne. Gründe anzugeben, welche diese Ablehnung rechtfertigten, hält man in den Betrieben der Stadt nicht für nötig. Da Arbeiterausschüsse, welche in sachlicher Weise die Berechtigung der Forderungen erörtern könnten, bei der Kanalisation leider noch nicht bestehen, so sehen sich die Arbeiter genötigt, auf diesem Wege den Deputationsmitgliedern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen zu führen. Die Beschäftigung der Kanalisationsarbeiter ist äußerst schmutzig und ungesund. Nicht allein, daß diese Arbeiter mit den in Fäulnis übergehenden Fäkalien jahraus jahrein umzugehen haben, laufen sie noch häufig Gefahr, durch die gefährlichen sich sehr schnell entwickelnden Gase ihr Leben zu riskieren. Des öfteren schon waren solche Fälle zu verzeichnen. Aber auch die Gesundheit wird durch diesen Beruf wesentlich beeinträchtigt. Von früh 6 Uhr bis abends 5 Uhr inklusive 1½ Stunden Pause oder bei Nacht acht Stunden bei Wind und Wetter ohne jeden Schutz auf der Straße seinen Dienst zu verrichten, das gehört wahrlich zu den unangenehmsten Arbeiten. Keine Bude, in der bei starkem Regen oder Schneegestöber das Frühstück oder Mittagessen eingenommen werden könnte, steht den Arbeitern zur Verfügung. Am Tage sind sie daher gezwungen, Schankwirtschaften aufzusuchen, um dort die Mahlzeiten einzunehmen, was erhöhte Ausgaben im Gefolge hat. Daß solche Thätigkeit frühzeitiges Siechtum zur Folge hat, wird jeder objektive Beobachter bestätigen. Regenpelerinen, wie sie in andren Städten und auch bei der Straßenreinigung im Gebrauch sind, scheint man hier nicht zu kennen. So vollzieht sich jene Arbeit das ganze Jahr, hin und wieder einmal durchbrochen von einem freien Sonntag, der aber nicht bezahlt wird, trotzdem man von dem Arbeiter verlangt, daß er stets zur Hand ist, wenn er gebraucht wird. Platzt ein Druckrohr oder ist ein Hausanschluß verstopft, so hat der Arbeiter nach der Meldung sofort zu erscheinen, ganz gleich, ob er halbtot vor Müdigkeit nach Hause gekommen ist, oder ob er frei hat. Berücksichtigt man diese im Betriebe vielleicht unabwendbaren Erschwerungen und Anforderungen an die Kanalarbeiter, so muß man zugeben, daß die Lohnentschädigung dafür ganz ungenügend ist. Der Anfangslohn beträgt 3,50 M. und steigt nach fünf Jahren auf 3,75 M. und nach acht Jahren auf 4 M. Wie da ein Familienvater zurechtkommen soll, wo bei einer solchen Lohnentschädigung die Berufsfreudigkeit — die ja doch bei den städtischen Arbeitern besonders betont wird — herkommen soll, das überlassen wir der Beurteilung der Kanalisations-Deputation, die ja doch auch aus Herren mit praktischer Erfahrung zusammengesetzt ist.

Genehmigung einer städtischen Anleihe. Wie berichtet wird, hat der Kaiser nunmehr die vor längerer Zeit vom hiesigen Stadtverordneten-Kollegium beschlossene Anleihe der Stadt Berlin in der Höhe von 228 Millionen Mark genehmigt.

Allgemeiner Nachtdienst im Fernsprechverkehr des Reiches mit Bayern, Württemberg und Oestreich. Eine allgemeine Einführung des Nachtdienstes im Fernsprechverkehr des Reichs-Telegraphengebietes mit Bayern, Württemberg und Oestreich ist vom Reichspostamt mit Wirkung vom 1. Februar an angeordnet worden. Sämtliche Anstalten, die bisher nur bei Tage untereinander in Verbindung standen, nehmen dann auch den Nachtverkehr auf, soweit dies nach den Dienststunden der einzelnen Anstalten möglich ist. Der Nachtdienst braucht also nicht mehr in jedem einzelnen Fall angeordnet zu werden. Die Anstalten stellen Verbindungen mit einander her, soweit sie überhaupt bei Nacht Dienst haben. Nach dem gleichen Gesichtspunkt wird auch bei neueinzurichtenden Sprechbeziehungen verfahren. Sind für den Nachtverkehr Leitungsverbindungen bei solchen Anstalten erforderlich, die während der Nachtzeit den Dienst schließen, so werden die zu benutzenden Leitungen während der Dienstruhe dieser Anstalten dauernd mit einander verbunden. Die gleiche Diensterweiterung findet ebenfalls vom 1. Februar an auch im Verkehr mit bayrischen, württembergischen und östreichischen Fernsprechanstalten statt. Auf den Nachtverkehr der Vermittelungsanstalten des Reichs-Telegraphengebietes unter einander und mit denjenigen Bayerns und Württembergs finden „die Bestimmungen über die Benutzung der Fernsprechverbindungs-Leitungen zur Nachtzeit“, auf den inneren Verkehr im Reichs-Telegraphengebiet auch „die Bestimmungen über Verbindungen zur Nachtzeit im Nachbarorts-, Vororts- und Bezirksverkehr“ Anwendung. Für den Nachtverkehr mit östreichischen Vermittelungsanstalten sind die Gebühren und sonstige Bedingungen die gleichen wie für den Tagesverkehr. Gesprächsabonnements sind nicht zulässig. Von den Berliner Vororten haben folgende Anstalten Nachtdienst: Charlottenburg und Wilmersdorf ohne Unterbrechung, Adlershof, Köpenick, Friedenau, Friedrichshagen, Friedrichsberg, Groß-Lichterfelde, Grünau, Hoppegarten, Neu-Weißensee, Nowawes-Neuendorf, Ober-Schöneweide, Oranienburg, Pankow, Potsdam, Reinickendorf (Ost), Rixdorf, Rummelsburg, Spandau, Steglitz, Tegel, Tempelhof, Wannsee und Zehlendorf bis 10 Uhr abends und von 7 Uhr morgens an, wenn dann nicht der Tagesdienst beginnt. Im Bezirk Potsdam haben außerdem Drense, Eberswalde und Prieros im Winter Nachtverkehr von 7 oder 7½ Uhr früh an. Im Bezirk Bremen werden betroffen Bremen, Bremerhaven, Geestemünde und Fischereihaven; im Bezirk Breslau Bernstadt, Bingerau, Breslau, (in Aussicht genommen) Brieg (Bezirk Breslau), Deutsch-Lissa, Glatz, Hundsfeld, Königszelt, Ponttwitz, Reichenbach (Schlesien), Schweidnitz, Steinkirche, Trachenberg (Schlesien), Waldenburg (Schlesien) und Wünschelburg; im Bezirk Dresden Dresden und Meißen; im Bezirk Hamburg Altona (Elbe), Buchholz (Kreis Harburg), Hamburg, Harburg, Lübeck und Wandsbeck; im Bezirk Magdeburg Aschersleben, Letzingen und Magdeburg.

Zwei Berlinerinnen verschleppt. Der Mädchenhändler Louis Breier aus Ungarn, ein bereits mehrfach vorbestrafter Mann, dessen Bild sich im Berliner Verbrecheralbum befindet, hielt sich kürzlich in Berlin auf. Die Polizei hatte von seiner Ankunft Kenntnis erhalten, beobachtete ihn und fand auch Veranlassung, Breier als der Teilnahme an einem Uhrendiebstahl verdächtig festzunehmen. Hierbei stellte sich heraus, daß der Verhaftete Zugang in einer Familie F. gefunden und sich mit Fräulein Jenny F. verlobt hatte. Bei den erforderlichen Vernehmungen des jungen Mädchens und auch seiner Angehörigen wurden diese darauf aufmerksam gemacht, daß Breier schon längst verheiratet und ein berüchtigter Mädchenhändler sei. Dennoch glaubte die junge Dame ihrem inzwischen wieder wegen Mangel an Beweisen aus der Untersuchungshaft entlassenen Verlobten. — Der Ungar verstand es, Fräulein F. derartig zu umgarnen, daß sie sich bereit erklärte, dem Bräutigam überall hin zu folgen. Dieser überredete das Mädchen, mit ihm nach Wien und London zu fahren, wo sie sich ohne Beibringung irgend welcher besonderen Papiere verheiraten könnten. Die Hochzeit sollte sofort nach Ankunft in der östreichischen Hauptstadt erfolgen. Von Wien aus schrieb Breier an die jüngere Schwester seiner Braut, sie möge sofort nachkommen, um Trauzeugin zu sein; doch folgte sie nicht der Aufforderung. Vor kurzem erhielten die Angehörigen des Fräulein F. eine Postkarte der Verschwundenen aus Budapest, die nur die wenigen Worte enthielt: „Es grüßt Euch Eure tiefunglückliche Jenny“. Alle Bemühungen der Verwandten, über den gegenwärtigen Aufenthalt der Vermißten etwas zu erfahren, waren bisher vergeblich. Breier, der übrigens auch auf den Namen Dr. Oppermann reist und jedenfalls noch andre falsche Namen führen dürfte, wird von der ungarischen Staatsanwaltschaft gesucht. — Vermißt wird seit 8 Tagen eine 19 Jahre alte Singspielsängerin Anna Hentze aus der Chausseestraße 2. Die Tochter einer Arbeiterwitwe, war sie früher Näherin, sang aber seit einem halben Jahre im Chor des Variété-Theaters Friedrichsgarten, Friedrichstr. 125, und wohnte bei dem Inhaber des Theaters, Gastwirt Stephan, in der Chausseestraße. Nachdem sie am vergangenen Freitag zum erstenmal als Einzelsängerin aufgetreten war, unterhielt sie sich abends viel mit einem feingekleideten Gast, kam nicht mehr nach Hause und auf die Bühne und ließ auch nichts mehr von sich hören. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der feine Herr das hübsche Mädchen, eine schlanke Blondine mit blauen Augen, ins Ausland verschleppt hat.

Zu einer aufregenden Scene kam es gestern abend im Cirkus Busch. Dort tritt, wie bekannt, augenblicklich Mr. „Satan“ aus Paris auf, der die gefährliche Fahrt über die oben geöffnete Schleife ausführt. Gestern verlor er nun beim Abspringen die Richtung und stürzte zum Entsetzen des Publikums aus der gewaltigen Höhe herab. Glücklicherweise hatte der Sturz dem kühnen Radfahrer nichts geschadet. Er erholte sich sich nach einer kleinen Pause wieder und wagte noch einmal die Fahrt, die er nun mit der größten Sicherheit ausführte.

Betriebsstörung auf der Hochbahn. Bei dem gestern morgen 6 Uhr in die Endhaltestelle Warschauerbrücke einfahrenden Zuge wurde dessen Wagen zweiter Klasse von dem Vorderteil eines rangierenden Leerzuges, der aus dem Wagenschuppen ohne Signal zu weit vorgefahren war, seitlich gestreift, so daß einige Seitenfenster zerbrachen. Außerdem wurde eine Weiche beschädigt, wodurch der Betrieb zwischen Warschauerbrücke und der benachbarten Haltestelle Stralauer Thor bis 9,36 Uhr unterbrochen war. Auf den übrigen Strecken war der Zugverkehr während dieser Zeit nicht gestört. Eine Verletzung von Personen ist nicht erfolgt.

Ein amerikanischer Hochstapler. Wiederum festgenommen wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei der 34 Jahre alte amerikanische Major Max v. Schiemang, der den Behörden schon viel zu schaffen gemacht hat und wegen Hochstapelei, Urkundenfälschung und Betrugs wiederholt bestraft ist. Er verübte mit Briefen, die er sich von Militär- und Civilbeamten zu verschaffen wußte, die größten Schwindeleien. Stark war er auch in der Verwertung von Patenten. Nach seiner letzten Strafe von drei Jahren Zuchthaus aber ging er so vorsichtig zu Werke, daß es nicht mehr gelang, ihn zu überführen, bis er sich jetzt auf den Heiratsschwindel verlegte. Durch ein hiesiges Bureau hatte der Major die Tochter einer Kapitänswitwe im Westen der Stadt kennen gelernt. Er ging alsbald aus und ein und gewann die Zuneigung der Tochter in hohem Grade. Obwohl er in Amerika verheiratet ist, hatte er nichts dagegen, daß alle Vorbereitungen für die Verlobungsfeier getroffen wurden. Die Kapitänswitwe war auch bereit, 10 000 M. für die Bürgschaft herzugeben, die der Major seiner Behauptung nach bei der Verheiratung stellen müßte. Die Frau war aber doch vorsichtig genug, sich endlich nach seiner Persönlichkeit etwas näher zu erkundigen. Zufällig kam sie dabei auch mit einem Kriminalbeamten zusammen, der das Vorleben des Majors genau kannte und ihr überraschende Aufschlüsse geben konnte. Um dieselbe Zeit gingen beim Centralkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels Anzeigen ein, daß ein Mann versuche, viele junge Mädchen unter allerhand Vorspiegelungen nach New York zu locken. Dieser Mann konnte nach der Personalbeschreibung kein andrer sein als der amerikanische Major. Daher ging ihm die Kriminalpolizei nun auch von dieser Seite aus zu Leibe. Er war aber nicht so leicht zu finden, da er den Namen Schumann angenommen hatte und unter diesem eine feine Junggesellenwohnung in der Invalidenstraße inne hatte. Gestern ging die Kapitänswitwe zur Bank, um die 10 000 M. für die Bürgschaft abzuheben. Nach der Auszahlung sollte in einem Wein-

ausschank im Familienkreise die Verlobung gefeiert werden. Als aber Schiemang kam, um das Geld abzuholen, empfing ihn nicht die Kapitänswittwe, sondern die Kriminalpolizei. Auf den Vorhalt, daß er doch verheiratet sei, erklärte er den Kommissaren v. Treskow und Dr. Kopp, er habe sich von seiner Frau in Amerika verabschiedet, und das sei so gut wie geschieden.

Aus Furcht vor der Verhaftung sprang gestern nachmittag ein Dienstmädchen, Hulda Heinz, aus der Hohenfriedbergstr. 2 in Schöneberg zum Fenster hinaus. Das Mädchen wurde in dem Geschäft, in dem es für die Dienstherrschaft einkaufte, bei einem Diebstahl ertappt und zur Anzeige gebracht. Als nun gestern nachmittag Kriminalbeamte kamen, um es nach der Polizeidirektion abzuholen, sprang es zum Fenster hinaus, brach sich die Beine und mußte zunächst als Polizeigefangene nach der Charité gebracht werden.

Ein gefährliches Abenteuer hatte ein junger Berliner in Rom zu bestehen. Der 23jährige Bankbeamte Paul Person aus Berlin, der mit zwei Landsleuten kürzlich aus Neapel in Rom eingetroffen war, wurde in der letzten Nacht durch drei Burschen, mit denen er gezecht hatte, vor der Stadtmauer beraubt und verwundet.

Ein Motor-Zweirad gestohlen wurde am Mittwochabend 7½ Uhr aus dem Hausflur des Hauses Oranienstr. 5. Der Eigentümer hatte sich einige Minuten von dem Motor entfernt, um eine Besorgung zu erledigen. Die kurze Zeit benutzte der Dieb, um sich des Rades zu bemächtigen und unerkannt zu verschwinden. Der Kasten des Rades trug die Aufschrift: „G. Severain, Berlin C.", die andre Seite in großer Schrift die Marke: „Ziel" und die Nr. A. 237.

Feuerbericht. Ein größeres Feuer beschäftigte Donnerstagnachmittag die Wehr lange Zeit in der Zimmerstr. 79. Dort bewohnt die 70jährige Wittwe Tapfer im rechten Seitenflügel eine kleine Parterrewohnung. Während sie nun gegen 2 Uhr weggegangen war, um Einkäufe zu besorgen, entstand durch einen in der Küche aufgestellten stark geheizten eisernen Ofen der Brand. Hausbewohner alarmierten schleunigst die Feuerwehr, die nach wenigen Minuten mit einer Dampfspritze zur Stelle war. Es dauerte doch über eine Stunde, bevor die Flammen erstickt waren. Der ganze Raum ist ausgebrannt, auch ist die Decke zum ersten Stockwerk stark beschädigt. Die Wittwe ist sehr betroffen, da sie fast ihr ganzes Hab und Gut verloren hat und nicht versichert ist. Vorher wurde die dritte Compagnie nach dem Urbanhafen gerufen, wo in der Kajüte eines Spreekahnes Kleidungsstücke und Decken in Brand geraten waren. Allerlei Gerümpel brannte abends in der Lausitzerstraße 44 und Gardinen in der Alexanderstr. 63. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Oranienburgerstr. 39, Rüdersdorferstr. 24, von der Luther-Brücke und noch von verschiedenen andren Orten ein, doch handelte es sich in diesen Fällen durchweg um ganz unbedeutende Anläße.

Aus den Nachbarorten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung führte am Mittwoch die Besprechung der socialdemokratischen Interpellation betreffend die Entlassung von vorbestraften Arbeitern zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen unsrer Fraktion und dem Magistrat. Die Interpellation lautet: „Hat der Magistrat eine Anordnung erlassen, wonach gerichtlich vorbestrafte Personen in Zukunft im Dienste der Stadt nicht mehr beschäftigt werden dürfen? Ist es richtig, daß auf Grund einer solchen Verordnung bereits Arbeiterentlassungen erfolgt sind?" In seiner Begründung wies Stadtv. Hirsch an der Hand eines umfangreichen Materials nach, daß der Magistrat, der stets die Pflege socialpolitischer Aufgaben betone, in Wirklichkeit antisocial und inhuman handle. Auf Grund einer Verfügung würden Arbeiter, die einmal mit dem Gesetze in Konflikt gekommen sind, auch zu vorübergehenden Dienstleistungen nicht mehr eingestellt, und eine ganze Reihe von Arbeitern, die Jahre lang ihre Pflicht im Dienste der Stadt erfüllt hätten, seien um die Weihnachtszeit wegen lange zurückliegender gerichtlicher Strafen entlassen worden. Der Magistrat gehe planmäßig vor, ohne die Folgen seiner Handlungsweise zu bedenken. Redner sprach am Schluß die Erwartung aus, daß der Magistrat das den Arbeitern zugefügte Unrecht wieder gut machen und die Entlassenen wieder einstellen werde. In seiner Antwort mußte Oberbürgermeister Schustehrus zugeben, daß in der That eine derartige Verfügung erlassen ist; sie sei aber, da sie zu Härten geführt habe, bereits abgeändert. Im übrigen müsse die Verwaltung schon mit Rücksicht auf die eventuelle Schadensersatzpflicht wissen, welche Art von Arbeitern sie beschäftige. Daß gerade zu Weihnachten Entlassungen erfolgt sind, bedauere er. Diesen Ausführungen schloß sich namens der Liberalen Stadtv. Dr. Crüger an, während Stadtv. Buka, der Führer der Fraktion Alt-Charlottenburg und Stadtv. Hirsch das Verhalten des Magistrats einer scharfen und abfälligen Kritik unterzogen. — Eine zweite socialdemokratische Interpellation bezog sich auf den letzten Unfall beim Neubau des städtischen Krankenhauses. Stadtv. Baake begründete die Interpellation und forderte nachdrücklichst den Erlaß von Vorschriften zur Verhütung von Unfällen. Wie der Magistratsvertreter, Stadtbaurat Bratring, mitteilte, ist der Magistrat mit seinen Erwägungen über Schutzmaßnahmen noch zu keinem Resultat gediehen.

Unter den Vorlagen, die der Versammlung unterbreitet waren, ist die wichtigste die betr. anderweite Festsetzung der in den städtischen Krankenhäusern zu erhebenden Pflegesätze. Die Sätze der III. Klasse sollen vom 1. April ab von 2 M. auf 2,50 M. für Einheimische und auf 3 M. für Fremde erhöht werden. Stadtv. Otto gab die Erklärung ab, daß die Liberalen zum großen Teil gegen die Erhöhung stimmen würden. In Wirklichkeit jedoch ließ die Mehrzahl der Liberalen ihren Fraktionsredner im Stich, denn von den 21 Mitgliedern bekannten sich nur 8 als Gegner der Vorlage. Im Namen unsrer Fraktion wies Genosse Hirsch nach, daß für den Magistrat einzig und allein der finanzielle Standpunkt maßgebend sei, hinter dem alle übrigen Gesichtspunkte zurücktreten müßten; er ersuchte die Vorlage aus Gründen der öffentlichen Volkshygiene und im Interesse der Krankenkassen und der Arbeiterklasse, die die Kosten dafür zu tragen hätten, abzulehnen. Die übrigen Fraktionen hielten es nicht für nötig in die Debatte einzugreifen. In namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage mit 34 gegen 18 Stimmen angenommen.

Bei der Vorlage betreffend die Anstellung eines Hausarztes für das Bürgerhaus hielt unser Genosse Dr. Zepler seine Jungfernrede, die in der Forderung der Anstellung mehrerer Aerzte statt eines einzigen, vor allem auch eines Nervenarztes, gipfelte. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen.

Endlich erklärte die Versammlung die Wahl des liberalen Stadtverordneten Dr. Spiegel, der in der Stichwahl über den socialdemokratischen Kandidaten gesiegt hat, für gültig.

Protest gegen das Scherlsche „Sparsystem". In der Stadtverordneten-Versammlung zu Charlottenburg stellte die liberale Fraktion gestern folgende Anfrage, die in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden soll, an den Magistrat: „Mit Rücksicht darauf, daß das Scherlsche Sparsystem sich an die öffentlichen Sparkassen anlehnen will, und daß große Schäden mit diesem Sparsystem verbunden sind, fragen wir beim Magistrat an, ob er beabsichtigt, gegen dieses sogenannte Sparsystem vorzugehen, und welche Schritte er in dieser Angelegenheit zu ergreifen gedenkt."

Rixdorf. Auf dem Neubau Ziethenstr. 55/56 hatte der Arbeiter Standke aus der Prinz Handjerystr. 60 das Unglück, infolge der Glätte mit einer Mulde Steine auszugleiten und sich den rechten Fuß zu brechen. Die Unfallstation XII leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. — Auf dem Bahnhof Hermannstraße verunglückte der Barbier Bernburg aus Charlottenburg dadurch, daß ein unvorsichtiger Passagier die Abteilthür eines Ringbahnzuges hinter sich zuwarf, ohne zu sehen, daß B. die Hand am Thürrahmen hatte. Dem bedauernswerten B. wurde durch die Thür der Mittelfinger der rechten Hand zum Teil abgequetscht. Der Verletzte, der längere Zeit arbeitsunfähig sein wird, hat sich erst kürzlich etabliert und befindet sich daher infolge des Unglücksfalles in besonders schwieriger Lage. Der Urheber des Unfalles konnte nicht festgestellt werden.

Gerichts-Zeitung.

Professor Dr. Ruhland, der Gelehrte des Bundes der Landwirte, steht im Mittelpunkt eines ganzen Kranzes von Beleidigungsklagen, zu dem die gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelte Privatklage des letzteren gegen den Redakteur Dr. Walter Mancke gehört. Dieser ist Chefredakteur der „Bank- und Handelszeitung" und gleichzeitig bei der Centralstelle der Deutschen Landwirtschaftskammer angestellt und in gewissem Sinne ein Antipode des Professors Ruhland, denn er bearbeitet die Preise auf dem Getreidemarkte in der Notierungsstelle der Centralstelle, während der Privatkläger der Direktor einer von ihm ins Leben gerufenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, „Der Getreidemarkt", ist, an der der Bund der Landwirte materiell beteiligt ist. — Zwischen beiden besteht eine sehr zugespitzte Gegnerschaft. Zu den Gegnern des Prof. Ruhland gehört auch Prof. Biermer, der gegen ihn eine Broschüre herausgegeben und darin in nachdrücklichster Weise sachliche und wissenschaftlich-geschäftliche Differenzen zum Austrag zu bringen versucht hat. Teile dieser Broschüre hat Dr. Mancke in seiner Zeitung zum Abdruck gebracht, und Prof. Dr. Ruhland hat auf Grund dieser Thatsache zuerst gegen Prof. Biermer und dann auch gegen Dr. Mancke Beleidigungsklagen eingeleitet, die noch in der Schwebe sind. In dem gegen Prof. Biermer schwebenden Verfahren hat nun Dr. M. dem Beklagten zur Charakteristik des Klägers schriftlich mitgeteilt, daß Prof. Ruhland von einwandsfreien Leuten als „notorischer Lump" bezeichnet worden sei. Diese Thatsache kam bei dem Prozeß kontra Biermer zur Sprache und veranlaßte den Prof. Ruhland, wegen dieses Ausdrucks gegen Dr. Mancke klagbar zu werden. Nur um diese Beleidigung handelte es sich zunächst im gestrigen Termin. Der Angeklagte hatte seinerseits Widerklage erhoben, und zwar auf Grund folgenden Thatbestandes: Als Beilage zur „Bank- und Handelszeitung" erscheint seit langen Jahren ein „Landwirtschaftlicher Anzeiger", dessen Inhalt der Angeklagte seit einiger Zeit auch unter dem Titel „Landwirtschaftlicher und Handelsanzeiger" erscheinen läßt. In diesem letzteren hatte er einen Angriffsartikel gegen Prof. Ruhland erscheinen lassen und daran dann in der nächsten Nummer der „Bank- und Handelszeitung" Besprechungen geknüpft. Prof. Ruhland war der Ansicht, daß der neue Titel der Beilage, für die zeitweilig ein andrer Redakteur bestellt war, nur eine Art Zeitungsmaske darstellte, zu dem Zweck, gewissermaßen incognito Artikel in die Oeffentlichkeit zu bringen, zu denen man sich nicht bekennen, aber Gelegenheit erhalten möchte, sie in der eigentlichen Zeitung zu besprechen. Prof. Ruhland ersuchte darauf das Börsen-Ehrengericht, diesen Fall zu untersuchen. Er führte in der betreffenden Anzeige aus, daß dies ein Verfahren sei, das mit Treu und Glauben nicht vereinbar sei, sprach von „gemeingefährlicher grober Fälschung der öffentlichen Meinung", von häßlicher und schlechter Absicht usw. Das Börsen-Ehrengericht hat, wie Dr. Mancke gestern behauptete, eine Untersuchung gar nicht eingeleitet, sondern „die Denunziation" glatt „in den Papierkorb geworfen". Er selbst habe dann bei der Landwirtschaftskammer eine Disciplinaruntersuchung beantragt, die das Ergebnis gehabt habe, daß sein Verfahren bei der Herausgabe der Zeitungsbeilage als vollständig korrekt anerkannt worden sei. — Was den Klagepunkt betrifft, so berief sich Dr. Mancke auf den Oekonomierat Steinmeyer-Danzig und Präsident Georg v. Arnim als diejenigen Personen, die bei einer von ihm näher bezeichneten Gelegenheit den Ausdruck „notorischer Lump" in Bezug auf Prof. Ruhland gebraucht hätten. Beide wurden gestern als Zeugen vernommen. Oekonomierat Steinmeyer entsann sich nicht, diesen Ausdruck öffentlich gebraucht zu haben; wenn er ihn privatim gebraucht haben sollte — was er nicht glaube —, so sei das nur bedingungsweise geschehen. Als der Zeuge auf sein Zeugnisverweigerungsrecht hingewiesen wurde, wenn er selbst eine Verfolgung wegen einer strafbaren Handlung befürchten müßte, machte er von diesem Rechte Gebrauch, erklärte aber, daß er keinen thatsächlichen Anhalt für den Gebrauch des beleidigenden Inhalts habe. — Zeuge v. Arnim verweigerte von vornherein die Auskunft darüber, ob er den beleidigenden Ausdruck gebraucht habe. — Generalsekretär Dr. Jürgens entsann sich nur einer vor etwa fünfviertel Jahren vor einer Kuratoriumsitzung der Centralstelle stattgehabten Privatunterhaltung, wobei scharfe Kritik an dem Verhalten und dem Charakter des Prof. Ruhland geübt worden sei. Möglich sei es auch, daß dabei das Wort „notorischer Lump" gefallen sei. — Der Angeklagte Dr. Mancke verwahrte sich gegen die ihm unterschobene beleidigende Absicht. Prof. Ruhland wolle nur die von ihm bekleidete Stellung in der Centralstelle haben, und aus diesem Grunde habe er, der enragierte Gegner der Börse, sich an das Börsen-Ehrengericht gewandt. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten Dr. Mancke zu 180 M. Geldstrafe. Es hielt nicht für erwiesen, daß der beleidigende Ausdruck von andrer Seite gefallen, und versagte dem Angeklagten den Schutz des § 193. Gebildete Leute müßten sich doppelt hüten, mit persönlichen Verunglimpfungen vorzugehen. Auf die Widerklage billigte das Gericht dagegen dem Prof. Ruhland den Schutz des § 193 zu und erkannte bei ihm auf Freisprechung.

Das Vereinsgesetz gegen die Geselligkeit polnischer Katholiken. Der Vorsitzende Slivka vom katholischen Gesellenverein Harmonia zu Gleiwitz wurde vom Landgericht als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe von 75 M. verurteilt, weil er der Polizei das Mitgliederverzeichnis nicht binnen drei Tagen nach Aufforderung eingereicht hatte. Den Einwand, daß der Verein lediglich die Pflege der Geselligkeit und die Belehrung der Mitglieder bezwecke, ließ das Gericht nicht gelten. Er erklärte vielmehr: Daß „Harmonia" eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten, und zwar im großpolnischen Sinne bezwecke, ergebe sich zunächst aus der offiziellen Beteiligung des Vereins an einem Kongreß der oberschlesischen polnischen Vereine, welcher bezweckte, einen engeren Zusammenschluß dieser Vereine herbeizuführen. Es sei ein derartiger Bund auch gegründet worden. Arrangiert habe die ganze Veranstaltung ein groß-polnischer Agitator und der Bund sollte die Hebung der nationalen Gesinnung der Polen bezweckt haben, wenn das auch nicht direkt ausgesprochen worden sei. Dann aber hätten sich auch 15 Mitglieder des Vereins in Krakau (Oestreich) an dem dort jeden Pfingsten stattfindenden groß-polnischen Fest beteiligt, dessen ausgesprochener Zweck die Stärkung des Nationalgefühls der Polen im groß-polnischen Sinne sei. Damit bekunde der Verein ebenfalls, daß er auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle.

Das Kammergericht, welches S. nun anrief, verwarf die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Es sei ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß der Verein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Falsch sei die Auffassung des Angeklagten, daß durch die Reise nach Krakau höchstens auf östreichische öffentliche Angelegenheiten eingewirkt sein könne und deshalb das preußische Vereinsgesetz darauf gar nicht anwendbar sei. Das Vereinsgesetz mache keinen Unterschied zwischen inländischen und ausländischen öffentlichen Angelegenheiten. Auch wenn ein preußischer Verein auf östreichische öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle, unterfalle er dem § 2 des preußischen Vereinsgesetzes.

Wieviel Monate Gefängnis erhält ein organisierter Arbeiter, wenn er einem Streikbrecher droht, ihn niederstechen zu wollen? Die Antwort ist im Zeichen der heutigen Justiz gar nicht auszudenken. Man vergleiche aber mit den Verurteilungen, die bürgerliche Richter über organisierte Arbeiter aussprechen, eine Angelegenheit, die nach der „Berliner Zeitung" vorgestern vor dem Schöffengericht in Wriezen a. O. zum Austrag kam. Der wiederholt wegen Körperverletzung bestrafte Polizeisergeant Handschuck war angeklagt, den Polizeibeamten Elsholz im Amtszimmer aus Anlaß eines Streitfalles mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihm außerdem mit Niederstechen bedroht zu haben. Der Amtsanwalt, Bürgermeister und Polizeichef Dormann beantragte, nachdem der Thatbestand der Bedrohung festgestellt worden, gegen Handschuck 10 Mark Geldstrafe; der Gerichtshof erkannte auf 15 Mark Geldstrafe! Ob schon jemals in den letzten Jahren der Fall vorgekommen ist, daß ausständige Arbeiter ähnlich milde behandelt worden sind?

Das Aufführungsrecht von Theaterstücken in Privat-Theatervereinen. Der Maurer Robert Meißner stand vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Meißner ist Vorstand eines kleinen, aus 15 Mitgliedern bestehenden Theatervereins. Am 12. April v. J. ließ der Verein in den Concordiasälen „Frau Potiphar" von Carlo Duchow in Scene gehen. Das Publikum bestand aus Angehörigen und Bekannten der Mitwirkenden. Eintrittsgeld wurde in Form eines Programms erhoben, das mit 40 Pf. zu lösen war. Hierdurch kennzeichnete sich die Aufführung nach Ansicht der Staatsanwaltschaft, welche von dem übergangenen Verfasser angerufen war, als eine öffentliche. Der Maurer Meißner, welcher wegen der unberechtigten Aufführung zur Verantwortung gezogen wurde, wollte geglaubt haben, daß alle Theaterstücke, deren Text im Buchhandel zu haben sei, Gemeingut seien. Der als Nebenkläger auftretende Verfasser war nur bereit, den Strafantrag zurückzuziehen, wenn der Angeklagte ihm eine Entschädigung von 65 M. zahle. Nach längerem Hin und Her einigten sich die Parteien auf 60 M., worauf der Verfasser den Strafantrag zurückzog.

Versammlungen.

Der Verband aller in der Stickereibranche beschäftigten Personen hielt am 13. Januar cr. in den Arminhallen seine Generalversammlung ab. Nachdem Massuthe den Kassenbericht gegeben hatte, aus welchem zu ersehen war, daß die Einnahme im 4. Quartal 1903 inkl. Bestand 1358,91 M., die Ausgaben 342,97 M. betrugen, der augenblickliche Bestand also 1015,94 M. ist, erstatteten die verschiedenen Kommissionen Bericht über ihre Thätigkeit im letzten Quartal. Aus dem Bericht der Agitationskommission ist hervorzuheben, daß 12 Werkstuben-Versammlungen abgehalten wurden, welche jedoch meistens leider nicht den Erwartungen entsprachen. Hierauf hielt Genosse W. Rössel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den „Nutzen der Centralorganisationen". Gleichsam als Einleitung zu dem Vortrage setzte der Referent der Versammlung auseinander, aus welchen Gründen der Deutsche Textilarbeiter-Verband nicht umhin konnte, gegen den vom Verband der in der Stickereibranche beschäftigten Personen bei der Generalkommission gestellten Antrag behufs Anschluß an die Generalkommission Widerspruch zu erheben. Daran anschließend führte er ferner aus, wie schwer es für einen kleinen Verband ist, in andren Städten Filialen zu gründen, da erfahrungsgemäß die Unternehmer die Leiter dieser neugegründeten Filialen aufs Pflaster setzten und dadurch dem Verbande durch Gemaßregelten-Unterstützung große Ausgaben erwachsen, die in Verbindung mit den Agitationskosten dem Verbande über den Kopf wachsen würden. Ebenso wäre dies der Fall bei einem Streik, der größere Dimensionen annimmt. Demgegenüber hob Rössel die Vorteile hervor, die erwachsen durch Anschluß an einen großen Centralverband. So würden z. B. bei Streitigkeiten die Unternehmer in vielen Fällen eine Verständigung suchen, wenn sie wissen, daß eine große Masse hinter den Arbeitern steht. Am Schlusse seiner Ausführungen machte der Referent die Versammlung noch mit den im Textilarbeiter-Verband eingeführten verschiedenen Unterstützungen bekannt. In der Diskussion setzte Prillwitz der Versammlung auseinander, daß sich der Vorstand, nachdem der Antrag auf Anschluß an die Generalkommission durch den Gewerkschaftsausschuß abgelehnt worden war, die Frage vorlegte, was nun zu thun sei. Nach verschiedenen Besprechungen kam er zu dem Entschluß, der Generalversammlung zu empfehlen, sich dem Textilarbeiter-Verband anzuschließen. Die Diskussion über diese Frage war von kurzer Dauer, da die Kolleginnen und Kollegen durch Vorbesprechungen genügend über die Sachlage aufgeklärt waren. Nachdem Gen. Rössel vom Hauptvorstand des Textilarbeiter-Verbandes noch einige an ihn gerichtete Fragen beantwortet hatte, wurde fast einstimmig (es waren dagegen 4 Stimmen, ungültig 2 Stimmen) ein genügend unterstützter Antrag F. Müller angenommen, welcher besagte, daß der Verband sich nach Ablehnung des an die Generalkommission gerichteten Antrages dem Deutschen Textilarbeiter-Verband als selbständige Filiale anschließen wolle. Es wurde hierauf der Vorstand und weitere 5 Mitglieder damit beauftragt, mit dem Hauptvorstand des Textilarbeiter-Verbandes in Verbindung zu treten, damit der Anschluß am 1. März cr. erfolgen kann. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Friedrichshagen. Der hiesige socialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein hielt am Sonnabend, den 16. Januar, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Dr. Friedeberg über „Taktik, Parlamentarismus und Generalstreik" einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt, an welchem sich eine rege Diskussion schloß. Sodann gab der Kassierer seinen Halbjahres-Bericht. Die Einnahme betrug 299,64 M., Ausgabe 246,93 M., Bestand 52,71 M. Mitgliederbestand 251. In die Lokalkommission wurde Genosse Rewis neu gewählt. Die Listen für die Gemeindevertreter-Wahlen liegen bis zum 30. Januar aus. Für die Genossen, welche keine Zeit haben, sind die Genossen Werkmann, Kurzestr. 4 und Bellmann, Konsumverein, bereit, dieselben einzusehen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Der Unterricht in Rede-Uebung beginnt heute, Freitagabend 9 Uhr im Saal 1.

Socialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Luckau. Sonntag, den 24. d. M., abends 6 Uhr, findet beim Genossen Weihnacht, Grünstr. 21, unsre General-Versammlung statt. Gäste sind willkommen. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl rc. 3. Verschiedenes.

Vermischtes.

Opfer der Lawinen. Lawinenstürze verursachten in Ampezzo und auf dem Monte Baldo je einen tödlichen Unglücksfall. Auf dem Gardasee sank ein Getreideschiff.

Eine folgenschwere Explosion wird aus Johnstown (Pennsylvanien) gemeldet. Ein Dampfcylinder in dem Kesselraum der Cambria Steel Company explodierte. Etwa 12 Beamte sollen getötet und 25 verletzt sein, unter letzteren viele lebensgefährlich.

Opfer der Arbeit. Zu dem gestrigen Unfall im Frielendorfer Braunkohlenbergwerk teilt die Direktion folgendes mit: Auf der Zeche Frielendorf stürzte eine Kohlenwand von 10 Meter Höhe ein. Verschüttet wurden vier Bergleute und ein Beamter; drei Bergleute erlitten leichte Verletzungen, zwei blieben tot. Die Bergung der Leichen ist schwierig.

Marktpreise von Berlin am 20. Januar 1904
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	16,40	16,34	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,00	5,00
„ mittel	„	16,28	16,22	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	16,16	16,10	do. Bauch	„	1,40	1,10
*Roggen, gut	„	12,85	12,84	Schweinefleisch	„	1,60	1,00
„ mittel	„	12,83	12,82	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,81	12,80	Hammelfleisch	„	1,80	1,10
†Gerste, gut	„	14,00	12,90	Butter		2,60	2,00
„ mittel	„	12,80	11,80	Eier	60 Stück	5,00	3,00
„ gering	„	11,70	10,70	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	„	15,50	14,60	Aale	„	2,80	1,40
„ mittel	„	14,50	13,60	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,50	12,70	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	4,00	3,50	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,20	5,00	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	28,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	26,00	Krebse	per Schock	15,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Januar 1904.
Ein wenig wärmer, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantw. Redakteur: Julius Kaliski, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.